# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 27 – 5. Juli 2008 · Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland · C5524 - PVST. Gebühr bezahlt






Autoschlangen ohne Ende: Mit Beginn der Ferien steigt auch gleich das Stauaufkommen auf deutschen Autobahnen. Foto: pa

# Nichts als leere Worte

## Warum Verkehrsminister Tiefensee mit Lkw-Überholverboten droht

Von Klaus D. Voss

Himmel hilf – die Urlaubszeit beginnt, dann wird es auf den ohnehin überlasteten Fernstraßen ganz eng: Deutschland lebt im Dauerstau. Und dann wird der sündhaft teure Sprit noch sinnlos verplempert, weil es nicht vorangeht. Was man dann wirklich nicht braucht, ist der Zuspruch von einem Bundesverkehrsminister. Von wegen Überholverbote.

Dauerstau und Dauerkrise, weil unserem Land seine Entwicklung verweigert wird. Das Thema brennt allen Pendlern und Berufskraftfahrern unter den Nägeln, nicht erst seit die Bundesregierung den Unmut der Bürger wegen der hohen Benzinpreise besänftigen muß.

Was fehlt, sind gute Ideen und Politiker, die zupacken, um das Land wieder nach vorn zu bringen. Was man aber hört in der Benzinpreiskrise sind sinnfreie Sonntagsreden – wie der Beitrag von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) in der „Bild am Sonntag". Der Minister will alle Lkw ins Überholverbot verbannen, damit die Pkw-Fahrer hin und wieder etwas zügige Fahrt erleben.

Man darf sich nicht täuschen lassen, selbst wenn Tiefensee einen stillen Wunsch vieler Pkw-Fahrer erfüllen sollte. Was tatsächlich fehlt, ist ein den Verkehrsströmen angepaßtes Fernstraßennetz. Dafür zu sorgen ist Aufgabe der Politik, nicht das Schönreden.

Damit auch zur Sprache kommt, wie wenig der Bundesverkehrsminister sich um Tatsachen kümmert: Das Überholverbot für Lkw fällt nicht einmal in sein Ressort. Verantwortlich für den Verkehrsfluß sind die Behörden der jeweiligen Bundesländer, und selbst die können Überholverbote nicht auf Zuruf verhängen. Solche Eingriffe als Dauerverwaltungsmaßnahme in den Straßenverkehr müssen gerichtsfest begründet werden können; erlaubt ist etwa die Entschärfung von Gefahrenstellen. Nur in solchen Fällen sind Reglementierungen überhaupt möglich – es gibt interessante Urteile dazu.

Die Bundesrepublik ist nicht nur der große Exporteur, der seine Waren schließlich überall hin liefern muß, wir sind auch die große Drehscheibe des Handels und des Warenverkehrs in ganz Europa. Aber weder die Straßen noch die Schienenwege und damit die Anbindungen der Luft- und Seehäfen sind mit den Anforderungen gewachsen.

Dabei haben die Zulieferungen aus Ost-Mitteleuropa und Rußland noch bei weitem nicht das prognostizierte Ausmaß erreicht. Was wird auf uns zukommen, wenn Autobahnlinien durch ganz Polen, Weißrußland und die Ukraine den Osten tief erschließen?

Nur wenige Menschen machen sich bereits heute Gedanken über das „Asia Highway Project", das unter Förderung der Vereinten Nationen den Fernen Osten an unser Autobahnnetz anschließen wird. Etwa die AH 1, die von Tokio über Korea, China und Vietnam quer durch Asien bis nach Istanbul führen soll und dann an die europäischen Autobahnen ankoppeln wird. Andere Asien-Autobahnen werden weiter im Norden den Übergang in den Westen nehmen.

Erwarten muß man allerdings, daß diese Fernstraßen unter dem Druck der stark wachsenden Handelsbeziehungen schnell ausgebaut werden – jedenfalls deutlich schneller, als das betuliche Alte Europa auf Herausforderungen zu reagieren pflegt.

Klaus D. Voss:

## In allen Ehren

Bundespräsident Horst Köhler hat seine Unterschrift unter das Ratifikationsgesetz zum Lissabonner Vertrag zurückgestellt, weil das Bundesverfassungsgericht noch darüber beraten will. Es ist guter Brauch, daß bei internationalen Verträgen der Bundespräsident den Karlsruher Richtern den Vortritt läßt. Anderenfalls müßte er nach seiner Unterschrift die Urkunde beim Signatarstaat Italien hinterlegen – und sie wieder zurückrufen, falls die Verfassungsrichter den Lissabonner Vertrag doch verwerfen sollten. Welch eine Blamage wäre das.

Immerhin mißt das Bundesverfassungsgericht den Klagen einiger Parlamentarier, darunter der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, etliches an Gewicht zu.

Andere Staaten verfahren mitunter weniger ehrbedacht. Polens Staatschef Lech Kaczynski hatte den Kompromiß zum Lissabonner Vertrag selbst mit ausgehandelt und eine ganze Reihe von Sonderwünschen durchgesetzt – trotzdem will er jetzt davon nichts mehr wissen. Er verweigert die Unterschrift und kann damit das Abkommen bis zum Ende seiner Amtszeit aufhalten; so hatte er sich schon vor dem Nein der Iren entschieden.

Seine wirklichen Motive hat er nie verschwiegen: Der Lissabonner Vertrag stärkt deutlich die Eigentumsansprüche deutscher Vertriebener, vor polnischen und vor europäischen Gerichten – das gilt auch, obwohl Warschau als einen seiner Sonderwünsche den direkten Bezug auf die europäische Charta der Menschenrechte ausklammern durfte.

Es gibt wirklich honorige Argumente gegen den Lissabonner Vertrag, und es gibt eben auch andere.

# »Elena« weiß, was wir verdienen

## Bundesregierung wird ein Zentrales Einkommensregister schaffen

Von Klaus D. Voss

Nur wenige Bundesbürger ahnen, was mit „Elena" auf sie zukommt. Kein Sommertief aus der Biskaya, sondern ein Tief für den Datenschutz.

Das Bundeskabinett hat jetzt diesen Gesetzentwurf passieren lassen, der nach seiner Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat die Einrichtung einer zentralen Datenbank vorschreibt, wie es sie in Deutschland noch nicht gegeben hat: Alle aktuellen Einkommen der Beschäftigten werden erfaßt.

„Elena" heißt korrekt „Elektronischer Einkommensnachweis". Zugleich ist dies der erste Schritt zum geplanten digitalen Personalausweis mit seinen noch nicht absehbaren Folgen für den Datenschutz in Deutschland.

Die Arbeitgeber werden nach dem Gesetz von 2011 an regelmäßig die Lohndaten ihrer Beschäftigten an das Rechenzentrum der Deutschen Rentenversicherung in Würzburg melden müssen. Freiberufler und Selbständige bleiben zunächst noch außen vor.

### Kostenersparnis für die Behörden

Mit „Elena" will die Bundesregierung in erster Linie den Behörden und den Arbeitgebern Kosten ersparen, wie sie im Verfahren mit konventionellen Bescheinigungen anfallen; es geht um geschätzte 85 Millionen Euro im Jahr für den Staat.

Zugleich müssen alle Bürger, die Sozialleistungen beantragen wollen – etwa Bundeselterngeld, Wohngeld, Geld bei Arbeitslosigkeit – oder Unterhaltsansprüche durchsetzen wollen, sich eine elektronische Signatur besorgen. Die Signatur wird dann auf einer geeigneten Chipkarte gespeichert. Dazu kommen in Frage die Geldkarten neuen Typs oder die geplante Gesundheitskarte. Die elektronische Signatur besteht aus biometrischen Daten und einem Bild des Besitzers; sie soll drei Jahre gültig bleiben und den Bürger zehn Euro kosten.

Mit dieser Signatur-Chipkarte können die Deutschen, sofern das Gesetz wie geplant in Kraft tritt, ab 2012 Anträge auf Sozialleistungen stellen, ohne eine Bescheinigung auf Papier vom Arbeitgeber vorlegen zu müssen. Ohne die Einwilligung des Antragstellers und die Vorlage der Signaturkarte können die Lohndaten nicht abgerufen werden.

Soweit könnte das Vorhaben noch plausibel klingen. Allerdings ist noch nicht ausgeschlossen, daß Behörden in Zukunft nicht doch den Zugang zu dieser Einkommensdatei erzwingen können, etwa bei der Verfolgung von schweren Delikten. Die Datenschutzbeauftragten waren in der jahrelangen Diskussion nach Einschätzung vieler Beobachter eher ermüdet als überzeugt worden.

### Gefährliche Nebenwirkungen auf den Datenschutz

Immerhin war an schwerwiegenden Datenschutzaspekten „Elenas" Vorgänger, die „Jobcard", gescheitert. Sie hätte relativ leicht zur Bekämpfung von Schwarzarbeit oder Steuerbetrug herangezogen werden können.

Die gefährliche Nebenwirkung von „Elena": Mit der digitalen Signatur geht Deutschland einen gewaltigen Schritt auf den digitalen Personalausweis zu, den die Bundesregierung ebenfalls durchsetzen will.

Die Konsequenzen daraus, auch die Schaffung eines digitalen Personenkennzeichens, sind noch lange nicht ausreichend diskutiert. So soll der „ePersonalausweis" nach der technischen Norm ISO 14443 kontaktlos gelesen werden können. Spezielle Lesegeräte können also einen Menschen, der seinen Ausweis in der Tasche trägt, beim Vorbeigehen identifizieren und registrieren – ohne daß diese Kontrolle auch tatsächlich bemerkt werden muß.

MELDUNGEN

## Weniger ältere Arbeitslose

**Köln** – Vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitieren auch Ältere: Die Zahl der Arbeitslosen über 55 Jahre ist in den vergangenen drei Jahren um 150 000 und damit um ein gutes Viertel gesunken. Im selben Zeitraum ist die Zahl der Bundesbürger zwischen 55 und 64 Jahren um über 200 000 gestiegen. *IW*

## Korrektur

Durch eine Kürzung ist die Bildbeschreibung zur Schlacht bei Fehrbellin in der Ausgabe Nr. 26 leider mißverständlich geworden. Richtig muß der Satz lauten: „Und mit dem Erfolg von 1675 begründete sich der Feldherrenruhm des Großen Kurfürsten und der Mythos von Friedrich II. als Prinz von Homburg in ganz Europa.“ Wir bedauern das Versehen. *Die Redaktion*

Kontakt: 040/414008-0

**Redaktion:** -32
**Anzeigen:** -41
**Abo-Service:** -42
**www.preussische-allgemeine.de**

Die Schulden-Uhr:
## Mehrausgaben

Letztendlich hat sich Finanzminister Steinbrück doch fast durchgesetzt. Hatten seine Ministerkollegen für den Haushalt 2009 7,5 Milliarden Euro Mehrausgaben gefordert, so hat er sie doch so weit gezügelt, daß sie jetzt auch nach Einsparungen in anderen Bereichen nur noch 2,9 Milliarden Euro über seinen vorherigen Plänen liegen. Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul erhält in den nächsten vier Jahren jeweils 800 Millionen Euro zusätzlich, um internationale Verpflichtungen zu erfüllen, liegt damit allerdings mit insgesamt 0,38 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) unter den zugesagten 0,51 Prozent. Auch Bildungsministerin Schavan, die für Forschung und Entwicklung 450 Millionen Euro pro Jahr mehr erhält, erfüllt mit 2,8 Prozent des BIP nicht die zugesagte Quote von drei Prozent. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur steigen bis 2012 um knapp 3,2 Milliarden Euro. Dieser Betrag soll durch die Erhöhung der Maut hereingeholt werden. Die Einnahmen aus der Versteigerung von $CO_2$-Emissionszertifikaten sollen die 600 Millionen Euro Ausgaben für den Klimaschutz decken. Zudem legt die Regierung eine Milliarde Euro pro Jahr für zusätzliche Familienleistungen zurück. Die Tariferhöhung im öffentlichen Dienst kostet den Bund jährlich zwei Milliarden Euro, und auch die überplanmäßige Rentenerhöhung oder die Bafög-Aufstockung müssen finanziert werden.

1.509.665.761.376 €

(eine Billion fünfhundertneun Milliarden sechshundertfünfundsechzig Millionen siebenhunderteinundsechzigtausend und dreihundertsechsundsiebzig)

Vorwoche: 1.509.982.486.294 €
**Verschuldung pro Kopf:** 18 340 €
Vorwoche: 18 337 €

*(Dienstag, 1. Juli 2008, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)*

# Ausgebremst

### Warum ARD und ZDF ihre Aktivitäten im Internet zurückfahren müssen

Von Mariano Albrecht

Gibt es bald weniger Inhalte für unsere Rundfunkgebühren? Mit dem Entwurf für den zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag haben die Ministerpräsidenten der Länder auf die Forderungen von EU-Kommission, privaten Rundfunkveranstaltern und deutschen Verlegern reagiert und neu geregelt, was die Öffentlich-Rechtlichen mit den Gebühren machen dürfen und was nicht. Worum geht es?

Mit Gebühreneinahmen von rund 7,2 Milliarden Euro im Jahr 2007 steht ARD und ZDF ein enormer Etat für die Versorgung der Bevölkerung mit Sport-, Nachrichten-, Unterhaltungs- und Bildungsprogrammen zur Verfügung. Auch das Internetangebot wird aus dem Gebührentopf finanziert. Und genau darum geht es:

ARD und ZDF verwerten ihr gesamtes Programm-Material wie Hörfunkbeiträge, TV-Sendungen und begleitende Texte im Internet, kostenfrei und für jedermann zugänglich. Dabei kreuzen sich viele Bereiche mit denen der privaten Medien, die ihre Angebote über Werbeeinnahmen oder einen Abrufpreis im Netz finanzieren müssen. Durch das kostenlose Angebot der Öffentlich-Rechtlichen fühlen sich zum Beispiel Zeitungsverlage im Wettbewerb benachteiligt. Auch böten die Sender zu viele Inhalte an, die über eine Programmbegleitung hinaus gingen, wird argumentiert. Wettbewerbsverzerrung? Müssen Internetbenutzer und Gebührenzahler nun auf die Internetangebote von ARD und ZDF verzichten?

Vom Ratgeber über politische und wissenschaftliche Magazine bis zu Unterhaltungssendungen sowie natürlich Sport und Nachrichten bieten ARD und ZDF neben Programmmitschnitten und Live-Übertragungen auch all das an, was Printmedien ihren Lesern im Netz anbieten, finanziert von allen Gebührenzahlern, auch von denen, die kein Internet nutzen.

Den Sendern solle im neuen Rundfunkstaatsvertrag eindeutiger untersagt werden, „presseähnliche“ Leseangebote im Internet zu veröffentlichen, hieß es im Anschluß an die Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin.

Auf der Internetseite des Senders Phoenix ist das Resultat bereits sichtbar: „Phoenix produziert als Ereignis- und Dokumentationskanal von ARD und ZDF keine eigene Nachrichtensendung, sondern nutzt im Fernseh-Bereich mit der ‚tagesschau‘ und dem ‚heute-journal‘ die Nachrichten-Formate seiner Muttersender“, heißt es.

Mit der Regulierung hat die Politik nicht nur die Sender ausgebremst, sondern auch in die Entwicklung des Internets eingegriffen. Den Privaten sind die riesigen Onlinearchive, Mediatheken und Wissensbibliotheken aus dem Senderschatz ein Dorn im Auge. Den Sendern ist das Vorantreiben zukunftsweisender Informationstechnologien erschwert. Ob den Zeitungsverlegern die Beschränkungen der Öffentlich-Rechtlichen helfen, ihre defizitären Internetangebote in die Wirtschaftlichkeit zu führen, ist fraglich. Hatte man doch jahrelang die Möglichkeiten des Internets unterschätzt und die eigenen Webseiten stiefmütterlich behandelt. Statt nach Möglichkeiten zu suchen, mit dem Internetauftritt einen Mehrwert für das gedruckte Produkt zu generieren, zum Beispiel mit Hintergründen und multimedialen Inhalten wie animierten Grafiken, Tabellen oder Videos, hatte man die Seiten mit Eins-zu-eins-Inhalten der Printausgaben zugemüllt oder Agenturmeldungen, die ohnehin für die Printausgabe bezahlt waren, zweitverwertet. Späte Reue für den verschlafenen Anschluß: Der Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, Uwe Vorkötter, stellte kürzlich fest: „Wir können uns drehen und wenden wie wir wollen, aber auf dem klassischen Printmarkt werden wir keine wesentlichen Reichweitenzuwächse mehr erzielen. Wenn ich sehe, mit welchen Mitteln die Öffentlich-Rechtlichen ihr Internetengagement ausbauen, dann ist das schon klare Wettbewerbsverzerrung.“ Doch die Argumentation der Zeitungsmacher ist nur die halbe Wahrheit.

Warum hat es die Branche bis heute nicht geschafft, wirtschaftlich gewinnbringend das Internet zu nutzen? Sind ARD und ZDF wirklich schuld am Versagen der Printmedien im Netz?

Eine Scheindiskussion. Es geht um Innovation und um das Verständnis des Mediums Internet.

Die Produktion einer Zeitung ist zeitaufwendig und komplex. Über den Zeitraum eines Tages werden bis spät in den Abend Informationen, Meldungen und Berichte der Autoren zusammengetragen. Dann wird die Ausgabe gestaltet, und letzte Änderungen werden bis zum Redaktionsschluß ins Blatt gebracht. In den Nachtstunden wird die Zeitung gedruckt und am frühen Morgen ausgeliefert.

Der Zeittakt einer Tageszeitung harmoniert nicht mit dem des Internets. Das Internet kommt in der Berichterstattung der Echtzeit noch näher als Radio und Fernsehen. Alles, was ein Redakteur in die Tasten seines Computers tippt, ist auf Tastendruck online und meist kostenfrei abrufbar. Die Berichterstattung im Netz ist eine andere als in der Zeitung. Im Internet kann aktueller über Ereignisse berichtet werden, die später auch in Radio und Fernsehen laufen, doch die Zusammenfassung eines kompletten Tagesgeschehens wird am nächsten Morgen auch weiterhin eine Prämisse der Tageszeitung bleiben. Das Internetangebot einer Zeitung kann auch in Zukunft nur eine Ergänzung für den Leser bieten. Ob die Einschränkung der Internetangebote von ARD und ZDF den Zeitungsmachern hilft, aus ihrer Sinnkrise bei der Nutzung des Internets zu finden, ist fragwürdig. Denn wie will man in Zukunft mit anderen Konkurrenten aus der Privatwirtschaft umgehen?




**Neue Möglichkeiten: Ein ARD-Mitarbeiter zeigt Messebesuchern den Internetauftritt.** Foto: keystone

# Gemeinsam Ostpreußens Erbe bewahren

### Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloß Ellingen wird erweitert

In vorbildlicher Weise erfüllt der Freistaat Bayern seine Verpflichtungen, die ihm aus dem § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) erwachsen. Dieses Gesetz verpflichtet den Bund und die Länder, das Kulturgut aus den früheren Ostprovinzen des Deutschen Reiches zu sammeln, auszustellen und für die Nachwelt zu erhalten. Unter dem Dach der Ostpreußischen Kulturstiftung (OKS) unterhält Bayern seit mehr als 20 Jahren das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloß in Ellingen.

Dieses Kulturzentrum erfüllt zwei Aufgaben. Es ist einerseits das Zentralarchiv für die Landsmannschaft Ostpreußen und deren Heimatkreisgemeinschaften und andererseits ein Schaufenster / Museum für die ostpreußische Kultur und Geistesgeschichte. Im Rahmen der zweitgenannten Aufgabe bringt sich das Kulturzentrum beachtlich in den grenzüberschreitenden Kulturaustausch mit Polen, Rußland und Litauen ein.

Am 26. Juni fand in Ellingen vor Ort ein Gespräch bezüglich einer Erweiterung des Kulturzentrums statt. Zusammengekommen waren unter der Federführung der bayerischen Staatskanzlei hochrangige Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Frauen, des Finanzministeriums und der Verwaltung „Schlösser und Seen“. Die Ostpreußen waren durch den Vorsitzenden der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern, den Landesvorsitzenden der Ost- und Westpreußen in Bayern sowie den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen vertreten. Der Direktor des Kulturzentrums, der in die Beratungen voll eingebunden war, konnte zu Beginn der Sitzung sein Haus vorstellen.

Als Ergebnis der Beratung ist festzuhalten: Bayern wird zusätzlich musealen Raum im Deutschordensschloß in Ellingen schaffen und damit eine Erweiterung des Kulturzentrums ermöglichen. Es ist der feste Wille der Staatsregierung, das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zu stärken und langfristig zu sichern.

Dieses Ziel soll auch dadurch erreicht werden, daß die Sammlung der Ost- und Westpreußenstiftung "Es war ein Land", die sich heute noch im alten Schloß in Oberschleißheim befindet, zukünftig ihren Platz in Ellingen erhalten soll. Bayern hatte diese Sammlung 1991 in seine Obhut genommen. Ministerpräsident Dr. Beckstein will die Verlagerungsmaßnahme nicht vorschreiben, sondern im Einvernehmen mit den Verantwortlichen der Ost- und Westpreußenstiftung und der Landsmannschaft Ostpreußen umsetzen.

Der Freistaat Bayern hat in den letzten Jahren bereits erhebliche Mittel in den Gebäudeerhalt und die Modernisierung des Schloßinnenhofes des Deutschordensschloßes investiert. Nunmehr liegen konkrete Pläne auf dem Tisch, dem Kulturzentrum Ostpreußen einen repräsentativen Eingangsbereich zu schaffen. *v. G.*



**Deutschordensschloß: Passender Rahmen für ein Museum über Ostpreußens Kultur** Foto: Ellingen

## Siemens sonstwo

Von HARALD FOURIER

Meine Eltern haben einen kleinen Schrebergarten. Da kommt im Sommer die ganze Familie zusammen. Und Freunde meiner Eltern natürlich auch. Die Arbeitskollegen meines Vaters, inzwischen in Rente, sind allesamt Siemensianer – von denen höre ich immer, was bei dem Großkonzern so los ist.

Siemens mit einem Umsatz von 72 Milliarden Euro wurde vor 161 Jahren in Berlin gegründet und war lange, lange der größte private Arbeitgeber in der Stadt, auch wenn die Firmenspitze seit langem in München sitzt.

14 000 Mitarbeiter sind es heute noch. Vor 40 Jahren waren es mal mehr als doppelt so viele. Es gibt einen ganzen Ortsteil, der Siemensstadt heißt. Mein Onkel, auch ein ehemaliger Siemens-Mitarbeiter, wohnt dort. Wer auf der Stadtautobahn von Norden in die Berliner Innenstadt fährt, der kommt in Spandau an den riesigen Fabrikhallen vorbei, auf denen groß das Firmenlogo prangt.

Mein Vater hat genau dort gearbeitet, hatte zuletzt einen Arbeitsplatz als Programmierer von Abrechnungssystemen für Telefongesellschaften. Doch so wie Siemens seine Handysparte verkauft hat, so wurde auch dieser Bereich nach und nach ausgegliedert. Jüngere erhielten Riesensummen als Abfindung, Ältere wie mein Vater wurden in den Vorruhestand entlassen. Es ist das alte Spiel: Die Arbeit wird jetzt in Süd-Indien erbracht. Arbeitskräfte sind dort billiger als in Deutschland.

Daran mußte ich denken, als ich vorige Woche in Hamburg das Fußballspiel Deutschland-Türkei in einer Pizzeria am Hauptbahnhof geschaut habe. An meinem Tisch saßen zwei Lateinamerikaner. Es stellte sich heraus, daß sie zu einem Lehrgang nach Hamburg gekommen sind. Sie waren beide Ingenieure – und arbeiteten für den Siemens-Konzern.

Ich erzählte ihnen, daß mein Vater auch einst bei Siemens gearbeitet hat, was sie sehr interessant fanden. So ist das mit der Globalisierung: Hier werden selbst die gutbezahlten und hochqualifizierten Arbeitsplätze abgebaut, in Bangalore, Mexiko, Shanghai oder sonstwo kommen neue dazu. Und es gibt wenig, das wir dagegen tun können. Egal, was populistische Politiker den Wählern versprechen.

Das wurde mir klar, als ich aus Hamburg nach Hause kam. Dort fand ich folgende Zeitungsmeldung vor: Siemens baut wieder mal 17 000 Stellen ab. Davon 340 in Berlin. Die Belegschaft hat dies – wie ich – aus der Zeitung erfahren. Ich kann mir jetzt schon vorstellen, was ich auf der nächsten Gartenparty bei meinen Eltern zu hören bekomme.

# Abstimmung mit den Füßen

## In Kreuzberg kämpfen Eltern für sozial ausgewogene Schulklassen



Ein Vater spaziert mit seiner Tochter am islamischen Maschari-Center in Berlin Kreuzberg vorbei: Selbst die bildungsbewußte türkische Mittelschicht will ihre Kinder in Schulen außerhalb des Bezirks unterbringen. Eltern fürchten sich vor dem negativen Einfluß nichtintegrierbarer Migranten auf ihre Kinder.

Foto: ddp

Von MARKUS SCHLEUSENER

Alltag in Kreuzberg: An der Heinrich-Zille-Grundschule mußten während der Fußball-Europameisterschaft Flaggen verboten werden, nachdem ein arabischer Junge einen deutschen geschlagen hatte. Der Deutsche hatte ein Fußballtrikot unserer Nationalelf getragen. Nur durch das Verbot sei die Lage beruhigt worden, hieß es.

Es fängt immer so an: Finanzschwache junge Studenten ziehen in Berlin gerne in Bezirke wie Kreuzberg, weil dort viel los ist und die Mieten billig sind. Sie stören sich nicht so sehr an dem Krach und kommen mit ihren Nachbarn mit „Migrationshintergrund“ gut aus. Das geht so lange gut, bis aus den Studenten gutverdienende Eltern geworden sind. Sobald die Kinder schulpflichtig werden, ziehen die Eltern weg.

Diplomatisch heißt es dann „Wir wollen ins Grüne“ oder „die Feinstaubbelastung ist zu hoch“. Aber jeder weiß: In Wahrheit ziehen sie nach Steglitz, Pankow oder Köpenick, weil sie nicht wollen, daß ihre Kinder mit dem Nachwuchs zugewanderter Sozialfälle gemeinsam die Schulbank drücken müssen. Verantwortungsbewußte Eltern wollen vorzeigbare Ergebnisse. Und die werden nun mal nicht in Klassen erreicht, in denen nur jedes dritte Kind deutsch spricht.

So weit, so normal. Das einzig peinliche daran ist der politisch-korrekte Eiertanz, der darum gemacht wird. Und geradezu schäbig ist das Verhalten der Lokalpolitiker, die den Eltern Knüppel zwischen die Beine werfen, weil die Realität nicht ihren multikulturellen Wunschvorstellungen entspricht.

Derzeit eskaliert wieder mal der Streit im Multikulti-Bezirk schlechthin. Kreuzberger Eltern begehren auf gegen die lokalen Machthaber aus SPD, Grünen und Linkspartei in ihrem Bezirk und gegen Berlins Schulsenator Jürgen Zöllner (SPD). Vor einer Woche wurde vor seinem Amtssitz demonstriert.

Der Anlaß war kaum erwähnenswert: Bislang ist es so, daß das Land Klassen mit vielen Migrantenkindern überdurchschnittlich fördert. So haben sie eine kleinere Schülerzahl. Diese steigt jetzt um drei oder vier Schüler, weil die Mittel neu verteilt werden. Dann sind die Migrantenklassen mit 25 oder 26 Kindern immer noch privilegiert, aber eben nicht mehr so stark wie bisher. Und das ärgert die Eltern, ist aber nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Zusätzlich werden private Alternativen behindert. Seit einiger Zeit gibt es den Versuch, in Kreuzberg eine evangelische Privatschule (zu der Moslems ihre Kinder nicht schicken werden, so die Annahme der Elterninitiative) ins Leben zu rufen, aber der Bezirk stellt sich quer.

Überhaupt registrieren die Eltern enorme Realitätsverweigerung bei ihren gewählten Volksvertretern. So sagte Bezirksbürgermeister Frank Schulz (Grüne), es gäbe keine Zuspitzung der Lage. Seine Parteifreundin Monika Herrmann, die Kreuzberger Bildungsstadträtin, bestreitet zwar nicht, daß viele staatliche Schulen „nicht mehr konkurrenzfähig“ sind. Aber sie weist die Verantwortung dafür von sich.

Und wer versucht, seine Kinder an einer bestimmten „sozial ausgewogenen“ Schule, wie es politisch korrekt heißt, unterzubringen, der muß mit einem Ablehnungsbescheid rechnen. So wünscht sich zum Beispiel Max Thomas Mehr, daß er seine Tochter an die Charlotte-Salomon-Schule bringen kann. Darf er aber nicht. Er bekam einen Ablehnungsbescheid. Deswegen hat er Flugblätter verteilt und betroffene Eltern zu einer Diskussionsrunde in die Kreuzberger Passionskirche geladen.

Mehr, der vor vielen Jahren die linke „taz“ mitgegründet hat, kommen jetzt große Zweifel. Er warnt vor einer Abstimmung mit den Füssen. Und nicht nur er ist sauer. Eine empörte, türkischstämmige Teilnehmerin sagte während der Versammlung in der Kirche: „Meine Tochter konnte einwandfrei deutsch sprechen, als sie zur Schule kam, jetzt spricht sie die Gossensprache von nichtintegrierbaren Migranten.“ Eine deutsche Mutter klagte, ihr Kind werde an einer Multikulti-Schule als „Versuchskaninchen“ mißbraucht.

Da darf es nicht wundern, wenn der Bildungspolitik in Berlin wiederholt schlechte Noten ausgestellt werden. 51 Prozent erklärten in einer aktuellen Forsa-Umfrage, die Situation an den Schulen habe sich in den vergangenen Jahren verschlechtert („verbessert“ meinten nur neun Prozent). Gerade mal 14 Prozent sagen, Jürgen Zöllner sei besser als sein Amtsvorgänger Klaus Böger.

# Schnell und schmerzhaft

## Wie Heinz Buschkowsky mit Problemfamilien umgehen möchte

Von MARKUS SCHLEUSENER

Wenn Horst Köhler eine Auslandsreise macht, dann fliegt er nach Afrika, um ein Entwicklungshilfeprojekt zu besuchen. Wirtschaftsminister Michael Glos würde eher eine Industriemesse aufsuchen, die Autoausstellung in Detroit zum Beispiel. Sigmar Gabriel fährt zu Umweltkonferenzen und Verteidigungsminister Franz Josef Jung zu seinen Truppen in Afghanistan oder auf dem Balkan.

Reisen bildet, heißt es. Und deutsche Politiker reisen besonders gerne. Jeder entsprechend seinem Fachgebiet. Und so ist es ganz natürlich, daß Heinz Buschkowsky nach Rotterdam fährt, um sich den Umgang mit sozialen Brennpunkten anzuschauen und darüber zu informieren, wie andere westeuropäische Großstädte mit ihrem Ausländerproblem umgehen.

Was der Neuköllner Bezirksbürgermeister an Erkenntnissen mitgebracht hat, läßt (mal wieder) einigen seiner sozialdemokratischen Genossen die Haare zu Berge stehen.

Buschkowsky hatte 2005 vorausgesagt, die Unruhen in Pariser Vorstädten würden auch bald bei uns Realität sein. Diese Prognose hat seinen Parteifreuden schon damals nicht geschmeckt. Seine neuesten Erkenntnisse schon gar nicht. So plant er, gegen notorische Schwerenöter härter vorzugehen und ihnen die Sozialhilfe zu streichen.

In Rotterdam haben er und seine Begleiter erfahren, daß schwerbewaffnete Polizisten in Problembezirken einfach Wohnungen stürmen. Ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl! Bei uns undenkbar. Ihm wurden Straßenzüge gezeigt, in denen die Polizei jeden Passanten rund um die Uhr kontrollieren kann. Kein Ausweis dabei? 50 Euro Strafe! Außerdem gibt es Bezirke, in die nur ziehen darf, wer Arbeit hat. So soll die Ghettoisierung gestoppt werden.

In Rotterdam werden die Verwahrlosungstendenzen „ganz ernst genommen“, grinst Buschkowsky. In seiner Stadt und auf Druck seiner Partei kann er nicht mal die Ausstellung des „Wohnberechtigungsscheins“ an unerwünschte Personen verhindern, grummelt er.

Wer sich in Rotterdam nicht benimmt, dem wird die Sozialhilfe gestrichen. Hilft auch das nicht, so wird die ganze Familie zwangsweise umgesiedelt, selbst wenn nur ein Familienmitglied unangenehm aufgefallen ist. „Wir haben Viertel für Viertel wieder in Besitz genommen“, haben die Niederländer Buschkowsky erklärt. Der Bezirksbürgermeister findet: „Die Rotterdamer zeigen, daß sich ein Kiez umdrehen, daß sich Verwahrlosung verhindern läßt.“

Rotterdamer Schulen geben die Zeugnisse nicht an Schüler aus, sondern an die Eltern. So werden auch sie gezwungen, in der Schule vorstellig zu werden. „Ein dolles Ding“, freut sich Buschkowsky, nachdem er sich mit der Rotterdamer Praxis befaßt hat. Doch auch diese Maßnahme läßt sich nur schwer umsetzen. Seine Partei hat seinen Vorschlag abblitzen lassen, als er ein Bußgeld für Schulschwänzer einführen wollte. So kommt er nur mit einer Handvoll guter Ideen zurück, aber kaum etwas wird sich in die Tat umsetzen lassen.

Buschkowsky würde zum Beispiel Geldstrafen für grob gemeinschaftsschädliches Verhalten einführen. Wer wiederholt Müll vom Balkon schmeißt, soll nach der dritten Ermahnung keine Sozialhilfe mehr bekommen. Die Erziehung zum sozialen Mitbürger soll „schnell und schmerzhaft“ geschehen, so Buschkowsky.

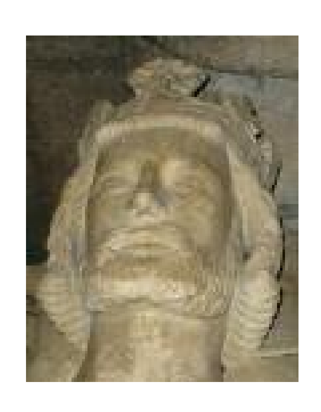
Die Reaktion seiner Berliner Genossen fiel nicht gerade begeistert aus. Niemand aus der Partei meldete sich in Berlin zu Wort, um ihn zu unterstützen. Dafür gab es sofort Ärger in der Fraktion. Buschkowsky wollte seine Erlebnisse dort vortragen. Doch die SPD-Abgeordneten wollten den Mann von der Basis nicht einmal anhören: Die Mehrheit erteilte ihm ein Redeverbot – ein fast einmaliger Vorgang.

Christian Hanke vom rechten SPD-Flügel sprach in diesem Zusammenhang von „Inquisition“. Buschkowsky selbst warf seinen Parteifreunden „Ignoranz“ vor, weil sie Probleme nicht sehen wollten. Die mächtige SPD-Linke mag die Botschaft Buschkowskys nicht hören. Dafür hat die FDP-Fraktion den Kommunalpolitiker jetzt eingeladen. „Die Einladung nehme ich selbstverständlich an“, sagte er sofort.

## Statistik schafft Klarheit

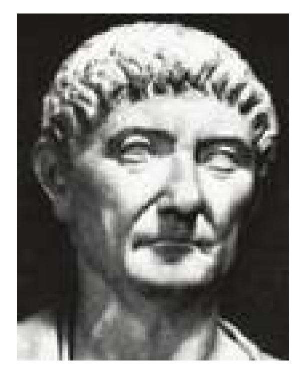
Zirka ein Viertel aller Berliner hat einen Migrationshintergrund, stellt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in einer aktuellen Untersuchung fest. Bisher wurden in der Einwohnerstatistik nur ausländische Staatsangehörige erfaßt, sagte der Integrationsbeauftragte Günter Piening. „Dieses wird der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit schon lange nicht mehr gerecht, da etwa Aussiedler oder Eingebürgerte und deren Kinder in der Statistik nicht erfaßt wurden.“ So sei der Ostteil Berlins überraschenderweise wesentlich stärker von Einwanderung geprägt, als die bisherige Statistik hatte erwarten lassen. Der Bezirk Berlin-Mitte hat mit 44,5 Prozent den höchsten Anteil von Menschen nichtdeutscher Herkunft, gefolgt von Neukölln mit 38,7 Prozent und Friedrichshain-Kreuzberg mit 36,6 Prozent. In Lichtenberg sind 15,9 Prozent der Bürger ausländischer Herkunft. Insgesamt haben 863 000 Berliner (25,7 Prozent) einen Migrationshintergrund *M.A.*

## Zeitzeugen



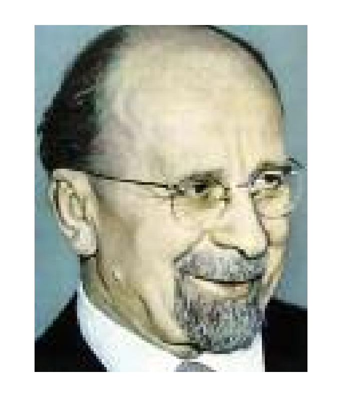
**Karl Martell** – Der fränkische „Hausmeier“ (in etwa: Kanzler) Karl (688/89–741) führte das Heer aus Franken, Sachsen und Langobarden an, das den muslimischen Vormarsch nach Kerneuropa in der Schlacht von Tours und Poitiers 732 stoppte. Die Mohammedaner hatten seit 711 fast ganz Spanien erobert. Nach Karl, dessen Beiname Martell „der Hammer“ bedeutet, wurde später das Geschlecht der Karolinger benannt.

**Yusuf ibn Taschfin** – Der Herrscher aus dem Berbergeschlecht der Almoradiven (1009–1106) eroberte 1102 Valencia, das acht Jahre zuvor vom legendären Feldherrn Rodrigo Díaz de Vivar, genannt „El Cid“, (1043–1099) für die Christenheit zurückerlangt worden war. Yusufs Regentschaft gilt als einer der Höhepunkte maurischer Machtentfaltung auf der Iberischen Halbinsel.



**Diokletian** – In die Herrschaft des römischen Kaisers ab 284 fällt die letzte und brutalste Christenverfolgung des Imperiums um das Jahr 303. Für Diokletian, über dessen Geburts- und Sterbejahr keine genauen Informationen vorliegen, war das Christentum mit seinem Ausschließlichkeitsanspruch eine Gefahr für das Römische Reich. Er zog sich als einziger Imperator im Jahre 305 friedlich aus dem Amt zurück. Noch zu seinen Lebzeiten wurde das Christentum 311 schließlich anerkannt.

**Candidus** – Er war Mitglied der Thebäischen Legion des Mauritius, die sich weigerte, an Diokletians Christenverfolgung mitzuwirken. Dafür wurde Candidus der Legende nach 302 bei Agaunum hingerichtet. Seither wird der römische Soldat als Märtyrer des Christentums verehrt.



**Walter Ulbricht** – Der erste Staatsratsvorsitzende der DDR betrieb Anfang der 50er Jahre die direkte staatliche Verfolgung von Christen. Ulbricht (1893–1973) ließ 1953 zahlreiche junge Christen von den Oberschulen werfen und die „Junge Gemeinde“ als „staatsfeindlich“ diffamieren, es kam zu Inhaftierungen. Im öffentlichen Bewußtsein blieb die von Ulbricht veranlaßte Sprengung der Leipziger Universitätskirche haften, um deren Wiederaufbau heute gerungen wird.

# Christen unter Druck

## Verhaftungen, Geldstrafen, Gottesdienst-Verbote: Algerien geht gegen Kirchen vor

In Algerien gerät die christliche Minderheit immer stärker unter staatlichen Druck. Mehr als die Hälfte der etwa 50 evangelischen Kirchen in dem nordafrikanischen Land ist geschlossen worden.

Besonders im Visier sind Christen, die ihren Glauben verbreiten wollen, und Muslime, die zum Christentum übertreten. Die Justiz geht auch gegen Katholiken vor, die außerhalb ihrer Kirchengebäude, etwa mit schwarzafrikanischen Einwanderern, beten. Priester wurden daran gehindert, Weihnachts- und Ostergottesdienste für Italiener zu halten, die in der Ölindustrie arbeiten. Nonnen dürfen keinen französischen Sprachunterricht mehr erteilen, so der Informationsdienst „Compass Direct“.

Wegen des Verteilens missionarischer Schriften verurteilte ein algerisches Gericht Ende Mai sechs vom Islam konvertierte Christen zu Haftstrafen von jeweils zwei Jahren. Das Urteil im Fall einer 37jährigen Konvertitin, die mit mehreren Bibeln in einer Tasche festgenommen worden war, wurde verschoben.

Bereits im April war ein Christ wegen angeblicher religiöser Abwerbung eines Muslims zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Ferner soll er eine Geldstrafe von umgerechnet fast 1000 Euro zahlen. Das Gericht in Tiaret, etwa 230 Kilometer südwestlich von Algier, habe jetzt das schriftliche Urteil vorgelegt, teilte der Präsident der Protestantischen Kirche Algeriens, Mustafa Krim, mit. Der Verurteilte, der lieber anonym bleiben wolle, werde gegen das Urteil Berufung einlegen. Der Christ habe nur sehr zögerlich einem Mann auf dessen Wunsch hin eine Bibel gegeben. Der Empfänger habe sich später als verdeckter Polizeiermittler erwiesen.

Presseberichten zufolge hat Religionsminister Abdellah Ghullamallah Konvertiten als Bedrohung für die Staatssicherheit in dem Land bezeichnet, in dem der Islam Staatsreligion ist. In algerischen Zeitungen häufen sich Angriffe auf die christliche Minderheit. Die Regierung habe die „Jagd auf die Konvertiten“ eröffnet, hieß es. Der 78jährige katholische Erzbischof von Algier, Henri Teissier, der jetzt von Abdallah Bader (57) im Amt abgelöst wurde, bezeichnete die Regierungskampagne gegen die Evangelisierung als „sehr schmerzhaft“ für die katholische Kirche. Unter den 32,4 Millionen Einwohnern Algeriens leben rund 2000 Katholiken, vor allem Gastarbeiter und Studenten. Die Zahl der Protestanten, vor allem in der Kabylei, wird auf bis zu 10000 Personen geschätzt.

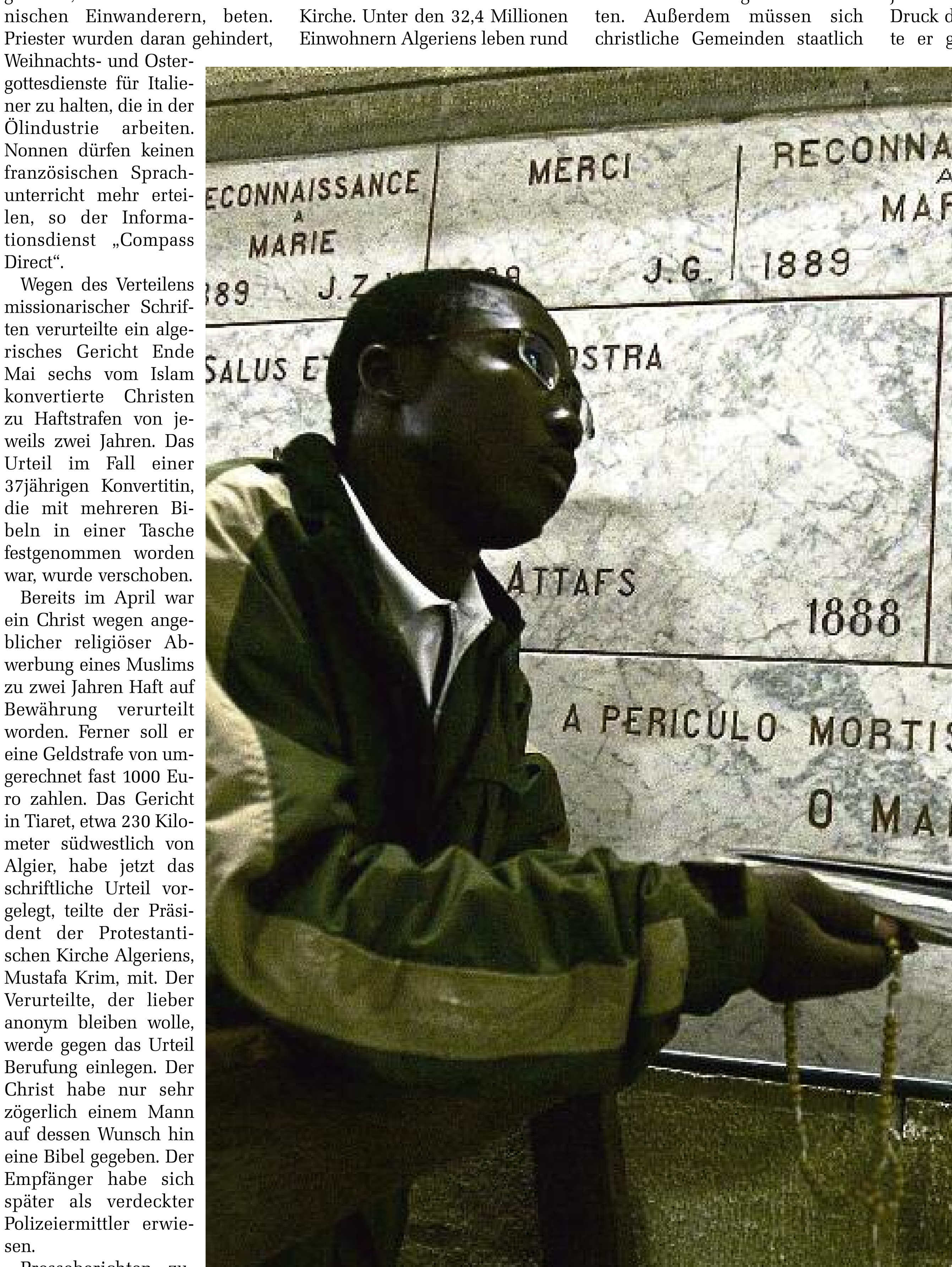
Grundlage für das Vorgehen gegen Christen bildet ein Religionsgesetz aus dem Jahr 2006, das jetzt umgesetzt wird. Danach wird mit einer zwei- bis fünfjährigen Haft bestraft, wer einen Muslim anstiftet, zwingt oder mit verführerischen Mitteln beeinflußt, zu einer anderen Religion überzutreten. Außerdem müssen sich christliche Gemeinden staatlich registrieren lassen und ihre Gottesdienste den Behörden anzeigen. Es ist verboten, christliche Literatur zu lagern und zu verteilen.

Algerische Christen seien in ihrem Land noch nie stärkerem Druck ausgesetzt gewesen, erklärte der algerische Fernsehevangelist Farid Bouchama, der von Frankreich aus tätig ist. Früher hätten sie Diskriminierungen in der Familie oder im Beruf erlebt; jetzt seien sie organisiertem Druck des Staates ausgesetzt, sagte er gegenüber „Compass Direct“.

Nach Angaben von Mustafa Krim sind die Gemeinden noch unentschlossen, ob sie sich den Schließungen fügen oder gegen sie mit rechtlichen Mitteln vorgehen sollen. Sie versuchten, eine legale Existenz aufzubauen, erlebten aber bei den Versuchen zur Registrierung unterschiedliche und widersprüchliche Reaktionen der Behörden, so ein Sprecher des protestantischen Dachverbands. So würden kleine Gemeinden, die sich in Privathäusern oder umgebauten Garagen versammeln, nicht als vollwertige Kirchen angesehen.

Als Ursache für das verschärfte Vorgehen des Staates werden unterschiedliche Gründe angegeben. Manche vermuten, daß sich Präsident Abdelasis Bouteflika bei seinem Vorhaben, die Verfassung zu ändern, die Unterstützung islamistischer Gruppen sichern wolle. Auf diese Weise wolle er sich 2009 eine dritte Amtszeit ermöglichen.

Andere sehen den Druck auf die Christen als ein Manöver an, von Problemen wie der Wohnungsnot und den steigenden Nahrungsmittelpreisen abzulenken. Nach Angaben von „Compass Direct“ sehen Christen den Hauptgrund für das staatliche Vorgehen indes nicht so sehr in einem Machtzuwachs der Islamisten, sondern im zahlenmäßigen Anwachsen der Christen, etwa in der Kabylei. *idea*




**Betender Katholik in Algier: Vor allem Gastarbeiter und Studenten aus dem Ausland verbreiten das Christentum in dem afrikanischen Land.** Foto: Reuters

## Menschenrechte auf der Basis der »Scharia«?

Bei Verstößen gegen das Recht auf freie Religionsausübung pochen Politiker auf die Einhaltung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Hier sind neben dem Recht auf freie Religionsausübung auch alle anderen Grundrechte als „universell gültig“ festgeschrieben.

Stimmt das überhaupt? Von der westlichen Öffentlichkeit kaum in seiner Tragweite registriert, beschlossen die Mitgliedstaaten der „Organisation der Islamischen Konferenz“ (OIC) in Kairo 1990 eine eigene Charta der „Menschenrechte im Islam“. In der OIC sind 57 islamisch geprägte Staaten zusammengeschlossen.

Die Kairoer Charta unterscheidet sich beträchtlich von der allseits bekannten „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Ausdrücklich heißt es dort, daß alles Recht dem islamischen Recht der Scharia unterzuordnen sei, das als alleinige Quelle der Definition von Menschenrechten anerkannt wird. Artikel 19 bestimmt: „Es gibt keine Verbrechen und Strafen außer den in der Scharia festgelegten.“

### »Kairoer Erklärung«: Frauen sind nicht gleichberechtigt

Namentlich lehnt die „Kairoer Erklärung“ die Gleichberechtigung von Mann und Frau ab. Die Frau besitze zwar die gleiche Würde, sei aber nicht gleichgestellt, der Mann sei ihr überlegen.

Auch die Unantastbarkeit der Religionsfreiheit wird nicht akzeptiert. Der Islam wird zudem als „wahre Religion“ und die islamische Gemeinschaft als „beste aller menschlichen Gesellschaften“ über alle anderen gestellt.

Entsprechend eingeschränkt ist auch die Redefreiheit, die auf Äußerungen begrenzt wird, die dem islamischen Recht der Scharia nicht widersprechen. Da das islamische Recht als allein gültiges anerkannt wird, legitimiert die islamische Menschenrechts-Charta auch körperliche Bestrafung.

Der Mensch als Individuum, der in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ im Mittelpunkt steht, spielt in der „Kairoer Erklärung“ nur eine untergeordnete Rolle. Schon in der Präambel wird nicht auf den einzelnen Menschen, sondern auf die „Umma“, die Gemeinschaft aller Moslems der Welt, Bezug genommen. *H. H.*

# Der Mythos von »al-Andalus«

## Die Idealisierung der maurischen Herrschaft in Spanien hält einer historischen Prüfung nicht stand

Von HANS HECKEL

Der islamistische Terror, die Hinwendung junger Muslime, auch in Europa, zu fundamentalistischen Strömungen, Meldungen über „Ehrenmorde“ – der Traum der harmonischen Koexistenz mit dem Islam hat erhebliche Kratzer davongetragen.

Westliche Intellektuelle bestehen indes darauf, daß dies alles lediglich kurzfristige Verirrungen seien, die mit dem Islam nichts zu tun hätten, ja, um Reaktionen auf die abendländische „Demütigung“ der Muslime, die solche Exzesse erst heraufbeschworen habe. Als Beleg für den friedlichen, toleranten Kern des Islam wird regelmäßig die mohammedanische Herrschaft in Spanien angeführt, die von 711 bis 1492 (im äußersten Süden) andauerte. Hier hätten, so die allgemeine Darstellung, Moslems, Christen und Juden unter weisen muslimischen Führern harmonisch und respektvoll zusammengelebt.

Eine Legende, die keiner Prüfung standhält. Christen und Juden führten in „al-Andalus“, wie die Araber Spanien nannten, das Leben von „Dhimmis“, Schutzbefohlenen. Sie mußten eine Sondersteuer zahlen, die in Geld, Naturalien oder Fronarbeit zu entrichten war, und waren im täglichen Leben etlichen weiteren Benachteiligungen ausgesetzt.

So mußten „Ungläubige“ in Ghettos leben, ihnen war es verboten, ein edles Tier wie ein Pferd zu reiten. Außerdem lebten sie in der ständigen Furcht, von einem Moslem wegen Gotteslästerung denunziert zu werden, wogegen sie sich kaum wehren konnten, weil ihr Zeugnis vor Gericht nichts galt.

Überdies war es Christen und Juden verboten, Waffen zu tragen. Im Mittelalter waren Händler und andere Reisende indes überall in der Welt darauf angewiesen, sich gegen Raubüberfälle im offenen Land selbst zu verteidigen. Das Waffenverbot machte die Christen und Juden somit nicht nur schutzlos, es engte auch ihre Bewegungsfreiheit beträchtlich ein.

Der angesehene Gelehrte Ibn Abdun verfaßte um das Jahr 1100 in Sevilla ein Rechtsgutachten, das die gezielte Diskriminierung der „Dhimmis“ bis ins einzelne dekretierte. Dort heißt es: „Ein Muslim darf einen Juden nicht massieren, auch nicht einen Christen. Er darf nicht ihren Abfall beseitigen und nicht ihre Latrinen reinigen. Es ist angemessener, daß Juden und Christen dieses Gewerbe verrichten, denn es ist das Gewerbe der Meistverachteten.“ Chronisten berichten von Massenübergriffen auf Juden und Christen mit Tausenden Toten.

Auch die gepriesene geistige Freiheit, die dem „finsteren Mittelalter“ in den christlichen Ländern engegengehalten wird, war mindestens ebenso starken Schwankungen ausgesetzt wie in den Ländern der Christen: So ließ der Amiriden-Herrscher al-Mansur (981–1002) alle philosophischen Bücher verbrennen.

Der Vollständigkeit halber muß angefügt werden, daß die Diskriminierung und Verfolgung Andersgläubiger auch im christlichen Europa (Judenpogrome) elende Praxis war. Und auch, daß die christlichen Wiedereroberer Spaniens gegen Moslems wie Juden mit aller Härte vorgingen.

Doch „al-Andalus“ als leuchtendes Vorbild eines freigeistigen, toleranten und von multikulturellem Respekt geprägten Gartens der Religionsgemeinschaften ist ein frommes Wunschbild.

# Dem Fett zu Leibe rücken

## Mit einem Aktionsplan will die Bundesregierung dicken Deutschen ihr Übergewicht abtrainieren

Von Mariano Albrecht

Schokoladensteuer, Fett-Abgabe oder kalorienabhängige Verbraucherpreise auf alles, was dick macht? Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) wollen den Übergewichtigen die Lust auf Fettes und Süßes nehmen. Ein Aktionsplan soll dafür sorgen, daß bis 2020 der Trend zum Pummelchen ins Gegenteil umgekehrt wird. Drohen uns nun Pommes-Verbot und reglementierte Schokoladenabgabe?

Die Deutschen sind zu rund, 37 Millionen Erwachsene und rund zwei Millionen Kinder sind zu dick oder leiden unter krankhaftem Übergewicht, heißt es. Die Behandlung von Krankheiten, die durch falsche Ernährung oder zuwenig Bewegung verursacht werden, koste im Jahr rund 70 Milliarden Euro, erklärt Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). Nun sind die meisten Maßnahmen, die aus dem Schmidt-Ministerium kommen, mit Kosten und Verboten für den Bürger verbunden.

Stichwort Rauchen: Nach einer Aussage des CDU-Europaabgeordneten Karl-Heinz Florenz belasten die Folgen des Tabakrauchens die Gesundheitssysteme mit jährlich 50 Milliarden Euro. Damit kommen die Raucher den Staat noch zwei Milliarden Euro günstiger als die Übergewichtigen. Um den Tabakkonsum zu reduzieren, ist die Regierung mit hohen Steuern und Rauchverboten dem Übel zu Leibe gerückt. Mit mäßigem Erfolg. Das Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen wird umgangen und die hohen Zigarettenpreise werden durch Änderung des Rauchverhaltens, etwa durch das Selbstdrehen von Glimmstengeln, kompensiert. Versuche, die Tabakindustrie, etwa mit Werbeverboten und Beteiligung an den Gesundheitskosten, in den Kampf gegen das Rauchen einzubeziehen, kamen nicht zum Zug.

Ist es im besten Fall medienwirksamer Aktionismus, der Ulla Schmidt und Horst Seehofer treibt?

Verbraucherschützer fordern eine sogenannte Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln. Kunden sollen so Kalorienbomben auf den ersten Blick erkennen. Fett-, zucker- und kalorienarme Produkte sollten nach Ansicht der Verbraucherschützer europaweit verständlich mit einem Grünen Symbol gekennzeichnet werden, während Grenzwertiges oder gar sogenannte Kalorienbomben in Gelb oder Rot kenntlich gemacht werden könnten. Doch damit tut sich die Politik schwer, denn die Industrie sträubt sich gegen diese „Kauf-mich“- oder „Kauf-mich-nicht“-Etikettierung ihrer Produkte. Und so lavieren Seehofer und Schmidt zwischen den Lobbyisten aus der Lebensmittelindustrie und redlichem Bemühen, gegen die Pfunde vorzugehen.

Der Plan ist schwammig. So will die Regierung mit der Süßwarenindustrie über einen freiwilligen Verhaltenskodex sprechen. Der soll zum Beispiel beinhalten, daß diese auf Werbung für Kinder unter zwölf Jahren verzichtet. Liest sich die Werbung dann so? „Kinderschokolade – aber nur für Große!“ Oder gibt es dann nur noch „Elternschokolade“? Die Computerindustrie soll mehr Spiele mit Bewegungsaktivitäten auf den Markt bringen.

Bürokratische Monstren versprechen auch die flächendeckenden Kompetenzzentren für Bewegungsförderung zu werden, die Bund und Länder bis 2015 einrichten wollen. Eine satte Weide für neue, Fördergelder verschlingende Beratungsvereine. Sie sollen Schulen, Kitas, Betrieben, Vereinen und Fitneßzentren helfen, mehr Sport- und Bewegungsangebote zu schaffen. Statt in die Weiterbildung des dort beschäftigten Personals zu investieren, werden neue Verwaltungsblasen aus dem Boden gestampft. Gesunde Ernährung beginnt im Elternhaus und somit bei der „Erziehung“ und Bildung junger Eltern.

So wäre es zum Beispiel sinnvoll, in vorhandenes zu investierten. Zum Beispiel in die sogenannten „Mutter und Kind Zentren“ oder „Elternschulen“. Auch Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendämter könnten in den Aktionsplan einbezogen werden. Alles nur Sommertheater?

Verbraucherschutzminister Horst Seehofer versichert, es gehe nicht darum, die Menschen mit Ge- und Verboten zu gängeln. Mann wolle ein gesundes Lebensumfeld schaffen. So lobenswert wie der Vorsatz auch scheint, ohne Mitwirkung der Eltern und der Industrie, mit zum Beispiel aussagefähigen Verpakkungsaufschriften oder klaren Grenzwertvorgaben für dickmachende Zusatzstoffe wird das Aktionsprogramm wohl zum zahnlosen Tiger mutieren.



Selten werdender Anblick: Schlanke und gelenkige Kinder beim Turnen. Der Bund will nachhelfen. Foto: ddp

## MELDUNGEN

### Zuwendung statt Suizidhilfe

**Würzburg** – Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche zeigte sich schockiert über die vom ehemaligen Hamburger Justizsenator Roger Kusch geleistete Sterbehilfe an einer 79jährigen Frau in Würzburg. „Wer einsamen Menschen den Giftbecher reicht, statt ihnen ihre Ängste zu nehmen und sie zu begleiten, bereitet den Weg für eine unmenschliche Gesellschaft“, sagte der Vorsitzende der Kirchenleitung, Bischof Hans Christian Knuth (Schleswig), in Kiel. Statt Suizidhelfer brauchten kranke und sterbende Menschen Zuwendung und Nähe. Mit modernen Schmerzmitteln ließen sich außerdem Beschwerden vielfach so lindern, daß die Betroffenen ihre letzte Lebensphase menschenwürdig verbringen könnten.

### Jeder zwölfte ohne Abschluß

**Köln** – Von den 970 000 Schülerinnen und Schülern, die 2006 eine allgemeinbildende Schule verließen, hatten mehr als 40 Prozent die mittlere Reife in der Tasche. Jeweils ein Viertel der Absolventen beendete die Schule mit einem Hauptschulabschluß oder der Hochschulreife. Jeder Zwölfte ging ohne Abschluß – das sind 76 000. Das Bild ist auch regional sehr bunt: Hamburg und Berlin wiesen den höchsten Anteil an Abiturienten auf. In Ostdeutschland ist der Realschulabschluß das häufigste Abschlußzeugnis. Der Lerneifer der Mädchen trägt Früchte – drei von vier deutschen Schulabsolventinnen haben 2006 die mittlere Reife oder das Abitur bestanden, aber nur zwei Drittel der Jungen. Ähnlich ist es bei den ausländischen Schülern – die Migrantinnen erwerben ebenfalls häufiger höhere Schulabschlüsse als ausländische Jungen. Das Gros der Schüler mit ausländischem Paß beendet die Schullaufbahn allerdings mit einem Hauptschulabschluß. *IW*

## Ost-Deutsch (73): putzen

Von Wolf Oschlies

Reporterglück! Ein von meinen Fragen überforderter Journalist reichte mich in Bratislava an Stefan Holcik weiter, Ex-Bürgermeister der slowakischen Hauptstadt, der mir, sogar auf deutsch, beste Auskunft gab. Beispielsweise zu deutsch-slowakischen Sprachkonventionen im 19. Jahrhundert: „Mutra pucovala fotrovi slafrok na ganu“ (Mutter putzte Vaters Schlafrock auf dem Gang). Mein Ehrenwort: Denselben Satz kannte ich von meinem Schwiegervater, einem international versierten Gießerei-Experten, der ihn mir als Beleg für deutsch-tschechische Sprachkoexistenz zitierte.

„Putzen“ (butzen) entstand im 15. Jahrhundert in der doppelten Bedeutung von „reinigen“ (eine Kerze vom verkohlten Docht) und „schmücken“ (sich herausputzen). Alles das lebt bei Slawen – bis hin zur mazedonischen „pucval“, der Putzwolle, die kiloweise verkauft wird. Richtig daheim ist das Wort bei Westslawen, etwa in Jaroslav Hascheks unsterblichem „Schwejk“, wo ein Soldat den größten Ärger bekommt, weil er „nechtel pucovat hajzly na hauptvase“ (nicht die Häus'le, die Toiletten auf der Hauptwache putzen wollte). Aus dem Schwejk stammt auch der „pucflek“, der Offiziersbursche, eine Zusammensetzung aus „putzen“ und „pflegen“. Der findet sich auch in südpolnischen Dialekten: „Ty bys nadowol na pucfleka, bo tak pieknie pucujesz buty“ (Du wärst ein guter pucflek, weil du so schön Schuhe putzt). Gesamtpolnisch ist der „pucybut“ (Schuhputzer), heute ein Synonym für Lakai, Pechvogel, Asozialer „Od milionera do pucybuta“ (vom Millionär zum pucybut).

Ausgangspunkt ist natürlich das Verb, das im Polnischen als „pucowac“ lebt und von dort ins Kaschubische und Litauische einging. Hier finden wir auch die zweite Bedeutung: Kein Pole mag sich „do niczego sie nie pucowac“ (sich für nichts herausputzen). Bei Tschechen dominiert der reinigende Wortsinn, zum Beispiel „v nedeli ma byt slusny covek doma a pucovat si boty“ (am Sonntag Nachmittag soll ein anständiger Mensch daheim sein und seine Schuhe putzen). Oder drastischer und auf die neuen Raketenpläne der USA in Tschechien bezogen: „Radsi budu pucovat boty Amikum, nez se zdravit cest praci“ (Lieber putz ich den Amis die Schuhe als mit Ehre der Arbeit zu grüßen). Das war nämlich der Parteigruß aus kommunistischen Zeiten.

# Sozialarbeiter an die Basis

## Trotz Zusagen haben Bund und Länder in Sachen Kinderschutz noch nicht viel erreicht

Von Mariano Albrecht

Kevin, Lea-Sophie, Max-Luca, die Namensliste der kindlichen Opfer von Vernachlässigung, Verwahrlosung, Mißbrauch und häuslicher Gewalt ließe sich lange fortführen. Fast täglich berichten die Medien über Grausamkeiten, die Kindern von ihren Eltern angetan werden. Meist sind es Familien aus sozialen Unterschichten, in denen Kinder der Verwahlosung oder der Gewalt ihrer Eltern ausgeliefert sind. Allzu oft haben die Behörden weggeschaut oder nichts bemerkt. Meist wurde nach „Aktenlage“ vom Schreibtisch aus entschieden, welche Fälle an freie Träger der Jugendhilfe zur Betreuung abgegeben werden.

Auch der zweijährige Kevin aus Bremen könnte noch leben. Die Jugendbehörde hatte es hingenommen, daß der drogenabhängige Vater den Jungen betreut, das Kind starb an mehr als 20 Knochenbrüchen. Das war vor anderthalb Jahren. Was ist seit demn passiert?

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder haben das Kindeswohl zur Chefsache erklärt. Auf dem zweiten Kinderschutzgipfel am Anfang des Monats haben Merkel und die Landesväter weitere Maßnahmen beschlossen, die das Kindeswohl auf sichere Beine stellen sollen. Doch was war bisher passiert?

Nicht viel, obwohl man sich der Taten rühmt. Es mangelt an Gesetzen, die den Ämtern erlauben, in sogenannte Problemfamilien einzugreifen. Schlimmer noch: Die Jugendämter sind organisatorisch und personell nicht in der Lage, die Fälle auszumachen, in denen ein Eingreifen notwendig wäre. Warum ist das so?

Die Arbeit der Jugendämter ist Ländersache, in der Vergangenheit hatte man sich dort die Schreibtische durch Delegierung der Kinder- und Jugendfürsorge an freie Trägervereine frei gehalten. Doch wer soll junge Mütter bei der Sorge um das Kind begleiten? Es gibt zahlreiche Angebote, doch müssen diese auch durch die Eltern wahrgenommen werden. Bisher gibt es in nur wenigen Bundesländern eine Verpflichtung zur Teilnahme an regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen. Das Problem ist lange bekannt. Die Lösung ist nicht einfach, so soll die Schweigepflicht von zum Beispiel Ärzten bundeseinheitlich auf den Prüfstand kommen, um den Medizinern zu erlauben, das Jugendamt über Anzeichen von zum Beispiel Unterernährung zu informieren. Auch soll der Datenschutz gelockert werden, um beim Umzug einer Familie die Weitergabe des „Falles“ unter den Jugendämtern zu ermöglichen. Doch die Absichten dürften auf breite Gegenwehr stoßen.

Der Datenschutzbeauftragte von Sachsen-Anhalt, Harald von Bose, hat die Pläne der Landesregierung für verbindliche Vorsorgeuntersuchungen für Kinder kritisiert. Die angestrebte Erfassung aller Daten von Kindern und Eltern bei einer zentralen Stelle sei verfassungsrechtlich bedenklich, sagte er. Es sei „höchst problematisch“, alle Eltern unter Generalverdacht zu stellen, um einige wenige Fälle von Gefährdung des Kindeswohls zu entdecken. Hier wäre als erstes die Bundespolitik gefragt, denn es geht nicht um Verdachtsfälle. Es geht um staatliche Fürsorge und Obhut, hier ist Aufklärung und Argumentation gefragt. Wie kann ein engmaschiges Netz für die Kinderfürsorge als Überwachung von Eltern angesehen werden? Was hat die Politik versäumt?

Der Vorsitzende der Deutschen Kinderhilfe, Georg Ehrmann, stellt fest: „Gewisse Kompetenzen kann man nicht auslagern. Viele freie Träger der Jugendhilfe, die von den Kommunen beauftragt werden, sich um bestimmte Fälle zu kümmern, haben weder die Befugnisse noch die Möglichkeiten, Familien zu erreichen, bevor es zu spät ist. Es gilt die Qualität der vorhandenen Strukturen zu verbessern.“ Ehrmann stellt fest, daß es bisher nicht einmal einheitliche Diagnosestandards für das Feststellen von Kindeswohlgefährdungen gibt. Wer setzt die Standards?

Um zu beurteilen, ob eine junge Mutter oder eine Familie Hilfe benötigt, ist in erster Linie ein ärztliches Urteil erforderlich. Der erste Arzt, der mit dem jungen Leben in Kontakt kommt, ist der Frauenarzt, der eine Schwangerschaft feststellt. Hier wäre es die Aufgabe der Politik, ein System der Vor- und Fürsorge einzurichten, das eine Mutter von der Schwangerschaft bis zur Erziehung des Kindes begleitet, ohne zu bevormunden. Das kann nur unter der Federführung der Jugendämter und Gesundheitsbehörden funktionieren. Die Arbeit der freien Träger ist hier zweifellos nützlich, die Arbeit der Beamten jedoch können sie nicht übernehmen. Ein erster Schritt in Richtung Kindeswohl wäre wohl die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit von Jugendämtern durch personelle Aufstockung und radikale Reform eingefahrener Verwaltungen. Sozialarbeiter gehören an die Basis und nicht an den Schreibtisch.

## MELDUNGEN

### US-Raktenschild beschlossen?

**Warschau** – Die polnische Zeitung „Dziennik“ behauptet, daß sich Warschau und Washington auf den Bau der umstrittenen US-Raketenbasis in Polen geeinigt hätten. US-Außenministerin Condoleeza Rice soll bei ihrem Polenbesuch am 8. Juli die Einigung offiziell verkünden. Die im Mai 2007 begonnenen Verhandlungen waren unter anderem ins Stocken geraten, weil Polen gehofft hatte, den Amerikaner kostenlos eine Modernisierung ihrer Armee abzuhandeln.

### Labour nur noch auf Platz 5

**London** – Nur noch Platz fünf und somit hinter der rechtsextremen British National Party? Auch wenn es sich nur um eine Nachwahl in dem einzelnen Wahlbezirk Henleyon-Thames im südenglischen Oxfordshire handelt, so ist das Ergebnis für die traditionsreiche britische Labour niederschmetternd. Statt Aufschwung zu bringen, hat der Wechsel von Tony Blair zu Gordon Brown den Niedergang der Labour Party nur noch beschleunigt. Laut einer für die Zeitung „The Independent“ in Auftrag gegebenen Umfrage erhalten derzeit die in der Opposition befindlichen Tories 46 Prozent an Zustimmung, während Labour auf 25 Prozent abstürzte und bald mit den seit Jahrzehnten schwachen Liberalen gleichauf liegt, die einen Stimmenzuwachs erlangten und 18 Prozent erhielten.

### Ist Darfur noch zu retten?

**Stockholm** – Der frühere schwedische Außenminister, Jan Eliasson, gibt resigniert sein Amt als Chefvermittler der Vereinten Nationen in Darfur auf. Eliasson, der das Amt seit 2006 innehatte, mußte miterleben, wie die Friedensverhandlungen auf diplomatischer Ebene stagnieren, während in Darfur Menschen getötet werden. Seit Februar 2003 sind mehr als 200 000 Menschen der Gewalt zum Opfer gefallen, etwa 2,5 Millionen Bewohner sind auf der Flucht.

# Sündenbock der Mudschaheddin?

## Das Haager Tribunal für Kriegsverbrecher will ein Urteil über General Rasim Delic fällen

Von Wolf Oschlies

Vom Nürnberger Prozeß (1946) und vom Tokioter (1948) übernahm das Haager Kriegsverbrecher-Tribunal für Ex-Jugoslawien (ICTY) zwei zuvor unbekannte Rechtsprinzipien. Zum einen „Commands responsibility“, nach der politische und militärische Führer für etwaige Untaten ihrer Untergebenen strafrechtlich verantwortlich sind. Zweitens „Joint criminal enterprise“, also die Verantwortung für die Folgen eines potentiell gefährlichen Plans. Bislang hat das ICTY 161 exjugoslawische Politiker und Militärs nach diesen Prinzipien angeklagt, von denen einige noch nicht gefaßt sind, andere ihre Strafen bereits verbüßten, wieder andere vor Strafantritt verstarben oder an heimische Gerichte überstellt wurden. Im Haag stehen derzeit 48 Angeklagte in verschiedenen Stadien ihrer Prozesse.

Unter diesen Angeklagten ist der bosnische General Rasim Delic, Jahrgang 1949, vom 8. Juni 1993 bis 31. Oktober 1995 Kommandeur des Generalstabs der Armee Bosnien-Herzegovinas (ABiH). In dieser Armee diente seit Mitte 1992 eine immer größere Zahl islamischer Terroristen, sogenannte Mudschaheddin oder Gotteskrieger, die in Bosnien einen „Dschihad“ (Heiligen Krieg) „gegen die Feinde der bosnischen Muslime“ führten. Dabei begingen die Mudschaheddin zahlreiche Greueltaten, für die Delic jetzt den Kopf hinhalten soll. Als die Anklage am 15. Februar 2005 erhoben wurde, stellte sich Delic zwei Wochen später dem Tribunal, überzeugt davon, unschuldig zu sein.

Delic, Ex-Berufsoffizier der exjugoslawischen „Volksarmee“ und seit April 1992 in hohen Funktionen der bosnischen Armee, soll vom ICTY strafrechtlich belangt werden, weil er als höchster Offizier der ABiH über das Wüten der Mudschaheddin informiert war und dieses nicht verhindert hat. Juristisch ein klarer Fall von „Commands responsibility“. Anfang Juni wurden im Haag die Schlußplädoyers der fünf Ankläger gehalten, und vermutlich wird Delic jede Strafe hinnehmen, die ihm das ICTY auferlegt. Anderenfalls müßte er die Verstrickung der früheren politischen Führung der bosnischen Muslime in terroristische Netzwerke aufdecken, was dieser loyale Offizier kaum tun wird.



Stellte sich selbst dem Gericht: Rasim Delic hält sich für unschuldig. Foto: AP

Bosnien erklärte im Oktober 1991 seine Unabhängigkeit, die im April 1992 international anerkannt wurde. Wenige Wochen später wurde das Land von Serbien und Kroatien angegriffen, deren Präsidenten Milosevic und Tudjman sich zuvor auf eine Teilung Bosniens geeinigt hatten. Die bosnischen Muslime – etwa die Hälfte der Bevölkerung, neben Serben (30 Prozent) und Kroaten (17 Prozent) – kamen in größte Bedrängnis und akzeptierten jede Hilfe, die sich ihnen bot. Unter den ersten „Helfern“ war das Terrornetzwerk „Al-Kaida“, dessen Anführer Osama bin Laden 1993 von der bosnischen Botschaft in Wien einen bosnischen Paß bekam. Staatsbürgerschaften für „Kriegsverdienste“ erhielten auch die rund 10 000 Mudschaheddin, die laut Nebojsa Covic, nach 2000 Kosovo-Beauftragter der Belgrader Regierung, im Krieg 1992 bis 1995 in Bosnien ihr Unwesen trieben. Ihr „Auffangbecken“ war die im November 1992 geschaffene 7. Muslimische Brigade, in der die Mudschaheddin eine eigene Abteilung „Al Mudschahid“ unterhielten. Diese betrieb in Zenica und Vozuca eigene Ausbildungslager, in denen Alija Izetbegovic, damals Präsident der bosnischen Muslime und „Ehrenkommandant“ der 7. Muslimischen Brigade, häufig zu Gast war. Außer ihm wußte kaum jemand, wie viele Mudschaheddin in Bosnien waren, obwohl „Al Muschahid“ 1994 und 1995 als „beste Armee-Einheit“ galt.

Izetbegovic (1925–2003) hat im November 2001 in einem „Time“-Interview bestritten, die Mudschaheddin ins Land gelassen, sie dort unterstützt und persönliche Kontakte mit Osama bin Laden gehabt zu haben. Das waren drei Lügen, die General Delic jetzt leicht aufdecken könnte. Als er sein Amt 1993 antrat, waren Verbrechen der Mudschaheddin bereits aktenkundig, worüber Izetbegovic seinen neuen Armeechef informierte. Delic beauftragte General Jusuf Jasarevic, damals Sicherheitschef der ABiH, die Einheit „Al Mudschahid“ unter schärfste Überwachung zu stellen, konnte aber nicht verhindern, daß diese noch im September 1995 51 Serben in dem Dorf Kesten ermordete.

Kesten, Vozuca, Maline, das Gefangenenlager Kamenica und weitere Orte wurden allein von „Al Mudschahid“ kontrolliert. Das steht auch in der Anklage des ICTY, wo die „Neigung“ (propensity) der Mudschaheddin zu Verbrechen, „vor allem Verbrechen an gefangenen Soldaten und Zivilpersonen“, offen erwähnt wird. Der Haager Grundfehler ist jedoch, das alles Delic anzulasten und nicht einmal die Möglichkeit zu prüfen, daß diese islamischen Killer dem General nur formal unterstanden, tatsächlich aber eine von der politischen Führung gedeckte Terrorformation waren.

Die Beweise sind in Bosnien mit der Hand zu greifen. Das Dorf Bocinja bei Maglaj ist nach wie vor eine Oase der Mudschaheddin, in die sich kaum jemand traut. In Zenica wirkt die Gruppe „Ensarija“ als Stoßtrupp der Mudschaheddin, die nach dem Krieg in Bosnien blieben. Ihr Leiter ist der Syrer Imad al-Hussein, der unter dem Namen Abu Hamza ein Al-Kaida-Führer ist. Seine rechte Hand ist Al Hamad, derzeit in Zenica in Haft, der noch unlängst einräumte, daß „Al Mudschahid“ unter dem direkten Kommando von Al-Kaida stand und in ihrem Namen seine Verbrechen beging. In Europa und in Nahost werden laufend Terroristen aufgegriffen – der Marokkaner Said Atmani, der Franzose Lionel Dumont, der Algerier Mohammed Mehdavi etc. –, die alle bosnische Pässe besaßen. In Saudi-Arabien wurden 2005 Junuz Muhamed al Hajari und Said Sad al Samari, zwei regionale Al-Kaida-Führer und bosnische Staatsangehörige, bei einem Gefecht getötet.

Das will sich Bosnien nicht mehr bieten lassen. Bereits Anfang 2006 erklärte Dragan Mektic, Vize-Minister für Sicherheit, man werde 2000 Staatsbürgerschaften überprüfen. 2007 wurde 367 Personen die bosnische Staatsbürgerschaft aberkannt, darunter auch Abu Hamza, den die Behörden längst als „Sicherheitsrisiko“ einstuften. Der kümmert sich nicht darum, lebt mit seiner bosnischen Ehefrau und seinen sechs Kindern wie bisher. In Interviews beteuert er seine Unschuld, hat beim „Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“ ein Verfahren angestrengt und massive Unruhen seiner „arabischen Brüder“ angekündigt, falls Ausweisungen aus Bosnien geschehen. Mit Sicherheit wird dieser Terrorist in Bosnien unbehelligter leben als General Delic im Haager ICTY.

### Rußland plant den Krieg

Die traute Eintracht zwischen den Arktis-Anrainern währte nur kurz. Hatten sie sich Ende Mai auf einer von Dänemark initiierten Konferenz darauf geeinigt, den Territorialstreit friedlich beizulegen, hat Rußland jetzt bekannt, daß sein Militär mit der Ausarbeitung möglicher Kriegspläne für die Arktis begonnen hat. Das russische Verteidigungsministerium hat sich zur Konkretisierung von Kriegsszenarien entschieden, da es dringenden Handlungsbedarf sieht, um seine nationalen Interessen auf dem Festlandsockel der Arktis zu verteidigen. Auch Dänemark, Kanada, Norwegen und die USA melden Ansprüche hieran an. Da man am Nordpol reiche Rohstoffvorkommen vermutet, sind diese Ansprüche von einer besonderen Tragweite. Rußland sieht sich jedoch im Recht, da Moskauer Wissenschaftler herausgefunden hätten, daß der arktische Festland-sockel mit dem russischen Festland verbunden sei. Eine Übung des US-Militärs vor Alaska empfand Moskau als Provokation, auf die es nun reagiert. *R. Bellano*

# Die Verteidigung Europas

## Westeuropäische Union sieht Defizite im Vertrag von Lissabon

Von Pierre Campguilhem

Das Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags ist derzeit noch in der Schwebe, in den Kreisen der Westeuropäischen Union (WEU) ist man deswegen nicht gerade betrübt, weil man diesen Vertrag mit einer gewissen Zurückhaltung betrachtet. Das betrifft die Abschnitte, die die Zusammenarbeit im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unter den EU-Mitgliedstaaten festlegen.

Die WEU wurde durch die Pariser Verträge im Oktober 1954 als Ersatz für die zuvor vom französischen Parlament gestoppte Europäische Verteidigungsgemeinschaft gegründet. In seinem Artikel 5 sieht das WEU-Abkommen vor, daß im Falle eines Angriffs in Europa gegen eine der vertragsschließenden Parteien die anderen Staaten Hilfe und Beistand mit allen verfügbaren Mitteln leisten „werden“. Im Artikel 42 des Lissabonner Vertrages wird schlicht und einfach bestimmt, daß die EU-Mitgliedstaaten sich „verpflichten“, sich gegenseitig zu helfen.

Sicherlich ist die WEU nun eine etwas vergessene Organisation. Ihr Generalsekretär ist der Hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, und unter den ausführenden Organen der WEU funktioniert die Parlamentarische Versammlung, die von Vertretern der nationalen Parlamente gebildet wird, ganz geräuschlos. Zudem hat sich die Zahl der WEU-Mitglieder durch die Erweiterungen des Gemeinsamen Markts so vergrößert, daß die WEU jetzt zum Brüsseler Gegenstück der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geworden ist. Die Parlamentarische Versammlung der WEU hat ihren Sitz in Paris und tagt zweimal pro Jahr.

Der Rat der WEU hat seinen Sitz in Brüssel und wird von den Botschaftern der EU-Mitgliedstaaten gebildet, die sich in einem ständigen Ausschuß versammeln. Alles in allem ist die WEU, besonders seit dem Ende des Kalten Krieges, zu einem der ausführenden Organe der Brüsseler Kommission und des Rates der europäischen Staats- und Regierungschefs geworden.

Obwohl es gefährlich erscheinen kann, die Klausel der „kollektiven Sicherheit“ des Brüsseler Vertrags im Lissabonner Vertrag zu verwässern, haben offenkundig die Autoren der jetzt zur Diskussion stehenden Vertragsfassung das riskiert, um die 27 Signatarstaaten des Vertrags von Lissabon unter einen einzigen Hut zu bringen. Im Artikel 42 wird jetzt festgelegt, daß die Nato für die Staaten, die dort Mitglied sind, das Fundament der kollektiven Verteidigung ist und bleibt.

Wie der französische Senator Hubert Haenel – ein Mitglied des Konvents, der den Lissabonner Vertrag niederschrieb – anmerkte, gibt es im Artikel 42 auch eine auf alle Staaten anwendbare dehnbare Klausel, da für mehrere EU-Mitglieder die Union kein Militärbündnis ist und nicht sein darf. Insofern ist es nicht erstaunlich, daß bei etwaigen Beratungen über „ein Europa der Verteidigung“ unter den EU-Mitgliedstaaten des Lissabonner Vertrags auch in Zukunft prinzipiell Einstimmigkeit vorgesehen ist. Die Experten der Parlamentarischen Versammlung sind zwar der Ansicht, daß der Lissabonner Vertrag eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik möglich macht, die wirksamer sein dürfte als bisher. Doch es ist herauszuhören, wie diese Experten es bedauern, daß diese Politik keine klare Doktrin widerspiegelt.

Freilich werden, mit oder ohne Lissabonner Vertrag, Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen einzelnen Staaten im Sinne der WEU weiterbestehen. Und berücksichtigt man die Wünsche und Anregungen der WEU-Parlamentarier, so muß man ohnehin den Eindruck gewinnen, daß eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU noch in weiter Ferne liegt – allen Beteuerungen und Aussagen von führenden Politikern des alten Kontinents zum Trotz.

### Fingerabdrücke der Roma-Kinder

Rassismus oder Humanismus, das ist derzeit die Frage, die in Italien diskutiert wird, wenn es um den neuesten Vorschlag des italienischen Innenministers Roberto Maroni geht. Dieser hat bestimmt, die Fingerabdrücke von Roma-Kindern zu registrieren. Dies sei notwendig, so das Mitglied der Lega Nord, um zu wissen, wer in legalen oder illegalen Roma-Lagern lebe. Man habe keinen Überblick mehr, so der Innenminister.

Linke Politiker unterstellen Maroni „faschistische Methoden“. Maronis Parteichef Silvio Berlusconi hatte sein in Neuwahlen nach Unterbrechung wiedererlangtes Amt als Ministerpräsident mit dem Versprechen angetreten, entschieden gegen illegale Einwanderung vorzugehen. Nun wird angenommen, Maronis Entschluß sei ein weiterer Schritt hin zu Fremdenfeindlichkeit. Der Minister selbst beruft sich auf das Wohl der Kinder. Viele von ihnen würden zum Stehlen abgerichtet werden. Man müsse die Kinder identifizieren, um sie denjenigen entziehen zu können, die sie für Straftaten ausnutzen, so Maroni. *R. Bellano*

# Unmoralische Interessenpolitik

## Warum im Kongo militärisch interveniert wurde und in Simbabwe nicht

Von Martin Schmidt

Wohl niemand jenseits der Grenzen Simbabwes hegt Zweifel daran, daß die Präsidentschafts-Stichwahl vom 27. Juni eine einzige Farce war. Auch sehr viele Bewohner des krisengeschüttelten südafrikanischen Landes werden der gleichen Meinung sein, dürfen dies allerdings nicht öffentlich bekunden, wenn ihnen ihr Leben lieb ist. Doch warum interveniert die sogenannte „internationale Öffentlichkeit" mit ihren ansonsten von Auslandseinsatz zu Auslandseinsatz hetzenden Organisationen Uno, Nato und EU dieses Mal nicht? Warum werden angesichts zahlloser Morde und einer allgemeinen Rechtlosigkeit keine Truppen in Marsch gesetzt, ja nicht einmal massive Wirtschaftssanktionen verhängt?

All das muß kritische Zeitgenossen irritieren. Daran ändern auch Erklärungen wie jene des „Welt"-Kommentators Clemens Wergin vom 24. Juni wenig, der auf die Einschränkungen durch das moderne Völkerrecht und konkret durch das „allgemeine Gewaltverbot" in der Charta der Vereinten Nationen hinweist. Tatsächlich vermag die machtpolitische Passivität des Westens etwa in Birma (Myanmar) als Beleg für eine völkerrechtlich motivierte Zurückhaltung dienen, zumal die Volksrepublik China und Rußland der fortgesetzten Aufweichung der Staatensouveränität – mit guten Gründen – entgegenwirken. Doch warum war es 1992 anders, als der Uno-Sicherheitsrat die Mission in Somalia mit schweren Menschenrechtsverletzungen im Innern begründete? Und welche grundsätzlichen Unterschiede gibt es im Vergleich zum Irak, zur internationalen Einmischung im Kosovo oder zum Fall Kongo?

Ein genauerer Blick auf das im Sommer 2006 von der Europäischen Union gestartete und von den Parlamenten der Mitgliedsländer im Schnellverfahren abgenickte militärische Vorgehen in der seit Jahren bürgerkriegsgeschüttelten Demokratischen Republik Kongo erhellt die Unterschiede. Die gut 2000 Soldaten, die nach offizieller Lesart den seinerzeit bevorstehenden Wahlkampf zwischen dem autokratischen Präsidenten Joseph Kabila und dessen Widersacher Jean-Pierre Bemba absichern sollten, unterstanden dem deutschen Oberkommando und der operativen Verantwortung Frankreichs. In Wahrheit ging es beiden Staaten samt ihren europäischen Partnerländern nur am Rande um demokratische Standards, sondern in erster Linie um den weiteren Zugang zu den äußerst reichhaltigen Rohstoffen dieses zentralafrikanischen Landes. Der Kongo ist nicht nur das mit Abstand wasserreichste Gebiet des Kontinents, sondern zählt auch zu den rohstoffreichsten Staaten der Erde. Dem Einsatz ging eine ausdrückliche Bitte Frankreichs im Uno-Sicherheitsrat voran, dieser möge die Europäische Union zur Intervention ermächtigen. Der Moment schien günstig: Die USA waren gerade zu sehr im Irak eingebunden, um im Kongo selbst Aktivitäten zu beginnen, und auch den anderen Großmächten fehlte die Bereitschaft, der offensichtlichen EU-Hegemonialpolitik in diesem noch bis 1960 durch die Kolonialmacht Belgien regierten Teil Afrikas einen Riegel vorzuschieben.




Robert Mugabe: Er macht aus seinem Willen zur absoluten Macht kein Geheimnis. Foto: action press

Letztlich kommt auch der „Welt"-Kommentator Clemens Wergin angesichts solcher und vergleichbarer Hintergründe zu einer schlüssigen Erklärung der eingangs dargestellten Ungereimtheiten, wenn er die „kalte Frage nach nationalen Interessen" ins Spiel bringt. Denn, so Wergin, „nur wenn sich zur Moral ... nationaler Eigennutz gesellt, sind Staaten zum Eingreifen bereit". Doch in diesem Punkt ist Simbabwe schlicht zu uninteressant. Weder gibt es handfeste Machtinteressen wie im Kosovo noch eine strategische Bedeutung wie jene Somalias oder gewaltige Rohstoffreserven wie im Irak oder im Kongo. Das Land, das einst, als es noch Rhodesien hieß, als Kornkammer Afrikas galt, ist heute völlig ausgelaugt. Zwar hatte es nach dem Zweiten Weltkrieg einen beträchtlichen Wirtschaftsaufschwung zu verzeichnen, in dessen Gefolge sich die bis dahin ganz auf den Bergbau – überwiegend von Gold – und die Landwirtschaft gestützte Ökonomie um die industrielle Verarbeitung strategisch wichtiger Rohstoffe erweiterte, doch diese vergleichsweise guten Zeiten sind passé.

In der auf die Unabhängigkeitserklärung von 1980 folgenden langen Regierungszeit des Schona-Häuptlings Robert Mugabe erlebte Simbawe einen selbst im afrikanischen Vergleich beispiellosen Abstieg. Rund 4000 weiße Großfarmer, die in den fruchtbaren Landesteilen als Motoren einer effektiven Landwirtschaft gewirkt hatten, wurden enteignet, umgebracht oder außer Landes getrieben. An ihre Stelle und die der bisherigen angelernten schwarzen Arbeiter kamen Angehörige der neuen sozialistischen Parteieliten, die von der Bewirtschaftung keine Ahnung hatten. Die Ausfuhren bestehen heute zu 60 Prozent aus dem Export von Tabak, Tee, Zucker, Baumwolle, Mais, Holz und Kaffee und sind wegen der Agrarkrise deutlich rückläufig. Mehr als drei von vier Einwohnern Simbabwes sind nicht zuletzt deshalb arbeitslos geworden; die Inflation liegt bei unvorstellbaren 164 000 Prozent, eine neuerliche Dürre und Mißernten stehen bevor. Schon jetzt sind 5,8 von 12,7 Millionen Einwohnern Simbabwes auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in den letzten 15 Jahren von 61 auf 34 Jahre gesunken. Viele besser Qualifizierte wandern nach Botswana, Australien, in die USA oder nach Südafrika aus, wo es bereits annähernd drei Millionen Flüchtlinge aus dem nördlichen Nachbarland geben soll.

Während im Kongo die Franzosen als in afrikanischen Fragen tonangebende EU-Macht auf eine Intervention hinwirkten, gibt es hinsichtlich Simbabwes keine vergleichbare treibende Kraft. Die afrikanischen Nachbarstaaten, allen voran Südafrika mit Präsident Mbeki, decken Mugabe noch immer wegen seiner Rolle bei der Entkolonialisierung, und die Afrikanische Union (die frühere Organisation für Afrikanische Einheit / OAU) erweist sich wieder mal als ebenso machtlos wie handlungsunfähig. Somit kämen für eine Intervention vor allem die Briten als ehemalige Kolonialmacht in Frage.

In diesem Zusammenhang wies das niederländische Wochenmagazin „Elsevier" am 24. Juni allerdings treffend auf bestehende ideologische Schranken hin: „Aber die Briten sind, anders als die Franzosen, die einfach eine Fremdenlegion schicken, wenn es die Situation in Afrika erfordert, immer überängstlich, daß sie des Neo-Kolonialismus beschuldigt werden. Solange der britische Premier Gordon Brown nicht bereit ist, seinen so gelobten Geheimdienst oder seine Kommandos in Stellung zu bringen, um Simbabwe von Mugabe zu befreien, oder eine andere Lösung zu suchen, winkt für die leidgeprüften Simbabwer nur eine tiefschwarze Zukunft."

## Meldungen

### Die Treue alter Kampfgenossen

**Scharm el-Scheich** – „Die Afrikanische Union sollte Herrn Mugabe weder akzeptieren noch bewirten", sagte der kenianische Regierungschef Raila Odinga. Er selbst erhielt sein bei Wahlen Ende 2007 rechtmäßig erworbenes Amt erst, nachdem nach blutigen Unruhen internationale Vermittler einen Kompromiß erwirkten. Nun teilt er sich mit Kenias Präsidenten Mwai Kibaki die Macht im Lande. Auch Kibaki hatte sich wie Mugabe zum Sieger erklären lassen wollen, obwohl die Opposition bei den Wahlen stärker abgeschnitten hatte. Die zögerliche Afrikanische Union drängt nun auch Robert Mugabe dazu, dem keninaischen Vorbild zu folgen und sich die Macht in Simbabwe mit seinem Gegenspieler Morgan Tsvangirai zu teilen. Raila Odinga hat im Fall Simbabwes allerdings nichts zu entscheiden, da er nicht auf der maßgeblichen Konferenz im ägyptischen Scharm el-Scheich teilnehmen durfte; dort treffen sich nur Afrikas Präsidenten. Verständlicherweise hat Kenias Präsident Kibaki deutlich mehr Verständnis für Robert Mugabe, der nicht bereit ist, Kenias Model der Machtteilung auch nur in Erwägung zu ziehen. Und auch andere afrikanische Präsidenten sind Mugabe zugeneigt. Sie kennen ihn noch aus alten Kampfzeiten. Vor allem Südafrikas Präsident Thabo Mbeki steht zu dem Simbabwer. Männer wie Mbeki und Mugabe sind sich einig, daß sie nach dem Sturz der weißen Minderheitsregime in ihren Ländern nun einen Anspruch auf die Macht haben. Mbekis Macht schwindet jedoch. Bereits 2007 wurde er als Vorsitzender seiner Partei abgewählt. Sein Nachfolger in diesem Amt, Jakob Zuma, soll ihn auch im Amt des Präsidenten beerben.

### Polen ziehen ab

**Warschau** – Polen hat mit dem Abzug seiner 900 im Irak stationierten Soldaten begonnen. Seit Beginn der polnischen Irak-Mission im Jahr 2003 sind 22 Soldaten und fünf Zvilisten ums Leben gekommen. Warschau hatte gehofft, durch Militärpräsenz im Irak Aufträge bei dessen Wiederaufbau zu erhalten, doch die meisten Aufträge gingen an Deutschland und Frankreich, die keine Soldaten im Irak stationiert haben.

# Ist Belgrad europäischer als Brüssel?

## Serbiens Regierungsbildung und die EU

Von Wolf Oschlies

Serbiens vorgezogene Parlamentswahlen vom 11. Mai schickten zwei Blöcke in die „Skuptschina", die von Staatspräsident Boris Tadic repräsentierten „Europäer" mit 116 (von insgesamt 250) Sitzen und die „Nationalisten" um den Radikalenführer Tomislav Nikolic und Premier Vojislav Kostunica mit 107 Sitzen. Die „Europäer" hatten zwar gesiegt, aber das Zünglein an der Waage der Regierungsbildung waren die 20 Sitze der Sozialisten unter Ivica Dacic. Diese hatten früh signalisiert, mit Tadic gehen zu wollen, da der radikale Kurs von Nikolic-Kostunica – Abbruch der Beziehungen zu jedem Staat, der das Kosovo diplomatisch anerkennt – nur internationale Isolierung und ökonomische Rückschläge für Serbien verhieß.

Am 23. Juni wurde diese Kooperation besiegelt, Ende Juni war auch die Regierungsbildung „in trockenen Tüchern": Die Regierung wird 25 Ministerien haben, von denen Tadics Demokraten 14 bekommen, dazu Mirko Cvetkovic als Premier.

Der 1950 geborene Cvetkovic ist ein kundiger Wirtschaftspolitiker, der aus langjähriger Tätigkeit für Weltbank und Vereinte Nationen über große Auslandserfahrung verfügt. Er dürfte ein Garant

> In der Kosovo-Frage fiel die EU Serbien in den Rücken

für die Implementierung der wichtigsten Ziele der Regierungspolitik sein: EU-Integration, Senkung der Arbeitslosigkeit (derzeit 18,8 Prozent mit fallender Tendenz), Investitionen (vor allem ausländische) und ähnliches.

Die EU hat den Sieg der serbischen „Europäer" begrüßt, aber das war kaum ehrlich gemeint. Im Schulterschluß mit den USA hat die EU die kosovarische Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar ermöglicht, die kein serbischer Politiker je anerkennen wird. Serbische Politik wird unverändert auf die Einhaltung der UN-Resolution 1244 vom Juni 1999 pochen, in der Serbiens Hoheit über das autonome Kosovo verbrieft ist.

Stärkster Partner Serbiens ist Rußland, das in UN, OSZE und anderswo dafür sorgt, daß ein „unabhängiges" Kosovo kein Bein auf den Boden bekommt und daß die EU-Mission „Eulex" nicht die UN-Verwaltung im Kosovo ablöst. Laut der Moskauer Fachzeitschrift „Rußland in der Globalpolitik" hat Rußland kein ökonomisches Interesse am Balkan („nur zwei bis drei Prozent Anteil am russischen Außenhandel"), aber „der Kreml sollte Washington und Brüssel herzlich danken für deren unschätzbaren Beitrag zur Festigung der Position Rußlands auf dem Balkan".

Und: „Ein unabhängiges Kosovo bleibt ein dauernder Generator regionaler Instabilität".

Noch direkter wurde Präsident Tadic am 20. Juni in seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat. Nur dieser ist legitimiert, im Kosovo zu wirken. Deswegen lehnte Serbien auch den Vorschlag von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ab, die UN-Verwaltung im Kosovo so zu ändern, daß die serbischen Gebiete ihren Widerstand gegen die Unabhängigkeit aufgeben und „Eulex" einrücken könne.

Serbien möchte lieber heute als morgen in die Europäische Union, aber es denkt nicht daran, das Kosovo der EU auszuliefern, die ihre Absichten nun durch Ban

> Nicht nur Spanien steht zu Belgrad und spaltet Brüssel

Ki-moon verkündet. Boris Tadics Rede war eine Zurückweisung jeder Politik ohne Mandat der Vereinten Nationen.

Sechs EU-Staaten haben das Kosovo nicht anerkannt. Spaniens Premier Zapatero nannte dessen Unabhängigkeit eine Verletzung des Völkerrechts, weswegen Spanien seine 621 Soldaten aus dem Kosovo zurückziehen wolle.

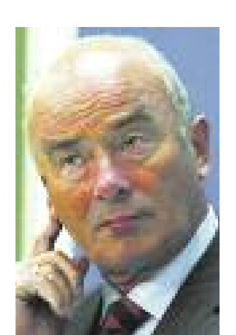
Die EU hat Probleme mit den eigenen Mitgliedern, was ihre Serbien-Politik noch mehr ins Zwielicht zieht. Da gab man Belgrad im Frühjahr ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, setzte dieses aber sofort außer Kraft – weil Serbien angeblich ungenügend mit dem Haager Tribunal kooperiere.

Dieses antwortete Mitte Juni mit der Verhaftung von Stojan Zupljanin, dem ehemaligen Sicherheitschef der bosnischen Serben, den Den Haag seit Jahren als Kriegsverbrecher sucht.

Bozidar Djelic, Vizepremier der neuen Regierung, kündigte eine „Offensive" gegenüber Brüssel an, die Serbien bis zum 15. Dezember des Status eines Beitrittskandidaten verschaffen soll.

Serbien handelt im Einklang mit dem Völkerrecht und der UN-Charta, die EU setzt auf Hinhaltetaktik und Täuschungsmanöver. Wie sie ohne oder gegen Serbien Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf dem Balkan betreiben will, bleibt ihr Geheimnis.

»Auf ein Wort«



# 60 Jahre Luftbrücke – 60 Jahre deutsch-amerikanische Freundschaft

Von JÖRG SCHÖNBOHM

Eine harmlos klingende Nachricht verkündete am Abend des 23. Juni 1948 den Beginn des Kalten Krieges. Die sowjetische Nachrichtenagentur ADN hatte bekanntgegeben, daß die „Transportabteilung der sowjetischen Militärverwaltung“ gezwungen gewesen sei, „aufgrund technischer Schwierigkeiten den Verkehr aller Güter- und Personenzüge von und nach Berlin morgen früh, sechs Uhr, einzustellen“.

Noch in derselben Nacht unterbrachen die sowjetischen Besatzer die Versorgung West-Berlins mit Fernstrom durch das Großkraftwerk im sachsen-anhaltinischen Golpa-Zschornewitz. Am nächsten Morgen wurden schließlich die Sektorengrenzen dichtgemacht. Der Straßen- und Schienenverkehr wurde ebenso wie die Binnenschiffahrt komplett blokkiert. 2,2 Millionen Berliner waren auf einen Schlag von der Außenwelt abgeschnitten.

Die Berlin-Blockade war die direkte Reaktion Stalins auf die drei Tage zuvor in den Westzonen durchgeführte Währungsreform. Durch die Einführung der D-Mark fürchtete die Sowjetunion schlichtweg um ihren Einfluß im besetzten Deutschland. Stalin beschloß, die Muskeln spielen zu lassen, und nahm eine ganze

### Stalins Reaktion auf die Einführung der D-Mark im Westen

Stadt als Geisel, um sie als politisches Druckmittel zu mißbrauchen.

Berlin, das gerade erst dabei war, sich von den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs zu erholen, war nun vollständig von einer Belieferung von außen abhängig. Es war schließlich der amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay, der vorschlug, die abgeriegelte Stadt durch eine Luftbrücke zu versorgen. Bereits am 26. Juni flog die erste Maschine der US-amerikanischen Luftwaffe nach Tempelhof und gab damit das Signal zum offiziellen Beginn der Operation Vittles (Operation Verpflegung).

Wenn neben Tempelhof auch die Flughäfen Gatow im britischen Sektor und Tegel im französischen Sektor angeflogen wurden, so war es doch der Flughafen Tempelhof, der zum Symbol des Widerstandes und des Freiheitswillens der Berliner Bevölkerung werden sollte. Nicht zuletzt diese große historische Bedeutung von Tempelhof wäre eigentlich Grund genug gewesen, den Flughafen weiterzubetreiben.

Die Bürger West-Berlins wurden über die Luftbrücke mit allem Lebenswichtigen versorgt. Alles, was notwendig war, wurde eingeflogen: Kartoffeln, Mehl, Milchpulver, Kohle, Benzin, Medikamente. Anfänglich rechnete man damit, daß man auf diese Weise täglich bis zu 750 Tonnen Fracht in die Stadt bringen könnte. Nur wenige Wochen später flog man bereits 2000 Tonnen pro Tag ein. Im Drei-Minuten-Takt landeten die als Rosinenbomber bekanntgewordenen Flugzeuge im Westsektor Berlins. An Rekordtagen gelang es, annähernd 1400 Flugzeuge innerhalb von 24 Stunden abzufertigen. Das war eine logistische Meisterleistung, die bis heute ihresgleichen sucht.

Am 9. November 1948 beschwor Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter in einer bewegenden Ansprache die Solidarität der Weltgemeinschaft mit der abgeriegelten Stadt: „Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, daß ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt! ... Völker der Welt! Tut auch ihr eure Pflicht und helft uns in der Zeit, die vor uns steht, nicht nur mit dem Dröhnen eurer Flugzeuge, nicht nur mit den Transportmöglichkeiten, die ihr hierherschafft, sondern mit dem standhaften und unzerstörbaren Einstehen für die gemeinsamen Ideale, die allein unsere Zukunft und die auch allein eure Zukunft sichern können. Völker der Welt, schaut auf Berlin! Und Volk von Berlin, sei dessen gewiß: Diesen Kampf, den wollen, diesen Kampf, den werden wir gewinnen!“

Und tatsächlich: Durch die aufopferungsvolle Unterstützung der Westmächte sowie den Optimismus und den zähen Durchhaltewillen der Berliner scheiterte die Berlin-Blockade und wurde nach fast einem Jahr am 12. Mai 1949 aufgehoben. In den 322 Tagen der Blockade landeten insgesamt 278 228 Flugzeuge mit über 2,3 Millionen Tonnen Fracht in Berlin.

Die Blockade führte letztlich nicht nur zu einem antikommunistischen Konsens in Westdeutschland und Westeuropa. Sie wurde auch zur Geburtsstunde der transatlantischen Freundschaft. Spätestens durch die Luftbrücke

### Westdeutschland rückte näher an den Westen und die USA

wurden die USA nicht mehr als Besatzungsmacht, sondern vielmehr als Verbündeter und Beschützer betrachtet. Die Vereinigten Staaten wurden zu einem großen Bruder, dem Deutschland für den Einsatz, den Mut und den Hilfswillen bis zum heutigen Tag zu großem Dank verpflichtet ist.

Die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Freundschaft für die bundesrepublikanische Geschichte kann gar nicht überschätzt werden. Ohne sie hätte es weder eine Westbindung der Bundesrepublik gegeben noch eine deutsch-französische Aussöhnung oder ein Wirtschaftswunder. Auch die deutsche Einheit wäre ohne den Beistand der USA nicht denkbar gewesen.

Die deutsche Bevölkerung hat die Hilfsbereitschaft und die Solidarität der Westmächte nie als Selbstverständlichkeit angesehen. Unser Dank gilt bis heute allen Beteiligten der Luftbrücke, allen voran unseren amerikanischen Freunden. Ihrer Standhaftigkeit sowie dem Durchhaltewillen der Berliner ist es zu verdanken, daß wir das 60jährige Jubiläum der Luftbrücke in einem wiedervereinten Deutschland feiern können.




**60 Jahre Luftbrücke: Der U.S. Air Force-Pilot und Berliner „Candy Bomber“ Gail S. Halvorsen wirft während der Berlin-Blockade Fallschirme, an denen Süßigkeiten befestigt sind, aus dem Cockpit seines Flugzeugs kurz nach der Landung auf dem Flughafen Tempelhof in Berlin, während Kinder bereit stehen, diese aufzufangen. Am 26. Juni 1948 begannen die USA und Großbritannien die Versorgung der West-Berliner Sektoren mit lebenswichtigen Gütern über eine Luftbrücke.** Foto: ddp

# Spanisches Feuer

## Die Schloßfestspiele Schwerin warten mit einem vielfältigen Programm auf

Von Helga Schnehagen

Im größten Festspielmagazin Europas rangierten die Schloßfestspiele Schwerin vergangenes Jahr im internationalen Vergleich auf Platz drei! Nach fünf Verdi-Opern in Folge kam dieses Jahr erstmals ein Werk aus der Feder des französischen Komponisten Georges Bizet zur Aufführung: „Carmen“. Premiere war am 4. Juli. Musik voll Leidenschaft und Feuer, nach deren Uraufführung 1875 an der Pariser Opéra Comique die Presse die Forderung laut werden ließ, die Vorstellungen aus Gründen der Sittlichkeit für Minderjährige zu verbieten.

Seit 1993 verlegt das Mecklenburgische Staatstheater jeden Sommer seine Spielstätte für sechs Wochen vor die Haustür. Dabei wanderten die Schloßfestspiele zuerst in den Innenhof des Schlosses, dann, seit 1999, auf den Platz des Alten Gartens mit seiner faszinierenden Architektur-Kulisse von Staatskanzlei, Staatstheater, Staatlichem Museum und Schloß.

In der Open-Air-Arena des Alten Gartens wurden schon mehrere Varianten ausprobiert. Stand lange die große Freitreppe des Staatlichen Museums im Blickpunkt des Bühnengeschehens, hat sich die Perspektive zuletzt immer mehr Schwerins Markenzeichen, dem Schloß, zugewandt. Mit „Carmen“ setzt Lutz Kreisel die Szenerie direkt davor. Einen Bezug zu den Schauplätzen der Oper, zu Zigarettenfabrik, Schenke, Gebirgsschlucht und Stierkampf-Arena, sucht man in der turmreichen Schloßkulisse zwar vergebens. Doch die damit verbundene Überhöhung des Geschehens – im doppelten Sinne des Wortes – verleiht ihm etwas einmalig Märchenhaftes.

Als Fünf-Sparten-Theater mit hauseigenen Werkstätten für Kulissen und Kostüme ist das Mecklenburgische Staatstheater in der komfortablen Lage, die Schloßfestspiele zum größten Teil aus eigener Kraft realisieren zu können. Das Geheimnis des Erfolges? Generalintendant Joachim Kümmritz: „Es ist die Kombination aus dem Ort mit seiner historischen Kulisse, einer grundsätzlich positiven Haltung im Hause und dem Qualitätsbemühen. Die Schloßfestspiele sind der Höhepunkt der Spielzeit, an dem das ganze Jahr gearbeitet wird. Alle geben sich große Mühe und sind mit innerer Verve bei der Sache. Zudem sind wir stark bemüht, jährlich die Qualität zu steigern. Vor allem die Tonqualität, die zugegebener Maßen anfangs auf dem Alten Garten zu wünschen übrig ließ.“

Auch dieses Jahr stehen die Schloßfestspiele wieder unter der musikalischen Leitung von Matthias Foremny, der seit 2003 Generalmusikdirektor und Operndirektor am Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin ist. Daneben gibt es ein Wiedersehen mit gefeierten Gastsolisten der vergangenen Jahre, darunter Hermine May (Carmen), Daniel Magdal (Don José) und Konstantin Rittel-Kobylianski (Escamillo). Regie führt Frank Bernd Gottschalk. In Königsberg geboren, begann seine Karriere 1971 an den Wuppertaler Bühnen mit einer Inszenierung von „Tiefland“. Seit seinem Debüt am Teatro Communale Giuseppe Verdi in Triest 1991 arbeitet er bevorzugt in Italien. 1992 zeichnete die Zeitung „La Repubblica“ seine Regie von Zemlinskys „Der Geburtstag der Infantin“ sogar als beste Operninszenierung des Jahres in Italien aus. Nach seiner erfolgreichen Inszenierung von Verdis „Falstaff“ in Schwerin hat man ihn dieses Jahr auch für „Carmen“ verpflichten können. Mit 4,6 Millionen liegt Schwerin, was die Jahres-Einnahmen betrifft, unter Deutschlands Theatern an 16. Stelle. Fast die Hälfte, 2,1 Millionen Euro, bringen allein die Festspiele. Von den 200 000 Zuschauern pro Jahr besucht rund ein Viertel die Festspiele. Diesen Sommer erwartet man den 500 000. Festspielbesucher.

„Für 2009 dürfen sich die Zuschauer schon auf Mozarts ‚Zauberflöte‘ freuen und für 2010 auf ‚Alexis Sorbas‘“, verrät Joachim Kümmritz.

Das 1886 erbaute Theater selbst, das sogenannte Große Haus, wurde in den vergangenen Jahren aufwendig restauriert. Dabei hat man zuletzt im Sommer 2006 nicht nur das Gestühl für 600 Besucher durch neue Theatersessel ersetzt. Seitdem ermöglicht eine neue Bühnentechnik auch aufwendigere Inszenierungen. Das Publikum, 80 Prozent aus Schwerin und Umgebung, 20 Prozent überregional, hatte dem Theater ohnehin immer die Treue gehalten. Dabei geht es, wie der Blick ins Repertoire 2007/2008 zeigt, keineswegs nur um Unterhaltung auf hohem Niveau. Stücke wie „Gegen die Wand“ von Fatih Akin oder „Welche Droge paßt zu mir?“ und „Klamms Krieg“, beide von Kai Hensel, gehören neben anderen ebenso dazu.

Raum für die experimentelleren Produktionen des Mecklenburgischen Staatstheaters bietet das E-Werk, wunderschön am Nordufer des Pfaffenteichs gelegen. Diese zweite Spielstätte mit ihren rund 100 Plätzen beherbergt neben der mundartlichen Fritz-Reuter-Bühne auch das Puppentheater unter Leitung von Margrit Wischnewski. Letzteres eine Besonderheit, auf die Joachim Kümmritz besonders stolz ist: „Denn wir versuchen mit einer sehr guten theaterpädagogischen Arbeit sowie dem Puppentheater, dem Jugendtheaterclub und Theater in den Schulen, immer wieder neue Ideen zu entwickeln, um die Jugend fürs Theater zu interessieren.“

Bereits als „echte Marke“ gewürdigt werden die MeckProms, mit denen die Mecklenburgische Staatskapelle auf Tour geht – in bester Tradition der englischen Promenadenkonzerte. Eröffnet werden sie am 15. Juli um 21 Uhr auf der Schweriner Freilichtbühne. Die weiteren Spielstätten sind: Fürstenhof in Wismar (20. Juli, 11 Uhr), Schloßpark Ludwigslust (27. Juli, 11 Uhr), Schloß Güstrow (29. Juli, 20 Uhr), Kloster Zarrentin am Schaalsee (3. August, 11 Uhr) und Schloß Mirow (5. August, 11 Uhr).

*Informationen zu den Festspielen, die noch bis zum 10. August laufen (jeweils Donnerstag bis Sonntag), und Karten unter Telefon (03 85) 53 00 123, Fax (03 85) 53 00 129, E-Mail: kasse@theater-schwerin.de oder im Internet unter www.theater-schwerin.de*



**Vor prachtvoller Kulisse: Schloßfestspiele (hier „La Traviata“ im Jahr 2006) in Schwerin** Foto: Silke Winkler / Staatstheater Schwerin

# Eine stille Schwermut

## Heydekrug und Holstein: Das Ostpreußische Landesmuseum zeigt Landschaften von Horst Skodlerrak

Von Silke Osman

Diese Bilder haben es in sich ... Die Sorgfalt, mit der Skodlerrak arbeitet, fällt auf. Angefangen bei der Grundierung der Malgründe, über die bedachte Auswahl der Farbtöne, der er sich bei der Durchführung seiner Ideen bedienen will, bis zur abschließenden Rahmung ...“, sagte einmal der Maler Harald Duwe über die künstlerische Arbeit seines Freundes Horst Skodlerrak. Und: „Malen ist für ihn ... Experiment. Und zwar Experiment in der Hinsicht, herauszufinden, wie ein bestimmter Eindruck von Natur einfach und übersichtlich ... mit starker Formprägung in ein Bild übersetzt werden kann.“

Von der Kunst des Malers Horst Skodlerrak (1920–2001) kann man sich derzeit im Ostpreußischen Landesmuseum überzeugen, wo eine sehr sehenswerte Ausstellung präsentiert wird. Landschaften vom Memelland bis nach Schleswig-Holstein, den Wirkungsorten des Künstlers, sind in Öl, als Aquarell, Radierung und Holzschnitt zu sehen. „Unüberhörbar“, so der Kunsthistoriker Gottfried Sello über die Arbeiten Skodlerraks, „klingt in seinen Bildern die Melodie des Meeres, spürt man das Träumen über unabsehbare Flächen“ und am schönsten seien die Bilder mit Motiven der Ostseeküste. Kein Wunder, schließlich hat Horst Skodlerrak das Licht der Welt unweit der Ostsee erblickt: am 18. Januar 1920 in Jugnaten, Kreis Heydekrug. Mit seinem Lehrer an der Königsberger Kunstakademie, Alfred Partikel, durchwanderte er später seine östliche Heimat, notierte im Geiste seine Eindrücke und verarbeitete sie in seinen Bildern. Später dann, nach dem Krieg, war es die Ostsee bei Travemünde, wo der Künstler sich mit Frau und Tochter niederließ und wo viele neue Bilder entstanden. Ab 1964 war der mit vielen Preisen Ausgezeichnete Gastdozent, ab 1987 Honorar-Professor an der früheren Muthesius Werkschule, der jetzigen Fachhochschule für Gestaltung in Kiel. Skodlerrak starb am 29. Oktober 2001 in Lübeck.



**Horst Skodlerrak: Schleswig-Holstein, Mai (Öl,1969)** Foto: Landesmuseum

Es sind meist kleine Formate, in denen Skodlerrak das ausdrückte, was ihn bewegte, was er sah – Landschaften des Nordens und auch des Südens, ihre Menschen (meist als Schemen), die Stimmung eines Abends am Meer. Manches ist ins Märchenhafte verwandelt, manches wirkt als wundersames Zeichen – bunte Wimpel, ferne Segel, ein Leuchtturm vor einem dunklen (drohenden?) Hintergrund.

So fröhlich scheinen die Motive denn doch nicht zu sein, die Horst Skodlerrak da mit dem Pinsel festgehalten hat. Eine stille Schwermut, der Blick hinter das Vordergründige spricht auch aus diesen Ölbildern und Aquarellen.

*Die Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 3 / 2 Euro, bis 7. September.*

## Kulturnotizen

### Emil Nolde in Berlin

Gleich einem Märchen war die Heimat mir“, schwärmt Emil Nolde. „Das Elternheim im flachen Land, mein Land, darüberhin die tausende Lerchen jubelnd auf- und niederschwebend, mein Wunderland von Meer zu Meer.“

Eine Ausstellung in der Berliner Dependance der Nolde-Stiftung Seebüll mit ihren rund 70 Werken erkundet Noldes Heimat, die seine Bilder prägte: Weizenfelder und Marschland hinter den Deichen, Wälder und Dünengras, die reetgedeckten Höfe und das markante Wohnhaus Noldes mit Sonnenblumen und Mohn im Garten. Neben weltberühmten Gemälden werden in dem Haus an der Jägerstraße 55, in 10117 Berlin, auch wenig bekannte, bisher nicht gezeigte Werke in Öl und Aquarell präsentiert. Geöffnet täglich von 10 bis 19 Uhr, bis 31. Au-

### Jugendstil in Flensburg

Im Studio des Heinrich-Sauermann-Hauses zeigt der Museumsberg Flensburg mehr als 200 Exponate aus einer der größten Privatsammlungen zum Jugendstil. Der aus Oberschlesien stammende, international bekannte Geiger und frühere Konzertmeister Giorgio Silzer trug im Laufe seiner Sammeltätigkeit eine umfangreiche Kollektion von kunsthandwerklichen Arbeiten des Jugendstils zusammen. Gebrauchsgerät aus Keramik, Glas und Zinn ist ebenso zu finden wie eine reiche Sammlung Silberbesteck. Geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr, bis 13. Juli.

### Lovis Corinth in Leipzig



Gleich zweimal gibt es in Leipzig einen Grund zu feiern – die Gründung des Museums der bildenden Künste vor 150 Jahren und der 150. Geburtstag des ostpreußischen Malers Lovis Corinth. Dieser wird nun in Leipzig mit einer großen Retrospektive geehrt. Die Ausstellung, die zuvor in Paris gezeigt wurde und im Anschluß von Leipzig nach Regensburg geht, präsentiert annähernd 100 Gemälde des Malers, dessen Lebensweg zwischen den Polen Lust und Leid changierte. Geöffnet dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs von 12 bis 20 Uhr, vom 11. Juli bis 19. Oktober.

### Eulenstein in Bad Rappenau

Werke des ostpreußischen Spätexpressionisten Karl Eulenstein aus Memel sind im Rahmen einer Ausstellung mit Grafik von Picasso und Matisse im Wasserschloß Bad Rappenau in den Räumen der Galerie Steiner zu sehen. Werktags von 14 bis 19 Uhr, am Wochenende 12 bis 19 Uhr, bis 5. Oktober.

### Reinhard Grütz in Wiesbaden

Bildhauerei und Malerei des vor 70 Jahren im ostpreußischen Berghöfen geborenen Reinhard Grütz zeigt die Galerie Gisela Heuer, Holzstraße 29, in 65197 Wiesbaden-Dotzheim, noch bis zum 30. Juli, mittwochs von 14 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung, Telefon (061 22) 1 31 85.

# Schwitzend auf Fontanes Spuren

## Neuruppin, die Vaterstadt des Dichters, hat auch eine Wellness-Oase zu bieten

Von CLAUDIA PIETSCH

Schon mischt sich Rot in der Blätter Grün, Reseden und Astern sind im Verblühn. Die Trauben geschnitten, der Hafer gemäht. Der Herbst ist da, das Jahr wird spät." So schrieb einst der Dichter Theodor Fontane (1819–1898) im märkischen Land. Das Städtchen Neuruppin, dessen berühmtester Sohn Fontane neben Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) ist, hat noch mehr zu bieten als nur die Erinnerung an den Schriftsteller, der ein großer Verehrer der Ruppiner Schweiz genannten Landschaft nördlich von Berlin war („Wanderungen durch die Mark Brandenburg").

Wer in und um Neuruppin aktiv sein will, dem bieten sich viele Möglichkeiten durch die Ruppiner Schweiz zu wandern oder sie auf dem Wasser zu erkunden. Von der Geschichte der erstmals im Jahr 1238 urkundlich erwähnten Stadt erzählen die Stadtführungen des „Bürgerbahnhofs". Dort gibt es beispielsweise den abendlichen „Stadtrundgang mit Pater Wichmann". Der historische Pater leitete im 13. Jahrhundert das Neuruppiner Dominikanerkloster, das baulich noch heute in den Grundmauern der Klosterkirche zu erkennen ist. Heute erzählt die Figur des Paters den Gästen (im Herbst und Winter müssen es Gruppen ab 15 Personen sein) Anekdoten und besteigt mit ihnen gemeinsam den Turm der Klosterkirche, von dem man einen weiten Blick über Stadt und See hat.

Direkt am Ufer des Ruppiner Sees laden seit kurzem das Resort Mark Brandenburg mit dem Vier-Sterne-Haus „Seehotel Fontane" und der Wellness-Anlage „Gesundbrunnen" zum Ausspannen und Seele-Baumeln-Lassen ein. Das Prunkstück des „Gesundbrunnens", Deutschlands größte Seesauna, wiegt sich sanft schaukelnd auf dem klaren Wasser des Sees. „Wer sich in der 70-Quadratmeter-Kabine richtig aufgewärmt hat, kann sich sofort direkt im See abkühlen", erzählt „Gesundbrunnen"-Managerin Katja Weber. Kritisch beäugt wird der Mutige durch die Panoramascheiben der Sauna, hinter denen andere noch schwitzend den Blick auf Brandenburgs längsten See genießen. „Im November oder Dezember gehört zum Sprung in den See schon etwas Mut", findet Weber. Immerhin liegen die Wassertemperaturen dann zwischen sechs und acht Grad Celsius.

Neben der Seesauna warten auf die Besucher weitere Themensaunen, darunter ein Kräuterraum sowie ein Laconium. Und auch beim Abkühlen gibt es spezielle Erlebnisse.

Da kann man sich durch zwei Waschstraßen wagen oder im Kühlraum mit Eiskristallen abreiben.

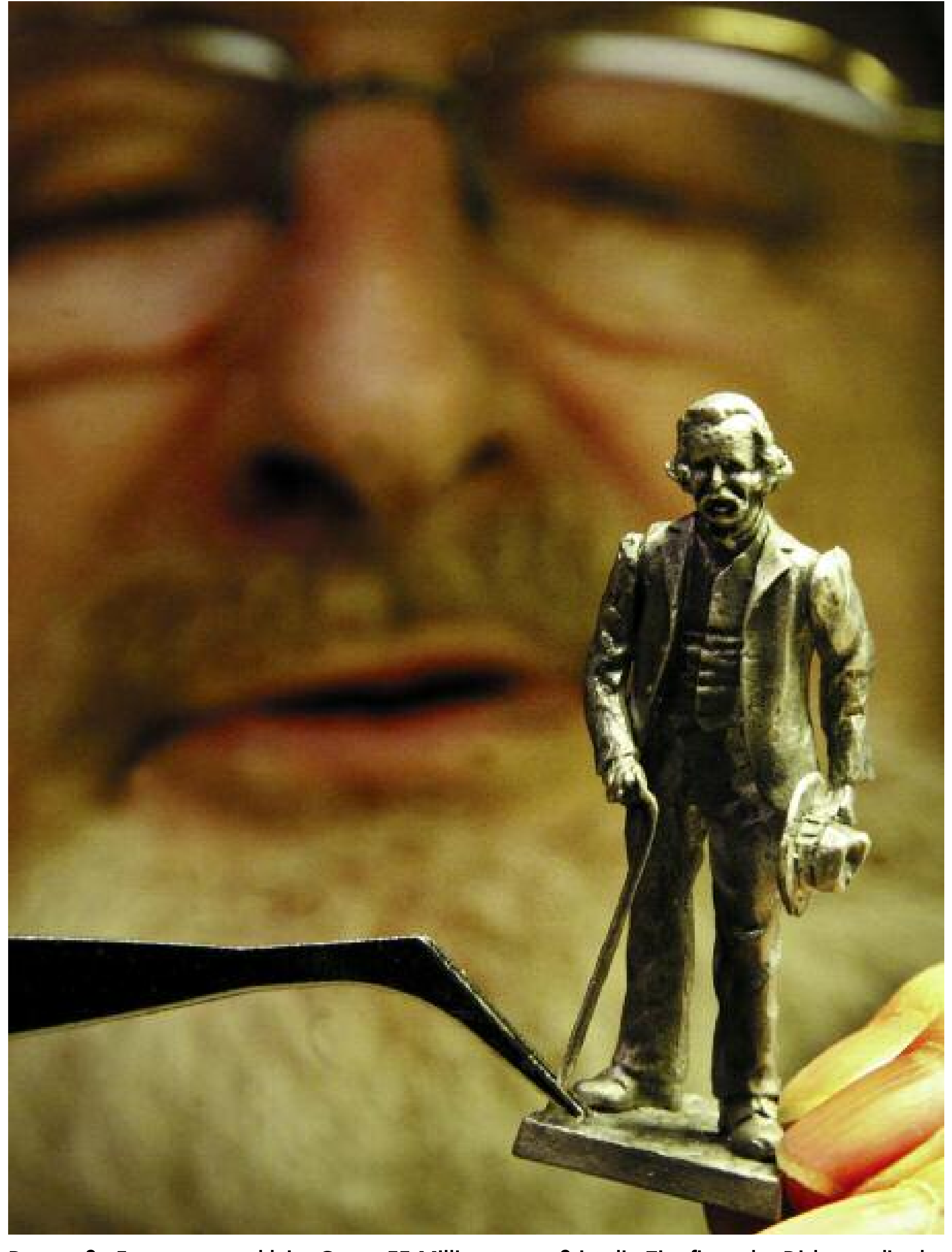
Der „Gesundbrunnen" würde wohl nicht so heißen, böte er nur „Schwitzkabinen". An vielen Stellen unter dem märkischen Sand gibt es nach Einschätzung von Experten heiße Sole. In Neuruppin wird das Wasser aus etwa 1600 Metern mit einer Temperatur von 64 Grad Celsius gefördert. Mit ihm werden in dem Bad unter freiem Himmel ein Solebewegungsbecken (30 bis 32 Grad Celsius), ein Soleruhebecken (32 bis 34 Grad) sowie ein Soleintensivbecken mit Unterwassermusik (32 bis 34 Grad) gespeist.

Möglicherweise hätte es auch dem Wanderer Fontane gefallen, seine müden Glieder in türkis schimmernden Pools von heißer Sole umspülen zu lassen und dabei den Blick über den See schweifen zu lassen.

Die Sole soll aber nach dem Willen der Betreiber des Bades noch mehr leisten: „Im November haben wir beim Brandenburger Gesundheitsministerium einen Antrag gestellt, unsere Sole als ‚Natürliches Heilwasser' zu zertifizieren", berichtet der Repräsentant des Resorts, Dirk Luckfiel. Zuvor habe ein Institut im sächsischen Bad Elster das Wasser als „jodhaltige Thermalsole" charakterisiert. „Der Antrag wird jetzt bei uns bearbeitet", bestätigte eine Sprecherin des Ministeriums. Wann entschieden werde, ob das Wasser aus der Tiefe unter Neuruppin möglicherweise heilende Wirkung bei rheumatischen oder Haut-erkrankungen habe oder auch nicht, konnte die Sprecherin nicht sagen. Das hänge von weiteren Untersuchungen ab, fügte sie hinzu.

Wer statt Wellnessanwendungen noch mehr über Fontane erfahren will, besucht dessen Geburtshaus in der Karl-Marx-Straße. Zwar kann das Gebäude nicht besichtigt werden, aber in ihm befindet sich heute wie damals die „Löwen-Apotheke".

Wie es dem Schriftsteller erging in seinem Leben, das haben die Apotheker auf einer riesigen, im Schaufenster hängenden Pergamentrolle, aufgezeichnet.



Der große Fontane ganz klein: Ganze 55 Millimeter groß ist die Zinnfigur des Dichters, die der Neuruppiner Bodo Lewkowicz geschaffen hat. Der pensionierte Biologielehrer ist begeisterter Sammler und besitzt bereits mehrere tausend Figuren. Foto: ddp

### Fontane plaudert von seinen Reiseerlebnissen

Er war Apotheker, Journalist und Dichter. Seine Romane „Der Stechlin" oder „Effi Briest" gelten als Meisterstücke der deutschen Literatur des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Auch mit seinen Reisefeuilletons erreichte Theodor Fontane (1819–1898) einen großen Bekanntheitsgrad. Besonders die zwischen 1862 und 1882 erschienenen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg" waren einst sehr beliebt. In ihnen schildert Theodor Fontane in plaudernd-referierendem Ton seine Erlebnisse mit Bewohnern seiner Heimat. Auch zeichnet er zauberhafte Landschaftsbilder, berichtet von Kunst, Kultur und Wirtschaft der Region. Wenn auch diese Reisefeuilletons mittlerweile hinter seinen Romanen zurückstehen, so sind sie doch zu einem wertvollen Bild der Zeit geworden.




Im LangenMüller Verlag ist jetzt ein Hörbuch erschienen, auf dem der Radio-Journalist Philipp Kreisselmeier, sozusagen ein moderner Kollege Fontanes, Plaudereien von unterwegs liest (zwei CDs, zirka 120 Minuten, 12,90 Euro). Die von Peter Bramböck zusammengestellten Texte unter dem Titel **„Mit Fontane auf Reisen"** bieten so allerlei Ergötzliches und heute noch Wahres und Gültiges. Etwa den köstlichen Dialog eines Paares, das sich entscheiden muß, wohin die Reise gehen soll. Nach Misdroy, wo es mehr Berliner gibt als in Berlin? Nach Norderney, die lange Fahrt über See? Elf Monate des Jahres werden als Vorbereitung auf den 12. genutzt. „Um dieses Zwölftels willen wird gedacht und gedarbt ... elf Monate muß man leben, den 12. will man leben ..." *S. Osman*

# Bedrohung für Begonien & Co.

## Wenn die Schnecken langsam schleichen und fast alles Grün vernichten

Von HELGA LICHER

Ich mag Tiere ... In unserer Familie gab es schon immer einen Hund und meistens auch einige Katzen. Unsere Tochter spielte lieber mit Meerschweinchen als mit Puppen und wünschte sich zum Geburtstag einen Wellensittich. Eine Spinne, die sich zufällig in unseren Keller verirrt, bekommt im Garten ein neues Zuhause, und ich freue mich über jeden Marienkäfer, der sich an den Blattläusen meiner englischen Rosen gütlich tut.

Doch seit einiger Zeit gibt es Tiere in unserem Garten, die für meine Begonien und Glockenblumen eine ernstzunehmende Bedrohung sind. Und jeder, der sich mit meinen heißgeliebten Pflanzen anlegt, legt sich auch mit mir an.

Als ich eines Morgens, wie immer, mit bloßen Füßen über den vom Morgennebel noch feuchten Rasen lief, spürte ich plötzlich etwas Kaltes, Glitschiges an meinen Zehen. Erschrocken sprang ich zurück und sah unmittelbar vor mir eine Schnecke, die langsam ihre Bahn zog.

Ich ahnte natürlich sofort, wo eine Schnecke ist, sind ihre Familienmitglieder nicht weit. Und ich hatte Recht. Nach einer nächtlichen Freßorgie hatten diese gefräßigen Wesen aus meinem Salatbeet ein schleimiges Brachland gemacht.

Von den knackiggrünen Salatköpfen waren nur noch angefressene, verdorrte Reste übrig geblieben. Ein rechtschaffener Hobbygärtner kann diesen Zustand auf keinen Fall hinnehmen. Noch am gleichen Abend rief ich den Familienrat zu einer Krisensitzung zusammen.

Hitzig wurde über die verschiedenen Möglichkeiten diskutiert, dieser Schneckenplage Herr zu werden.

„Indische Laufenten sind natürliche Feinde der Schnecken ...", meinte mein Mann. Ich war skeptisch. „Meinst du, daß unser Hund sich mit den Enten verträgt?" fragte ich nachdenklich.

Mein Gatte schüttelte den Kopf, legte die indischen Laufenten endgültig zu den Akten und versprach, sich der Angelegenheit später anzunehmen.

Das bedeutete, das Problem „Schnecken im Salatbeet" wurde erst einmal vertagt. Mit dieser Strategie war ich zwar nicht so glücklich, aber aufgeschoben ist ja bekanntlich nicht aufgehoben.

Zwei Tage später sah dann endlich auch mein Gatte ein, daß es dringend notwendig war, den Kampf mit den Schnecken aufzunehmen.

Bei einem Streifzug durch unseren Gemüsegarten wurde er ungewollt Zeuge, wie eine ganze Schneckenarmee durch sein heißgeliebtes Kräuterbeet kroch. Jetzt hieß es – handeln ...

Wir waren uns einig, handelsübliches Schneckengift kam nicht in Frage. Da war guter Rat teuer, aber letztendlich hatte eine Bäuerin aus unserer Nachbarschaft die Lösung parat.

Kurze Zeit später sah ich meinen Mann, wie er eifrig kleine Löcher am Rand der Gemüsebeete aushob und weiße Plastikbecher darin versenkte. Dann stürmte er in den Keller und kam mit einigen Bierflaschen zurück.

„Sollen wir jetzt auf die Schnecken anstoßen ...", verständlicher Weise war ich verwirrt.

Statt einer Antwort goß er in jeden Becher etwas Bier und besah sich zufrieden sein Werk.

„Schnecken mögen Bier", sagte er wissend, „sie werden vom Geruch angezogen, versammeln sich um die Bierfalle, und wir können sie dann entsorgen."

Am nächsten Morgen führte mich mein Weg zuerst zum Gemüsebeet. Eimer und Schaufel standen bereit, um die bösen Plagegeister zu entsorgen.

Vorsichtig stapfte ich Schritt für Schritt durch die Buschbohnen – und blieb plötzlich wie angewurzelt stehen.

Ich konnte kaum glauben, was ich sah. Das Basilikum war bis zu den Wurzeln abgefressen, und die jungen Pflänzchen der Ringelblume lagen zerstört am Boden.

Zuerst war es nur eine Vermutung, aber dann sah ich sie: Eine Karawane der Monsterschnecken zog seelenruhig ihre Bahn quer durch mein Blumenbeet, hin zum Nachbargrundstück.

Hunderte dieser schleimigen Gesellen hatten heute Nacht in unserem Garten die wohl größte Bier-Party ihres Lebens gefeiert. – Nur, wenn man ganz genau hinsah, erkannte man, daß ihre Spur nicht mehr ganz so gerade verlief.

# Stolpersteine

## Wenn Esoterik die Partnerschaft gefährdet

Zu esoterischen Themen hat jeder Mensch eine eigene Meinung. Während sich der eine zum Beispiel regelmäßig ein Horoskop erstellen läßt, lehnt ein anderer dies als Hokuspokus ab. Treffen diese Meinungen in einer Partnerschaft aufeinander, kann das zu Problemen führen. „Grundsätzlich können Unterschiede eine Beziehung bereichern oder bedrohen", sagt Friederike von Tiedemann, Diplompsychologin bei Freiburg im Breisgau. Es komme immer darauf an, wie die Partner im einzelnen damit umgingen.

Da in diesem Bereich häufig über Klischees geurteilt würde, sollten beide für das Thema Neugier und Interesse zeigen. Der eine könne dann darlegen, was ihn etwa an der Astrologie fasziniere. Auch der Partner sollte seine Meinung zu diesem Thema äußern dürfen. Dabei sollte aber keiner den anderen abwerten oder ihn von seinem Standpunkt überzeugen wollen. „Es ist gut, wenn das Paar zwei Wirklichkeiten nebeneinander stehen lassen kann", sagt von Tiedemann. Im Alltag bedeute dies etwa, daß der Nachschub für Energietee und Dinkelkekse ebenso gewährleistet sein sollte wie der für Bier und Kartoffelchips. Oft sind die Ansichten zu bestimmten Themen so umstritten, daß die Partner eine Grenze ziehen müssen. Dann darf sich beispielsweise der Horoskop-Fan mit Astrologie beschäftigen, muß seinen skeptischen Partner aber außen vor lassen. Das heißt konkret, daß er kein Horoskop für den anderen erstellt und mit ihm nicht über das Thema spricht. „Seine esoterischen Vorlieben werden für die Beziehung trotzdem nicht ohne Folgen bleiben, wenn sie das Zusammenleben zu sehr bestimmen", berichtet die Autorin des Buches „Die 13 Stolpersteine der Liebe".

Fühlt sich der Skeptiker im Einzelfall gestört, sollte er dies seinem Partner mitteilen. Es könnte zum Beispiel sein, daß er unter der Ängstlichkeit oder schlechten Laune seines Partners nach einem negativen Horoskop leidet. Solche Rückmeldungen können ihm im Zusammenleben mit dem Partner helfen und bewahren ihn unter Umständen davor, daß sein Hang zur Esoterik zwanghaft wird. Bei größeren Schwierigkeiten sollte sich das Paar professionelle Unterstützung bei Beratungsstellen oder Therapeuten holen. *ddp*

# Und plötzlich wie blind

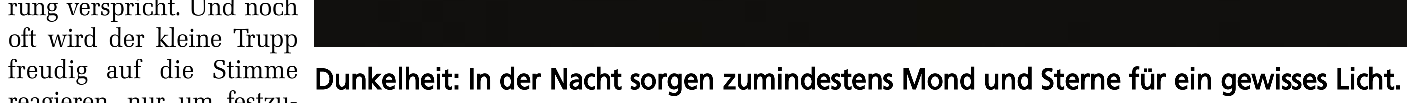
## Der »Dialog im Dunkeln« ist eine ertastenswerte Ausstellung zur Entdeckung des Unsichtbaren

Von Rebecca Bellano

Und plötzlich ist da nur noch tiefschwarze Dunkelheit. Unsicherheit kommt auf. „Mama“, fragt das elfjährige Mädchen, das mit seiner Geburtstagsgesellschaft dieses Abenteuer wagt, ins undurchdringliche Schwarz hinein. „Hier Ricarda“, kommt es zurück. „Und ich bin hier“, meldet sich eine Freundin des Geburtstagskindes von links. Dann hört man das Tack-Tack-Tack mehrerer Blindenstöcke, die über den Boden gezogen werden, um wengistens einen ersten Eindruck der Umgebung zu erlangen. „Au“ dringt es aus dem Dunkel, „das war meine Kniekehle.“

„Hallo, ich bin Rolf. Ich geleite Sie durch den ‚Dialog im Dunkeln‘.“ Die Stimme von vorne rechts löst sofort Erleichterung bei den Besuchern der „Ausstellung zur Entdekkung des Unsichtbaren“ in der Hamburger Speicherstadt aus. Immerhin einer, der sich hier auskennt und dessen Stimme Orientierung verspricht. Und noch oft wird der kleine Trupp freudig auf die Stimme reagieren, nur um festzustellen, daß er sich zu weit von der Stimme entfernt hat und wie eine Horde Vollidioten mit dem Rücken zum Raum steht.

Vorsichtig tapst die Gruppe hinter der Stimme her. Die ersten rufen überrascht aus, als ein weicher Untergrund unter ihren Füssen anzeigt, daß sie sich in einem anderen Raum befinden. Die Luftfeuchtigkeit ist hier höher, im Hintergrund hört man Wasser. Die ersten Blindenstöcke klopfen auf einen Untergrund, der sich wie Holz anhört. „Eine Brücke“, ruft einer von den jungen Geburtstagsgästen aus. „Uah“, quietscht ein Mädchen. „Ich bin in einem Gebüsch gelandet.“



Dunkelheit: In der Nacht sorgen zumindestens Mond und Sterne für ein gewisses Licht. Foto: colourbox

„Na, wißt ihr, wo wir sind“, fragt Rolf. „In einem Park“, kommt es von mehreren Seiten, während sich die Besucher des „Dialogs im Dunkeln“ daran versuchen, sich auf dem sich durch Rasen und Moos schlängelnden Steinpfad zu halten. Doch wohin soll man gehen? Immer Rolfs Stimme nach.

„Vorsicht, eine Tür“, warnt diese die Gäste. Und sofort dringt ein etwas muffiger Geruch an die Nasen der unerwartet sich immer mehr auf andere Sinne als auf das sonst so dominante Sehen verlegenden Ausstellungsbesucher. „Na, wo sind wir jetzt“, will ihr Navigator wissen. Inzwischen nehmen immer mehr ihre freie Hand zur Hilfe und tasten außer mit dem Blindenstock nun auch mit der Hand die Umgebung ab. Daß sie, sollte jetzt das Licht angehen, alle total bescheuert aussehen, kümmert die wenigsten. Ihre Neugier ist geweckt und sie trauen sich immer mehr zu in der langsam vertrauter werdenden Dunkelheit. Ein Faß, ein Seil, ein grober Sack. „Wir sind in einem Speicher“, beantwortet jemand Rolfs letzte Frage.

Und schon geht es weiter. Straßengeräusche, ein Bordstein, Stände und ... „Äpfel“, brüllt das erste Kind triumphierend. „Bananen“ ein zweites. „Ja, wird sind auf einem Markt“, lobt der Führer durch das tiefe Schwarz, bevor es im nächsten Raum turbulent wird.

Eine Bootsfahrt mit Gegenwind, Motorengeruckel und Möwengekreische verunsichert die immer selbstbewußter ihre Umwelt Erkundenden.

Danach geht es in einen Klangraum und zum Schluß an die Bar. Doch wo ist der Tresen, wo das Getränk? Viele greifen mehrfach ins Leere, bevor sie das Erwünschte haben. Aber halt, vorher noch zahlen, doch welche der Geldstücke entsprechen 2,30 Euro? Nicht, daß man hier zu viel zahlt.

Und während alle froh sind zu sitzen, erzählt Rolf seine Geschichte.

Er selbst ist „nur“ sehbehindert, seine Sehkraft beläuft sich schon seit seiner Geburt auf nur wenige Prozent, doch immerhin kann er Hell und Dunkel erkennen, während seine Kollegen teilweise total blind sind.

Für sie bietet der Hamburger „Dialog im Dunkeln“ einen Arbeitsplatz und die Möglichkeit, zwischen lauter Sehenden plötzlich über eine Fähigkeit zu verfügen, die sie über die „Normalen“ erhebt: Sie wissen, wie man sich in einer undurchdringlichen Dunkelheit zurechtfindet, indem man sich auf andere sonst wengier relevante Sinne als auf das Sehen verläßt.

Noch im Dunkeln verabschiedet sich Rolf von seinen Gästen, die nie das Gesicht zur Stimme sehen werden. Jener Stimme, die ihnen in einer Stunde ihres Lebens zum wichtigsten Orientierungspunkt wurde.

Wieder draußen blinzeln alle in das ungewohnte Tageslicht, das auf einmal ungemütlich grell, zugleich aber wie ein Segen auf sie wirkt.

*Informationen: „Dialog im Dunkeln“, Alter Wandrahm 4, 20457 Hamburg (Speicherstadt), Telefon (0 40) 30 96 34-0, www.dialog-im-dunkeln.de*

## MELDUNGEN

### Dokumente richtig lagern

**Oberursel** – Mit jedem Lebensjahr sammeln sich in einer Familie mehr wichtige Dokumente an. Wenn man Taufschein, Impfpaß, Ehevertrag oder Allergieausweis braucht, muß man sich oft erst einmal auf eine mühsame Suche begeben. „Meist werden solche Dinge schnell gebraucht, beispielsweise bei Unfällen oder im Todesfall. Alle wichtigen Papiere sollte man zu Hause daher an einem festgelegten und zentralen Ort aufbewahren“, empfiehlt die Ordnungsexpertin Edith Stork. Am besten legt sich jedes Familienmitglied einen „Ich“-Ordner an, in dem sämtliche Dokumente einsortiert werden. „Es ist vor allem auch wichtig, daß innerhalb der Familie jeder weiß, wo er den ‚Ich-Ordner‘ des anderen finden kann. Im Notfall muß so keiner anfangen, in fremden Schubladen zu kramen“, sagt Stork. Bei einem Brand oder bei einer Überschwemmung könnten die bedeutenden Schriftstücke so auch mit einem Griff gerettet werden. *ddp*

### Altersgerechtes Handy

**Berlin** – Wer sich an das Handy gewöhnt hat, möchte es im Alter nicht missen. Schließlich ermöglicht es den Anruf von unterwegs, um der Freundin mitzuteilen, mit welchem Bus man ankommt, oder die Foto-MMS von der Tochter mit dem neusten Bild vom Enkel. Ein Käufer sollte das Handy aber selbst im Laden ausprobieren. Nur so könne er feststellen, ob er mit dem Display, der Tastatur und dem Bedienmenü zurechtkommt. Eine Check-Liste für den Handykauf gibt es in der Broschüre „Nutzerfreundliche Produkte“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Telefon (02 28) 2 49 99 30.

# »Mama, my knee tut weh!«

## Mehrsprachige Erziehung sollte locker angegangen werden – Emotionale Bindung wichtig

Von Maria Hilt

Fremdsprachenkenntnisse sind in Zeiten der Globalisierung die Basis einer ordentlichen Karriere. Immer mehr Eltern möchten ihre Kinder deshalb so früh wie möglich zum „Global-Player“ erziehen. So werden die Sprößlinge vom spanischen Au-Pair-Mädchen in die deutsch-polnische Kindertagesstätte gefahren, um abends noch mit Mami englische Kinderlieder zu trällern.

Aus entwicklungspsychologischer Sicht bringt die Mehrsprachigkeit im Kindesalter tatsächlich einige Vorteile mit sich: „Multilingual erzogene Kinder lernen später auch andere Fremdsprachen leichter, weil sie schon früh ein Gefühl für die Systematik hinter einer Sprache entwickeln“, sagt Nicola Küpelikilinc, Psychologin und Fachreferentin für Sprachförderung bei der Stadt Hanau.

Außerdem falle es ihnen leichter, einen anderen Blickwinkel auf Sachverhalte zu bekommen und kreativ auf ihren Alltag zu reagieren.

Auch die kommunikative Kompetenz ist laut der Psychologin Küpelikilinc bei mehrsprachig erzogenen Kindern meist ausgeprägter.

Doch nicht jeder Sprachimpuls in der Kindheit fällt auch auf fruchtbaren Boden.

Die gebürtige Britin Küpelikilinc hat ihre eigenen Kinder dreisprachig erzogen. Sie ist sich sicher: „Die mehrsprachige Erziehung funktioniert nur dann, wenn das Kind eine emotionale Bindung zu der Sprache aufbauen kann.“

Sie rät daher Eltern, die diese Erziehungsmethode wagen wollen, sich im Vorfeld erst einmal damit zu beschäftigen, welche Sprache ihnen selbst am ehesten liegt. Denn wer sich in der Fremdsprache nicht wohlfühle, könne sie nicht authentisch weitervermitteln.

Die Expertin ist daher skeptisch, wenn Eltern ihre Kinder aus rein intellektuellen Gründen mehrsprachig erziehen möchten. „Schulische Erfolge sollten nicht der Hauptbeweggrund für die Multilingualität sein. Es ist viel wichtiger, daß die Sprache für das Kind emotional und sozial relevant ist.“ Beispielsweise die Herkunft der Eltern, eine Tante in Frankreich oder eine fremdsprachige Erzieherin könnten eine Basis bilden, durch die die Kinder auch kulturell den Bezug zu der Fremdsprache finden.

**Lernen nicht nur um des Lernen willens**

Der Kontakt mit der neuen Sprache muß laut Küpelikilinc nicht unbedingt schon im Babyalter erfolgen. Man kann mit der mehrsprachigen Erziehung auch erst im Kindergartenalter beginnen.

„Das Zeitfenster, in dem ein Kind eine Sprache noch durch bilinguale Erziehung erlernen kann, ist nicht genau festgelegt. Aber ungefähr bis zum zehnten Lebensjahr stehen die Chancen sehr gut“, sagt die Psychologin.

**Keinen Lernstreß entwickeln**

Auch Sabine Devich-Henningsen, Leiterin der deutsch-englischen Kindertagesstätte in Altenholz bei Kiel, sieht den Einstieg in die Multilingualität entspannt.

In Altenholz gibt es in jeder Gruppe einen deutschen und einen englischen Muttersprachler unter den Erziehern, und jeder wendet seine Sprache ganz selbstverständlich im Umgang mit den Kindern an. „Die meisten unserer Kinder nehmen die neue Sprache sehr gut an, weil sie eine starke emotionale Bindung zu den Erziehern haben“, sagt Devich-Henningsen.

Sie rät Eltern, die mehrsprachige Erziehung ihrer Kinder ebenfalls wie selbstverständlich in den Alltag zu integrieren.

„Es bringt nichts, wenn man zu Kindern sagt ‚Wiederhol das mal‘ oder ‚Schau, der Stuhl heißt auf Englisch chair‘. Auch der Erwerb der Muttersprache funktioniert ja nicht auf diese Art“, gibt Devich-Henningsen zu bedenken.

Nicola Küpelikilinc hält auch andere Methoden für sinnvoll. „Jeder muß da sein eigenes System entwickeln“, sagt die Psychologin. Es sei auch denkbar, daß beispielsweise die spanische Mutter mit ihrem Kind zu Hause immer nur Spanisch spreche, unterwegs aber auf Deutsch umspringe. „Wichtig ist, daß eine Regelmäßigkeit für das Kind und für die Eltern erkennbar ist“, sagt Küpelikilinc.

Die Psychologin warnt vor allzu großen Erwartungen an die mehrsprachige Erziehung. Manchmal reagierten die Kinder zwar schon nach kurzer Zeit auf die neue Sprache, weigerten sich aber, sie selbst aktiv anzuwenden.

Eine Sprachverwirrung durch die Multilingualität oder gar eine Verzögerung in der Entwicklung des Kindes müssen Eltern nicht befürchten, sagt Küpelikilinc. „Auch wenn der Kontakt mit der Fremdsprache nur sporadisch, in Early-English-Kursen oder durch fremdsprachige Kindersendungen stattfindet, wird das Kind keinen Schaden nehmen. Auch diese kleinen Impulse können zumindest das Interesse für andere Sprachen fördern.“ Bedenklich sei nur, wenn das Kind unter Druck gesetzt werde.

# Maß für Geld

## Kinder müssen lernen, damit umzugehen

Kinder sollten schon früh an den Umgang mit Geld gewöhnt werden. Manche Kinder kennen im Umgang mit Geld kein Maß. Teure Spielsachen werfen sie achtlos in die Ecke, und der Markenpulli aus der Frühjahrs-Kollektion ist ihnen schon im Sommer zu „uncool“.

Eltern sollten ihren Sprößlingen daher schon ziemlich früh die Verantwortung für bestimmte Geldbeträge überlassen.

„Sobald ein Kind rechnen kann, sollte man ihm auch zutrauen, mit Geld umzugehen“, sagt Erziehungsberaterin Claudia König aus dem hessischen Weyhers.

**Schon bei kleinen Kindern macht Taschengeld Sinn**

Schon ältere Kindergartenkinder könnten ein kleines Taschengeld erhalten, mit dem sie Süßes oder kleine Spielsachen finanzieren.

Später könnten dann auch größere Posten auf das Konto des Kindes gehen.

„Für ein Schulkind kann man beispielsweise eine bestimmte Summe im Monat in eine Dose stecken, von der es sich Hosen und Pullover kaufen darf. Im Geschäft kann das Kind dann frei entscheiden: Möchte ich lieber zwei günstige Hosen oder einen etwas teureren Pullover kaufen“, verdeutlicht König.

Man müsse dann allerdings auch damit umgehen können, daß das Kind unvernünftigerweise einen Winter lang in der Sommerjacke herumläuft, weil es sich im Herbst lieber eine Markenjeans leisten will.

Wichtig sei, daß klare Regeln zum Verwendungszweck des Taschengelds vereinbart werden. „Man kann beispielsweise verabreden, daß man dem Kind Schulsachen wie Stifte und Blöcke kauft, daß es sie aber selbst ersetzen muß, wenn es sie verliert“, schlägt König vor.

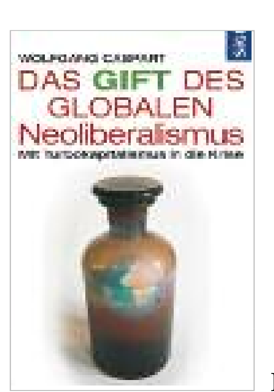
Bei der Bemessung des Taschengelds sollte man ein bißchen großzügig sein.

„Kosten die Klebebildchen, die ein Kind sich wöchentlich kauft, einen Euro, sollte man 50 Cent mehr geben.

So haben die Kinder etwas Spielraum und können auch mal für größere Wünsche sparen“, sagt König.

Ist das Taschengeld einmal verteilt, sollten Eltern sich zurücknehmen.

„Wenn das Kind das Geld zu Hause vergessen hat oder schon ausgegeben hat, sollte man ihm nicht ‚ausnahmsweise‘ wieder etwas finanzieren. Nur so lernt es auf Dauer, die Verantwortung für seine Ausgaben zu übernehmen“, sagt Claudia König. *ddp*




# Entarteter Markt

## Zu viel Kapitalismus schadet

In fünf Hauptkapiteln über Kapitalismus, Demokratie, Menschenrechte, Globalisierung und Neue Weltordnung behandelt „Das Gift des globalen Neoliberalismus – Mit Turbokapitalismus in die Krise“ die Fragen: Kann ein gieriger Egoismus ökonomisch in einen gemeinnützigen Altruismus übergehen? Wie wirkt sich eine ungebremste Geldmengenvermehrung ohne die geringste realwirtschaftliche Deckung auf die Weltwirtschaft aus? Hat die Demokratie das „eherne Gesetz der Oligarchie“ beseitigt? Vermögen Menschenrechte glaubwürdig auf einem Rechtspositivismus aufzubauen? Bricht die Globalisierung wie eine höhere Naturgewalt über uns herein und „passiert“ einfach oder wird sie zu einem guten Teil bewußt gemacht, von Interessen bestimmt und zum Instrument eines weltumspannenden Imperialismus?

Über den Neoliberalismus ist schon manches geschrieben worden. Nun wird ideologiekritisch eine konsistente Gesamtschau gewagt. Ausgehend vom ersten Satz der Logik (Alles muß mit sich selbst übereinstimmen und sich von anderem unterscheiden) und der konfuzianischen Forderung nach der Richtigstellung der Begriffe postuliert der Autor Wolfgang Caspart, Psychologe, Betriebswirt und idealistischer Philosoph, daß verdrehte, geheuchelte oder auch schlicht falsche Begrifflichkeiten niemals in der Lage sind, wahre Anschauungen, ehrliche Zustände oder gar eine bessere Welt hervorzubringen.

Durch den unermüdlichen Gebrauch von zwar gebetsmühlenartig wiederholten, aber innerlich nicht stimmigen und oft sogar ihr genaues Gegenteil bedeutenden Worten werde keine Schwierigkeit bewältigt. Jede Krise wird nur verschärft. Der Mißbrauch bringe sogar die noch unverfälschten Ausgangsanliegen in Mißkredit. Doch mit falschen Mitteln gelange man zu keinen brauchbaren Problemlösungen und korrekten Resultaten. Dies zu durchschauen und die Begrifflichkeiten wieder richtig zu stellen ist das Anliegen des Autors.

Caspart kommt zum wohlbelegten, aber sicher nicht unumstrittenen Ergebnis: Der Neoliberalismus, in Amerika unter „Neokonservatismus“ laufend, ist zu einer unehrlichen Entartungserscheinung der Marktwirtschaft und einem bösen Zerrbild des Liberalismus geworden. Er hat die Nationen nicht in den Wohlstand, sondern ins Elend geführt. Seine Manipulationen und Tricks lassen die Völker in Abhängigkeit, Erniedrigung, Entwurzelung und Krisen versinken. Einziger Nutznießer ist die betrügerische Pseudoelite eines verlogenen und unersättlichen Kapitalismus.

Gedanken, Ideen, Vorstellungen und Begriffe sind nun einmal – so Casparts Credo – keine nebensächlichen Spielereien. Vielmehr wirken sie sich höchst konkret aus und gestalten sehr intensiv die reale Welt mit.

Darin spiegelt sich die idealistische, dem mechanistischen Materialismus widersprechende Logik des Autors.

Mutig, informativ, aktuell ist das Buch vorbehaltlos empfehlenswert. *Konrad Löw*

***Wolfgang Caspart: „Das Gift des globalen Neoliberalismus – Mit Turbokapitalismus in die Krise“**, Signum, Wien 2008, geb., 232 Seiten, 19,90 Euro*






# Schlichte Kohlekumpel

## Rafael Seligmann versucht sich an einem Roman über das Revier

Der 1947 in Tel Aviv geborene Autor Rafael Seligmann ist eigentlich ein anerkannter, routinierter Autor, dem man seine langjährige Berufserfahrung bei seinem 2006 erstmals veröffentlichten und jetzt als Taschenbuch erschienenen Roman „Die Kohle-Saga – Der Tatsachenroman aus dem Revier“ leider nicht anmerkt. Hölzern unterbricht er das geschilderte Familienschicksal der Familie Bialo immer wieder durch seitenlange Geschichtspassagen, so daß sich der Leser regelmäßig angenervt fragt, ob er nun ein Buch über die deutsche Geschichte oder über die Bergarbeiterfamilie Bialo liest. Zudem sind die Geschichtspassagen sehr vereinfacht dargestellt. Vermutlich versucht der Autor hier, das Geschichtsbild aus Sicht von sozialdemokratischen beziehungsweise sozialistischen Kohlekumpeln zu schildern, aber das Ergebnis überzeugt nicht und stört den Lesefluß. Dies ist wirklich bedauerlich, denn die Idee, drei Generationen einer Bergarbeiterfamilie vorzustellen, ist durchaus gut und ehrbar. Daß hier natürlich auch immer wieder auf die Verwicklungen in der deutschen Geschichte hingewiesen werden muß, ist auch selbstverständlich, die Art und Weise ist jedoch mißlungen.

Jetzt zu den Bialos. Leopold Bialo wurde unter dem Namen Leszek Bialowons als Bauernjunge in Oberschlesien geboren. Doch seine Heimat bietet ihm nicht das, was er sich wünscht, also läuft er 1884 mit 17 Jahren von zu Hause weg und versucht sich als Bergmann in Herne. Dort verliebt sich der engagierte Bergmann in die hübsche Anna, die sich gegen die Bedenken ihrer Eltern mit dem Polen verlobt. Finanzielle Engpässe jedoch ermöglichen erst lange keine Eheschließung und die Gründung eines gemeinsamen Hausstandes. Als es dann endlich soweit ist, kommen gleich mehrere Kinder und die Familie ist glücklich, bis die Mutter mit 38 Jahren bei der Geburt ihrer jüngsten Tochter stirbt.

Rafael Seligmann zeichnet sympathische, eigenwillige Charaktere, deren Schicksal allerdings nicht wirklich berührt.

Um die Familie als für die Region, den Berufsstand und die Zeit typisch zu gestalten, läßt der Autor hierfür „typische“ Schicksale auf die Familie einprasseln. Ein Sohn fällt im Ersten Weltkrieg, ein anderer wird Anhänger der Nazis, der mit der Familie befreundete jüdische Arzt begeht, kurz bevor er „umgesiedelt“ werden soll, Selbstmord, und die Enkelin heiratet in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts einen italienischen Gastarbeiter. *Rebecca Bellano*

***Rafael Seligmann: „Die Kohle-Saga – Der Tatsachenroman aus dem Revier“**, Piper, München 2008, broschiert, 362 Seiten, 8,95 Euro*




# Lustiges Vater-Tochter-Gespann

## Roman-Heldin muß 73jährigen Papa mit in den Urlaub nehmen

Mit ihrem neuem Unterhaltungsroman „Urlaub mit Papa“ präsentiert Dora Heldt bereits in zweiter Fortsetzung die Erlebnisse der Hamburgerin Christine, einer gestandenen Frau von Mitte 40. Die Protagonistin und Ich-Erzählerin ist seit kurzem wieder Single. Wie die Autorin selbst ist sie auf Sylt geboren und arbeitet in einem Verlag. Diesmal schickt die Autorin sie auf die Ferieninsel Norderney.

Christine und ihre Freundin Dorothea, von Beruf Bühnenbildnerin, freuen sich auf ihren bevorstehenden Arbeitsurlaub auf der Ferieninsel in der Nordsee. Dort wollen sie der frischgebackenen Pensionswirtin Marleen, ihrer Bekannten, dabei helfen, eine heruntergekommene Kneipe zu renovieren und in eine schicke Bar mit Lounge umzufunktionieren. Natürlich planen die beiden Frauen, sich in der Freizeit am Strand zu erholen. Daß sie dabei einem Flirt durchaus nicht abgeneigt wären, versteht sich, zumal auch Dorothea wieder Single ist. Da ruft Christines Mutter an und macht den Freundinnen einen Strich durch die Rechnung. Sie muß wegen einer Knieoperation ins Krankenhaus und ist besorgt um ihre bessere Hälfte Heinz, Christines Vater. Heinz darf während ihrer Abwesenheit auf keinen Fall unversorgt zu Hause bleiben, erklärt die Mutter, und daß Christine ihren Vater mit nach Norderney nimmt, ist für sie eine Selbstverständlichkeit.

Und so brechen Christine, Dorothea und der 73jährige Heinz gemeinsam in Dorotheas Auto auf, um sich in Norddeich mit der Fähre übersetzen zu lassen. Die beiden Frauen könnten sich gut mit der neuen Situation arrangieren – wenn Heinz nur nicht so speziell wäre. Aber dann wäre dieses Buch eben auch nicht annähernd so amüsant.

Heinz ist ein schräger Typ mit etlichen Marotten, zum Beispiel seiner Vorliebe für den HSV und für deutsche Schlager, von denen er viele auswendig kennt. Wenn er in Stimmung ist, singt er sie hingebungsvoll mit. Dementsprechend hat Dora Heldt die Kapitel ihres Buches nach einzelnen Schlagertiteln benannt. Andererseits ist Christines Vater mißtrauisch und prädestiniert dafür, in alle möglichen Fettnäpfchen zu treten, ohne davon etwas zu merken. Das heißt, so genau weiß man das nie bei Heinz, da er über ein gerüttelt Maß an Bauernschläue verfügt. Dabei ist er im Grunde ein liebenswerter Mensch. Galant läßt er sich die Umgarnung eines kuriosen Damen-Duos in grellbunten Do-it-yourself-Kostümen gefallen, das schon auf der Fähre ein Auge auf ihn geworfen hat. Zu dem Arbeitsteam in der Bar gehören außerdem noch Kalli, ein Inselbewohner und Jugendfreund von Heinz, der Elektriker Onno und schließlich der bezopfte Innenarchitekt Niels aus Bremen, auf den Dorothea fliegt. Zu ihnen stößt der kleine, flinke Inselreporter Gisbert von Meyer. Er hält sich an Heinz und macht mit dessen Einwilligung Christine den Hof. Von Meyer gibt vor, bestens informiert zu sein über einen Feriengast in Marleens Pension, der angeblich auf den Nordseeinseln als Heiratsschwindler gesucht wird. Ausgerechnet dieser gutaussehende Johann Thiess hat Christine bereits den Kopf verdreht.

Trotz der nicht gerade prickelnden Handlung vermag es die Autorin, den Leser besser die Leserin – der Roman ist deutlich auf ein weibliches Publikum ausgerichtet – für Christines Welt zu interessieren. Sie erreicht dies durch spritzige Dialoge voller Situationskomik und die Wiedergabe des Lokalkolorits. Christines Freundinnen und Verwandte, die Inselbewohner und Feriengäste charakterisiert sie mit Wärme und Ironie, auch spitzzüngig und kritisch, aber immer liebensnah. Man glaubt, ihnen bereits einmal begegnet zu sein. Zumal uns einiges so bekannt vorkommt, ist Schmunzeln programmiert. *Dagmar Jestrzemski*

***Dora Heldt: „Urlaub mit Papa“**, dtv, München 2008, broschiert, 317 Seiten, 12 Euro*

# Der Fall Mölders

## Brigadegeneral a. D. über die Verleumdung des hochdekorierten Jagdfliegers

Der Jagdflieger Werner Mölders (1913–1941) erzielte in der Legion Condor über Spanien 14 Luftsiege, wurde im Frankreichfeldzug abgeschossen und gefangengenommen, führte danach ein Jagdgeschwader, war jüngster Oberst der Wehrmacht und erhielt als erster Soldat der Luftwaffe das Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten für seine weiteren 101 Luftsiege über Frankreich und Rußland. Seine Soldaten und Fliegerkameraden verehrten ihn, den fürsorglich-kameradschaftlichen Führer, trotz seiner Jugend als „Vati Mölders“ noch Jahre nach seinem Unfalltod. Ihm war eine neue, sehr erfolgreiche Schwarm-Formation für den Luftkampf zu verdanken, die als „Moelders formation“ noch die Jäger der Nato flogen. Seine Kriegsgegner achteten ihn als „the great fighter pilot“.

Der erfolgreiche Flieger, Verbandsführer und Vordenker seiner Waffe, der gemäß einer viel beachteten Zeitungsanzeige „Charakter und Anstand“ in schwieriger Zeit bewies, hatte für die junge Bundeswehr Vorbildcharakter. So wurden, unter den sozialdemokratischen Ministern Helmut Schmidt und Georg Leber sowie dem Bundespräsidenten Gustav Heinemann 1968 ein Zerstörer, 1972 eine Luftwaffenkaserne und 1973 das Jagdgeschwader 74 in Neuburg / Donau nach ihm benannt.

Im April 1998 beschlossen anläßlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Guernicas wenige linke und grüne Abgeordneter, die Bundesregierung aufzufordern, jegliches ehrende Gedenken an Angehörige der Legion Condor zu unterbinden und rückgängig zu machen.

Der Autor Hermann Hagena, promovierter Jurist, ehemals Jagdflieger im Geschwader „Mölders“, Generalstäbler, Brigadegeneral a. D., hat mit Unterstützung von Kameraden und Zeitzeugen den „Fall Mölders“ in seinen vielen Facetten akribisch untersucht und bewertet.

Er läßt dabei originale deutsche, ausländische und Völkerbund-Quellen sowie noch lebende Zeitzeugen sprechen, die er mit bewundernswerter Hartnäckigkeit aufgetan hat.

Er widerlegt die Argumente sachlicher Art, mit denen Mölders in der politischen und Medien-Polemik noch heute beschuldigt wird, „ein besonders verbrecherischer Wehrmachtsangehöriger“ gewesen zu sein, wie es die Linke in einer kleinen Anfrage unlängst formulierte. Nicht offiziell aber offensichtlich lagen diese Unwahrheiten Strucks Verdikt zugrunde, wie aus einem „Gutachten“ des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes ersichtlich ist, das selbst Mölders Glaubensbekenntnis gegen ihn verwendet. Der Autor beweist detailliert, daß die Legion Condor das Kriegsvölkerrecht eingehalten hat. Ein Beispiel unter anderen: Fachhistoriker sagten schon lange, daß bei Guernica nur eine Brücke als militärisches Ziel zerstört werden sollte. Hagena bringt dafür noch einen originellen neuen Beweis: Die zwei Anflugwege schnitten sich genau über dieser Brücke.

Der Autor zerpflückt in „Jagdflieger Werner Mölders – Die Würde des Menschen reicht über den Tod hinaus“ die Fragwürdigkeiten der Traditionspflege der Bundeswehr. Er zeigt wie verantwortungslos ehrabschneidend auch sonst schon geurteilt wurde, und wie pharisäerhaft Politiker die „Schuld“ deutscher Soldaten bekennen, die sich gegen diese Verunglimpfungen nicht wehren können. Hagena macht bewußt, wie sehr damit die schönen Worte einer Weisung des Generalinspekteurs ad absurdum geführt werden: „Die Würde des Menschen reicht über den Tod hinaus.“

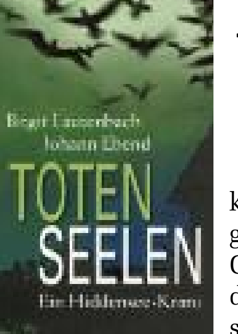
Das Werk ist, weit über den „Fall Mölders“ und die Luftwaffe hinausgehend, ein fundierter, dabei flüssig zu lesender Aufruf, die deutsche militärische Tradition wieder auf die Überzeugung zu gründen, die der französische Staatspräsident General de Gaulle 1962 den Deutschen zurief, nämlich, daß ungeachtet der Politik „die Hochachtung, die sich die Tapferen entgegenbringen, zum sittlichen Erbe des Menschengeschlechts“ gehört.

Das schön gestaltete Buch sollten daher alle zu Rate ziehen, denen Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein Anliegen sind.

Mitläufern der politisch korrekten Geschichtspolitik bietet es die Chance, sich aus selbstverschuldeter Unmündigkeit zu befreien. *Manfred Backerra*

***Hermann Hagena: „Jagdflieger Werner Mölders – Die Würde des Menschen reicht über den Tod hinaus“**, Helios-Verlag, Bonn 2008, geb., 235 Seiten, 19,90 Euro*






# Mörderjagd

## 70 Jahre altes Skelett entdeckt

Es sind knorrige, eigenwillige Charaktere, die dem Leser in dem neuen Hiddensee-Krimi von Birgit Lautenbach und Johann Ebend begegnen. Die Bewohner der Sonneninsel in der Ostsee haben allerlei zu verbergen, kein Wunder, daß sie so schweigsam sind und ihre Geheimnisse nicht preisgeben wollen. Da hat es Polizeiobermeister Pieplow schwer, die Wahrheit herauszubekommen. Dabei ist es gar nicht seine Aufgabe. Wozu gibt es schließlich die Kriminalpolizei? Sollen die doch herausfinden, was es mit dem Skelett auf sich hat, das bei den Bauarbeiten an der Schlesinger-Villa gefunden wurde! Das Gebein hat schon lange dort gelegen, das ist klar, denn das Fundament zu der Villa, in dem der Tote seine „letzte“ Ruhe gefunden hat, wurde vor gut 70 Jahren gegossen. „Er mußte sich entscheiden. Entweder nichts mehr tun. Keine Gedanken mehr wälzen, keine Fragen mehr stellen. Sich nicht von qualligen Ahnungen bedrängen lassen, sondern das machen, wofür er bezahlt wurde. Gerade, saubere Polizeiarbeit.“

Doch Daniel Pieplow kann nicht aus seiner Haut. Er befragt die Leute im Dorf, fragt nach ihren Erinnerungen an die Zeit vor 70 Jahren. Nur wenige aber können sich noch erinnern, wie es war, als die fremden Arbeiter da waren, um einen Damm zu bauen. Stück für Stück setzt sich schließlich das Mosaik zusammen, und Pieplow sieht ein grauenvolles Bild entstehen. Schuld und Unschuld liegen so nah beieinander, daß der eingefleischte Polizist schließlich eine Entscheidung trifft, die in der Realität wohl kaum zu finden ist.

Mit „Totenseelen“, gemeint sind damit die Seelen Verstorbener, die durch Möwen verkörpert werden, hat das Autorenduo einen Krimi vorgelegt, der sich als Urlaubslektüre anbietet. Vieles erinnert an die skandinavischen Krimis von Sjöwall und Wahlöö, auch an Mankell. Die Schilderung der Charaktere ist dem Autorenteam jedoch gut gelungen, der zögerliche Dorfpolizist, der schlecht gelaunte Kollege, der hochnäsige Kripomann und die schweigsamen Dörfler, sie alle bilden ein „Gemenge“, aus dem eine handfeste Story zu machen ist. *man*

***Birgit Lautenbach, Johann Ebend: „Totenseelen“**, Goldmann, München 2008, 222 Seiten, 7,95 Euro*

# Bismarck waltet als »ehrlicher Makler«

## Vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 wurde in Preußens Hauptstadt der Balkan neu geordnet

Von WOLF OSCHLIES

Gebt die Macht denen, die sie nicht wollen, mahnte schon Plato. Finden wir zur Klärung unserer Balkanwirren einen neutralen Vermittler, dachten vor 130 Jahren die europäischen Großmächte, als sie mit dem just kriegsbesiegten Osmanischen Imperium eine Friedensordnung für Südosteuropa aushandelten. Schauplatz war der vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 tagende Berliner Kongreß, den Reichskanzler Fürst Bismarck souverän leitete. Bismarck wollte ein gutes Verhältnis zu Rußland und die Aussöhnung mit Österreich-Ungarn, das ob seiner „kleindeutschen" Reichsgründung von 1871 noch vergrätzt war. Russen und Österreicher rivalisierten auf dem Balkan, den Bismarck verabscheute. In seinen Augen war dieser „nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert" und es Deutschland „vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien überhaupt wird". Aus solchem Holz werden „ehrliche Makler" geschnitzt, als welcher sich der Fürst bereits im Februar 1878 angeboten hatte. Unter seiner Stabführung erbrachte der Kongreß eine Generalinventur der auf dem Balkan waltenden, einander widerstreitenden Besitzstände, Territorialansprüche, Großmachtinteressen, Aspirationen staatlicher „Newcomer" und möglicher Lösungen aller strittigen Fragen.

Im Grunde zerteilte der Kongreß das Fell des „kranken Mannes am Bosporus", wie Zar Nikolaj I. spöttisch die Türkei nannte. Als die noch das gesunde Osmanische Imperium war, hatte sie ab dem späten 14. Jahrhundert allmählich den ganzen Südbalkan eingenommen, ihm aber eine Zeit der „wunderbaren Ruhe" beschert – wie Ivo Andric in seinem Roman „Wesire und Konsuln" urteilte. Das spätere Siechtum der Türkei verlief in gefährlichen Zirkeln: Ihre zunehmende Schwäche ermutigte Aufstände der Serben (1804), Griechen (1821), Rumänen (1859), Bosnier (1875), Bulgaren (1876) etc. Jede Erhebung kostete die Türkei politische und territoriale Konzessionen und ließ sie immer gereizter und gewalttätiger reagieren, was stets neue Unruhen provozierte.

Das imperiale Ende der Türkei hatte am 21. Juli 1774 in dem nordbulgarischen Dorf Küçük Kaynarca begonnen, als Russenzarin Katharina II. und Türkensultan Hamid I. per Friedensvertrag den sechsjährigen Krieg zwischen ihren Ländern beendeten. Dabei verloren die Türken an den Schwarzmeerküsten und Donauufern große Gebiete, mußten zudem Rußland künftig als „Protektor orthodoxer Christen" im Osmanischen Imperium akzeptieren.

Die Russen haben sich niemals für den Balkan interessiert, für Katharina die Große war er nur ein Wegabschnitt zum „griechischen Projekt", der Restitution des Reiches von Byzanz, nunmehr unter russischer Krone. Politisch hieß das russische Dominanz über das Schwarze Meer, das östliche Mittelmeer, den Ostbalkan, das Donaudelta, die rumänischen Donaufürstentümer etc., was alles den geopolitischen Interessen der westeuropäischen Mächte diametral widersprach. Zudem ermutigte Rußlands Vordringen auf dem Balkan die dortigen Völker und störte Englands Wege nach Indien und Fernost. Briten und Österreicher wollten ein intaktes, wiewohl schwaches Osmanisches Imperium bewahren, das jedoch von Rußland ständig attackiert und zu immer neuen Konzessionen an die unterworfenen Balkanvölker gezwungen wurde. Wer auf dem Balkan Ruhe wollte, mußte Rußland stoppen – wie es die Großmächte 1854 im Krimkrieg taten und 1856 im Friedensvertrag von Paris besiegelten: Rußland mußte territoriale Aspirationen im Schwarzmeer- und Donauraum mindern.

Die Türkei nutzte die russische Schwäche und gab den Bulgaren am 28. Februar 1870 ein nationalkirchliches „Exarchat" von großer regionaler Reichweite, das sie gegen russische Einflüsse „immunisieren" sollte. Die Bulgaren betrachteten das Exarchat als vorweggenommenen Großstaat und starteten im April 1876 einen Aufstand zu dessen völliger Realisierung, zeitgleich zu anderen Kriegen und Aufständen gegen die Türkei. Hinter diesen Unruhen stand stets Rußland, was britisches Mißtrauen stärkte, aber Berichte über türkische Greueltaten, von William Gladstone (1809–1899) und anderen publiziert, ließen England umschwenken. Im Londoner Protokoll vom 31. März 1877 bekam Rußland freie Hand zum Krieg gegen die Türkei, den Zar Alexander II. kurz darauf als „Befreiungskrieg", der „die Ehre und Würde Europas retten und die Christen des Balkans schützen" sollte, begann.

Die russische Armee war damals schlecht bewaffnet, versorgt und geführt, kam nach Anfangserfolgen auch bald in Bedrängnis. Bulgarische „Opaltschenzi" kamen ihr zu Hilfe, Freiwillige, die Weg und Steg kannten und gut bewaffnet waren. Sie verteidigten den wichtigen Schipkapaß über das Balkangebirge, verhalfen den Russen zu neuen Erfolgen und ermöglichten deren Siegeszug bis vor die Tore von Istanbul.

Am 3. März 1878 wurde in San Stefano, einem Vorort Istanbuls, ein Präliminarfrieden signiert, der Bulgarien zu einem tributären Fürstentum machte, dessen Territorium vom Schwarzen Meer bis (fast) zur Adria, von der Donau bis zur Ägäis reichte. Souverän und in ihrer Fläche vergrößert wurden auch Rumänien, Serbien und Montenegro, während Rußland das heute zur Ukraine gehörende südliche Bessarabien, das Donaudelta und ein paar kaukasische und asiatische Regionen einstrich. Das war Westeuropa zu viel. Dieses fürchtete vor allem Bulgarien als bedrohlichen Vasallenstaat der Russen und forderte energisch die Revision des Vertrags. Die Spannungen stiegen rasch, es drohte ein Krieg gegen Rußland. Die Russen versuchten noch am 2. Mai 1878, San Stefano dem Wiener Hof schmackhaft zu machen, indem sie die Bildung von zwei bulgarischen Fürstentümern vorschlugen. Wien sah die Absicht einer Entzweiung des westlichen Lagers und lehnte ab.

Rußland hatte sich mit der Änderung von San Stefano abgefunden. Am 21. Mai 1878 bekam Bismarck in seinem Sitz Friedrichsruh Besuch vom russischen Botschafter in London, Peter Schuwalow, der ihm ein russisches Verhandlungsangebot an England zeigte: Bulgarien wird geteilt und von der Ägäis entfernt, Österreich-Ungarn bekommt Bosnien-Herzegowina. Bismarck stimmte zu, da diese Regelung die Russen von den Bahnlinien im südöstlichen Balkan fernhielt. England tat desgleichen, sagte aber auch den Türken Unterstützung in Berlin zu, wofür es ihnen die Insel Zypern wegnahm.

Wer über den Berliner Kongreß schreibt, der illustriert seine Ausführungen zumeist mit dem Gemälde „Der Berliner Kongreß", das der Historienmaler Anton von Werner 1881 schuf. Es ist eine „Momentaufnahme" der Mächtigen und Diplomaten, die sich am 13. Juni 1878 in der Berliner Reichskanzlei, dem Palais Radziwill in der Wilhelmstraße 77, um den hünenhaften Bismarck scharten und vier Wochen später den Berliner Vertrag mit seinen 64 Artikeln signierten. Bis dahin war es ein stürmischer Verhandlungsweg, wobei es zumeist um Details der Grenzziehungen auf dem Balkan ging. Mehrfach geriet der Kongreß an den Rand des Scheiterns, wovor ihn Bismarck bewahrte – oft mit grobem Gepolter gegen türkische Tricks, russische Ränke, britische Phobien oder Habsburger Habgier. Am Ende setzte sich der „Eiserne Kanzler" durch: Nur wer keine Eigeninteressen hat, kann fremde Interessen ausgleichen.

Die geringsten Probleme machten Serbien und Montenegro. Deren bereits bestehende Souveränität wurde vom Kongreß anerkannt, ihre neuen Grenzen wurden so ausgeweitet, daß Serbien sein Territorium um ein Drittel vergrößerte und Montenegro das seinige gar verdoppelte – bis hin zum ersehnten Zugang zur Adria. Auch Rumänien wurde vom Kongreß rasch „abgehakt", zum Leidwesen der Rumänen, die die russische Okkupation Bessarabiens – benannt nach dem Fürsten Basarab aus dem 14. Jahrhundert – schlucken mußten und mit Landgewinn in der Dobrudscha samt 150 Kilometern Donau-Ufer entschädigt wurden.

Auf sieben Sitzungen stritt man sich um Bulgarien, das in San Stefano noch 160 000 Quadratkilometer groß geworden war. Die Berliner Lösung hatte mit San Stefano nicht mehr viel gemeinsam. Zwischen Donau und Balkangebirge sollte ein „autonomes, tributäres Fürstentum unter der Souveränität Seiner Majestät des Sultans" entstehen, eine gegenüber San Stefano verstärkte Betonung des Vasallencharakters Bulgariens, die die Türken in die Kongreßprotokolle geschmuggelt hatten. Das südliche Bulgarien vom Balkangebirge bis zu den Rodopen wurde als halbautonomes „Ost-Rumelien" – „Rumeli" hießen ab dem 15. Jahrhundert die europäischen Teile des Osmanischen Imperiums – konstituiert. Mazedonien – 1870 Teil des Exarchats, laut San Stefano Teil Bulgariens – wurde den Türken komplett zurückerstattet. Damit war eine Auflage zu Reformen verbunden, die aber weder Türken noch Europäer ernst nahmen.

Blieb noch Bosnien-Herzegowina, wo die Türkei nach einhelliger Ansicht der Kongreßteilnehmer völlig versagt hatte. Bismarck fand, Bosnien müsse einem „kraftvollen Staat in nächster Nähe" übergeben werden, also Österreich-Ungarn, dessen Außenminister Andrássy anbot, Bosnien-Herzegowina zu übernehmen – zur „Okkupation und Verwaltung", was milder als „Annexion" klang, die Wien immer wollte. Bei dieser Gelegenheit griff sich Wien auch den Sandshak Novi Pazare, ein ödes Gebirgsplateau zwischen Serbien und Montenegro, das als Beobachtungsposten und Cordon sanitair zwischen Südslawen nützlich war.

Ende gut! Alles gut? England behielt Zypern und damit die Kontrolle über das östliche Mittelmeer. Österreich nahm sich Bosnien-Herzegowina, womit es seine „illyrischen" Besitzungen, das „Dreieinige Königreich Slawonien, Kroatien und Dalmatien", abrundete. Rußland freute sich über den Besitz Besarabiens und seine Neuerwerbungen im Kaukasus und in Asien und verschmerzte es (zunächst), mit dem gescheiterten „Groß-Bulgarien" viel von seinem Einfluß auf dem Balkan einzubüßen.

Die Bilanz des Berliner Kongresses fiel zwiespältig aus. Sein Anlaß war verständlich, Südosteuropa vor den „Kollateralschäden" der türkischen Agonie zu bewahren. Seine Ziele waren ehrenwert, die bislang unterdrückten Balkanvölker zu eigenstaatlicher Handlungskompetenz zu bringen. Seine Bestimmungen waren oft überraschend modern, beispielsweise Artikel 5 des Berliner Vertrags, der absolute Glaubensfreiheit zusicherte und jede Diskriminierung aus Religions- oder Konfessionsgründen verbot. Seine größten Schwächen waren der „heilige Egoismus" der Großmächte und die Heuchelei, mit der die eigene Selbstsucht bemäntelt wurde. Dennoch: Bismarck erreichte sein selbstgestecktes Ziel, als „ehrlicher Makler" auszugleichen zu wirken.



**Der Berliner Kongreß: von Haymerle, Károlyi, de Launay, Gortschakow (sitzend), Waddington (im Hintergrund), Disraeli (Gortschakow legt seine Hand auf Disraelis Arm), von Radowitz (im Mittelgrund hinter dem Tisch sitzend), zu Hohenlohe-Schillingsfürst (im Hintergrund stehend), Corti (ebenso), de Moun (halb verdeckt im Hintergrund), d'Oubril (im Mittelgrund hinter dem Tisch sitzend, schreibend), de Saint-Vallier (im Hintergrund), Desprey (ebenso), Andrássy (im Vordergrund), Bucher (fast verdeckt im Hintergrund), Otto von Bismarck (zentral), von Holstein (im Hintergrund), Busch (im Hintergrund), Herbert von Bismarck (fast verdeckt im Hintergrund), Schuwalow (im Vordergrund, Handschlag mit Bismarck), Sadullah Bey (im Hintergrund), Russell (ebenso), von Bülow (sitzend), Salisbury, Carathéodori und Mehmed Ali Pascha (von links nach rechts)**

Foto: Archiv

## Das Erbe des Berliner Kongresses prägt den Balkan bis heute

Laut Gottfried Benns zynisch-wahrem Diktum ist das Gegenteil von „gut" nicht etwa „schlecht, sondern – „gut gemeint"! Der Berliner Kongreß war gut gemeint, zeitigte aber negative Langzeitfolgen in Fülle. Vor allem bestätigte er, wovor Immanuel Kant in seinem Büchlein „Zum ewigen Frieden" gewarnt hat, daß kein Friede Bestand haben könne, der den Keim künftiger Konflikte in sich trüge.

Diese Keime hat Berlin gesetzt, als es die Balkanvölker lehrte, Politik allein in den Kategorien von Volk und Territorium zu verstehen, ihnen Appetit auf möglichst große Territorien machte und ihnen Regionen wie Mazedonien und Bosnien als herrenlose Güter überließ. Erst seit dem Berliner Kongreß hängt fast jedes Land Südosteuropas Träumen vom eigenen Groß-Reich nach – Groß-Albanien, Groß-Bulgarien, Groß-Kroatien und so durchs ganze Alphabet weiter. In beiden Weltkriegen hat Bulgarien kurzfristig Mazedonien und Thrakien erobert, die Regionen, die San Stefano ihm zugesprochen und Berlin ihm abgenommen hatte.

Zudem wurde 1878 in Berlin erstmalig die absolute Kontraproduktivität von „internationalen" Friedensregelungen bei regionalen Konflikten demonstriert. Alle „friedensstiftenden" Einsätze, die die Vereinten Nationen seit ihrer Gründung 1945 unternommen haben, waren völlig für die Katz', da sie bestenfalls eine militärische Entflechtung brachten, die den verfeindeten Parteien eine Pause zur Wiederaufrüstung verschaffte. Berlin konnte das 1878 vermutlich noch nicht überblikken, die Bosnien-Friedenskonferenz in Dayton vom November 1995, die das Ende des ex-jugoslawischen Bürgerkriegs markierte, hat die Augen davor geschlossen und geriet so zur miserablen Karikatur des Berliner Kongresses: Auch 13 Jahre später ist Bosnien das, was Dayton aus ihm gemacht hat – ein „befriedetes", aber politisch gespaltenes, ethnisch verfeindetes und ökonomisch zerstörtes Land.

Der US-Politologe Edward Luttwak hat 1999 in „Foreign Affairs" Klartext geredet und dabei mit wohlerwogenem Zynismus Kant auf den Kopf gestellt: Die grausige Logik des Friedens ist, daß er nur aus einem „ausgebrannten" Krieg hervorgehen kann. Also laßt ihn brennen – „give war a chance"!

Das aber sind Erwägungen, die weit über Berlin hinausgreifen. Damals hat Bismarck einen guten Job gemacht, das Kongreßergebnis brachte Europas Südosten drei friedliche Jahrzehnte, und das alles wurde an dem idealen, da politisch neutralen Tagungsort Berlin ausgehandelt. Berlin war für das späte 19. Jahrhundert ein Synonym für Frieden. Hat es das im 20. Jahrhundert wiederholen können? Wenn nein, warum nicht? *W. O.*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 27 – 5. Juli 2008



## Multinationales Ostsee-Manöver

Von Hans Lody

Im jahre 1972 erschienen erstmalig britische und US-amerikanische Kriegsschiffe in der Ostsee, um mit ihren bundesdeutschen und dänischen Bündnispartnern Übungen abzuhalten. Das Manöver BaltOps sollte nicht nur der Gefechtsausbildung dienen, sondern auch der Warschauer Vertragsorganisation verdeutlichen, daß die Bundesrepublik Deutschland und Dänemark im Verteidigungsfall mit Verstärkungen rechnen könnten. Die Seestreitkräfte der DDR, Polens und der Sowjetunion waren denen der beiden Nato-Partner drückend überlegen.

Doch seit 1989 hat sich die Bedrohungslage grundlegend zugunsten der Nato geändert. Die DDR ist von der Landkarte verschwunden und Polen ist Mitglied der Nato geworden. Zudem sind die drei baltischen Staaten unabhängig geworden und gehören nunmehr auch noch der Nato an. Jahrelang wurde die russische Marine aus Geldmangel schwer vernachlässigt.

Seit einigen Jahren hat sich diese jährlich stattfindende Übung BaltOps zu einem multinationalen Manöver gewandelt. Neutrale und ehemalige Gegner im Kalten Krieg sind zur Teilnahme eingeladen. So haben 13 Länder Streitkräfte zu BaltOps 2008 entsendet. Meist waren es „nur" Minensucher oder Raketenboote, aber Dänemark zeigte mit der Korvette „Olfert Fisher" Flagge. Die größten Einheiten entsendeten die USA mit dem Raketenkreuzer USS „Gettysburg" und

Danach ging es zur Kieler Woche

Großbritannien mit dem Docklandungsschiff HMS „Bulwark". Die Bundesmarine war mit der Fregatte F 217 „Bayern", einem U-Boot, zwei Raketenbooten und einem Nachschubschiff vertreten. Die polnische Marine steuert vier Einheiten zu der Übung bei. Aus Memel, dem Kriegshafen der Republik Litauen, stieß der Minenleger „Jotvingis" zu der Gruppe hinzu. Auch die russische Ostseeflotte beteiligte sich diesmal mit der Fregatte „Neustrashimy" und dem Landungsschiff „Kaliningrad" an BaltOps. Die russischen Schiffe hatten hierzu ihren Heimathafen Pillau verlassen und sich in Danzig eingefunden.

Bei den Manövern dienten die U-Boote „Orzel" aus der Republik Polen und „U 15" aus der Bundesrepublik Deutschland als Zielobjekte für U-Jagdübungen. Anschließend standen ein Zielschießen der Bordartillerie und Nachrichtenübungen aller beteiligten Einheiten auf dem Programm. Schließlich wurden im Rahmen einer fiktiven „friedenschaffenden" Operation britische und russische Marineinfanterie angelandet. Hierbei wurde folgendes Szenarium angenommen: Die Ostseeanrainer Bluland und Midland beanspruchen gleichermaßen eine Insel. Bevor es zum Krieg kommt, soll die „internationale Gemeinschaft" durch einen Militäraufmarsch den Ausbruch der Feindseligkeiten verhindern.

Nach dem Manöver nahmen die meisten Einheiten dann noch an der Kieler Woche teil.

# »Europa ohne Grenzen«

## Wilfried Böhm übergab Ehrenfahne des Europarates auf Partnerschaftsfeierlichkeiten in Sensburg




Mrongoville: Der Besuch der Westernstadt rundete das Programm der Partnerschaftsfeierlichkeiten mit Grünberg ab. Foto:Böhm

Das „Europa der Bürger" gibt es tatsächlich: Das Engagement der Menschen für die Partnerschaft in den beiden Städten Sensburg in Ostpreußen und Grünberg in Hessen ist der Beweis dafür. Sie pflegen in ihrem Alltag echte europäische Gemeinschaft und schaffen damit die Basis für eine gemeinsame friedliche Zukunft. Gibt es doch unzählige Städtepartnerschaften überall in Europa und zum Teil seit vielen Jahrzehnten.

Das Ehrenmitglied der Parlamentarischen Versammlung, der ehemalige Bundestagabgeordnete Wilfried Böhm, Melsungen, der die Ehrenfahne des Europarates im Rahmen einer Festveranstaltung in Sensburg überbrachte, sagte, der Europarat in Straßburg sei die älteste der gemeinsamen Institutionen Europas, die nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden. Er sei heute der Zusammenschluß von 47 Nationalstaaten in Europa, von Irland bis Rußland, die entweder schon seit 1949 zusammenwirkten oder sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus auf den Weg begeben hätten, ihr Land in Europa demokratisch zu gestalten.

Der Europarat sei so auch äußerlich zum Spiegelbild der historisch gewachsenen Nationalstaaten geworden, „die das Europäische an Europa" seien. Die Politik könne jedoch die Probleme und Ziele nur sichtbar machen, sie diskutieren, Konventionen ausarbeiten und politische Weichen stellen. „Doch auf diesen Gleisen im Alltag den Weg praktisch erkunden und erproben und so zueinander finden, das können nur die Bürgerinnen und Bürger Europas selbst." Genau das täten die Städtepartnerschaften, die vom bürgerschaftlichen Engagement getragen würden und beim Austausch zwischen Vereinen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, beim Schul- und Jugendaustausch und nicht zuletzt im wirtschaftlichen Bereich großartige Leistungen vollbrächten.

Böhm verwies darauf, daß die Stadt Sensburg auch zu Grünbergs Partnerstädten in Spanien und Frankreich Kontakte aufgenommen habe und die Städtepartnerschaft auf diese Weise auch eine gesamteuropäische Aufgabe erfülle.

Bei den Feierlichkeiten unter dem Titel: „Europa ohne Grenzen" mit den Festreden der beiden Bürgermeister und Vorträgen zur internationalen Zusammenarbeit, zur regionalen Wirtschaftspolitik und zur Geschichte Ostpreußens mit lokalen und regionalen Geschichtsschreibern erfolgte ein offener und freundschaftlicher Gedankenaustausch, wobei auch Projekte vorgestellt wurden, die spontan „von unten" entstanden sind, mit denen sich polnische Bewohner des Gebietes auf Erkundungsfahrt in ihre Heimat begeben haben, nachdem Anfang der 90er Jahre das Tabu gefallen ist, mit dem die deutsche Vergangenheit Ostpreußens belegt war. Auch die Ereignisse des Kriegsjahres 1945 mit der Flucht der Bevölkerung und den Kriegsverbrechen der Roten Armee, dem Hunger und der Verschleppung in die Sowjetunion sowie das Schicksal der Ausgesiedelten, die sich „ohne einen Pfennig in der Tasche in völlig fremden Gebieten Deutschlands wiederfanden", wurden angesprochen, weil es mehr als 60 Jahre nach Kriegsende völlig legitim sei, „auch an die Tragödie der deutschen Bevölkerung Ostpreußens zu erinnern".

Darüber hinaus gab es in den Gastfamilien der zahlreichen Grünberger, die in ihre Partnerstadt gekommen waren, noch viele Gelegenheiten zum Gedankenaustausch, zum Beispiel bei der gemeinsamen Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen, wie der Einweihung eines „Platzes der Europäischen Einheit", bei der die Bürgermeister beider Partnerstädte Frau Otolia Siemieniec (Sensburg) und Frank Ide (Grünberg) und die Vorsitzenden der beiden Partnerschaftskomitees jeweils eine Eiche als Symbol der Verwurzelung der Freundschaft pflanzten. Ein Festumzug, eine Spartakiade für behinderte Kinder und ein masurischer Jahrmarkt mit volkstümlichen Handarbeiten und kulinarischen Genüssen sowie sportliche Veranstaltungen schlossen sich an und boten Gelegenheit zum freundschaftlichen Feiern.

Im Museum der Stadt erfuhren die Gäste vieles über den ostpreußischen Schriftsteller Ernst Wiechert, der zu den meistgelesenen Autoren seiner Zeit gehörte und dessen Werke Millionenauflagen erreichten. Eine Schiffsfahrt auf dem Schoß-See, an dem das von den Polen „Mragowo" genannte Sensburg liegt, und der Besuch des nahe der Stadt gelegenen Tourismusprojekts „Western City Mrangoville", das aus dem „Westernfestival Mrangoville" entstanden ist und in diesem Sommer eröffnet werden soll, rundeten das Programm der Partnerschaftsfeiern ab, das ein ökumenischer Gottesdienst abschloß. *-m*

# Fresko-Restaurierung abgeschlossen

## »Empfang der Salzburger Emigranten vor König Friedrich Wilhelm I.« in Gumbinnens Friedrichschule übergeben

Jeder Mensch, der das Elend der Vertreibung aus der Heimat erfahren hat und die Angst vor dem Unbekannten, was ihn erwarten mag, erlebt hat, wird tief beeindruckt sein vom Anblick des Freskos in der Aula der ehemaligen Friedrichschule in Gumbinnen, dem heutigen Landwirtschaftlichen Technikum. Lange Jahrzehnte war es unter einer dikken Farbschicht verschwunden; nach einer langen Restaurierungszeit ist es neu entstanden.

1912 war der Maler Otto Heichert von der Kunstakademie Königsberg mit der Gestaltung des Gemäldes beauftragt worden. Zwei Jubiläen standen an. Die Friedrichschule feierte Jubiläum zehn Jahre Neubau im neugotischen Baustil, und die Stadt Gumbinnen bereitete sich auf den Jahrestag der Einwanderung der Salzburger nach Ostpreußen vor.



Fast wie neu: Fresko in der Aula der Friedrichschule Foto: privat

Nachdem sich Heichert mit dem Schicksal der Salzburger Emigranten, ihrer Vertreibung und ihrer Eingliederung in Gumbinnen befaßt hatte, beschloß er, die gesamte Giebelwand der Aula, 16 Meter lang und acht Meter hoch, zu bemalen. Der Künstler meisterte seinen Auftrag hervorragend; er schuf ein Fresko, dessen künstlerischer Wert als Weltkunstwerk eingestuft wird. Die Gumbinner Einwohner waren seine Modelle; schließlich hatte jede vierte Familie in Gumbinnen und Umgebung ihre Wurzeln im Salzburger Land. 1732 waren sie aus ihrer Heimat vertrieben worden, weil sie ihren lutherischen Glauben nicht aufgeben wollten. Mehr als 12 000 von ihnen kamen in das Gebiet um Gumbinnen. Sie waren sehr willkommen, denn das Land war durch Krieg und Pest entvölkert. Freundlich nahm der preußische König Friedrich Wilhelm I. die Flüchtlinge auf. Ihm werden die Begrüßungsworte zugeschrieben: „Mir neue Söhne – Euch ein mildes Vaterland." So kann man es heute wieder unter dem restaurierten Fresko lesen.

Im Rahmen des diesjährigen Stadtgründungsfestes wurde das Fresko der Öffentlichkeit überge-

Fortsetzung auf Seite 16

# Fresko-Restaurierung abgeschlossen

Fortsetzung von Seite 15

ben. Es war ein ganz besonderes Ereignis für die Stadt. Die Feier begleitete eine Schauspieltruppe vom Theater in Tilsit, die das Ereignis vor 275 Jahren darstellte, der Kantchor aus Gumbinnen und die Königsberger Symphoniker unter der Leitung des Dirigenten Arkadi Feldman bildeten den musikalischen Rahmen. Mit den Vertretern der Administration war auch der Gebietsgouverneur Georgij Boos und hoher Besuch aus Moskau dabei. Neben diesen sowie Vorstandsmitgliedern der Kreisgemeinschaft Gumbinnen und Vertretern der Vereinigung der ehemaligen Friedrichs- und Cecilienschülern und des Vereins der Salzburger Nachkommen waren Vertreter der Patenstadt Bielefeld als Gäste Gumbinnens eingeladen. Dazu gehörte auch der Enkel des Malers, Elk Michael Berger, mit seiner Frau Ute aus Wiesbaden. Auch zahlreiche Gumbinner erlebten in einer eindrucksvollen Feier die Übergabe des Freskos, das von St. Petersburger Restaurateuren der Firma Nasledje-Erbe wiederhergestellt wurde.

Viele kleine und große Beiträge und die herausragende Spende der Rudolf August Oetker-Stiftung aus Bielefeld haben dazu beigetragen, daß das Bild zurückgewonnen wurde. Auch der Aularaum und der Treppenaufgang konnte in die Renovierung einbezogen werden. Selbst der schmiedeeiserne Kronleuchter wurde dank einer Einzelspende nach dem historischen Vorbild neu gestaltet. Wer die neu gestaltete Aula in der Friedrichschule in Gumbinnen besuchen will, kann den Kontakt über die Diakonie, Telefon 0 07 40 14 33 44 60 (A. Michel) oder über das Museum, Telefon 0 07 40 14 33 91 17 (A. Fesenko), herstellen. *KGG*

---

**Lewe Landslied,**
**liebe Familienfreunde,**
viel Post ist gekommen, sehr viel Post, und darüber bin ich natürlich froh, wenn auch manche Briefe mir doch sehr zu schaffen machen. Immer dann, wenn Wunsch und Wirklichkeit nicht übereinstimmen, wenn die Phantasie auszuufern beginnt und nicht nur die Schrift wirr wird, gerate ich in Zwiespalt. Einerseits will ich die Betreffenden nicht enttäuschen, auf der anderen Seite ist es für unsere Zeitung unmöglich, ihre angeblichen Erlebnisse zu veröffentlichen oder ihre Bitten weiterzugeben, die in keinem Einklang zu den Aufgaben unserer Ostpreußischen Familie stehen. Ich kann keine edlen Spender vermitteln, die mal eben die – nicht gerade unerhebliche – Schuldenlast der Schreiberin tilgen ... Dies nur als kleines Beispiel.

Bleiben wir also bei erfreulichen Dingen, und dazu gehören die kleinen Erfolge, gehört die lebhafte Resonanz auf das in unserer Kolumne Gebrachte. So kamen mehrere Zuschriften zum Thema „Dessauer Hof" in Insterburg, zu dem aufgrund eines Artikels in unserer Zeitung Frau **Rosemarie Pakleppa** aus Südafrika authentische Informationen übermittelt hatte, vor allem Kopien aus der Hotelchronik. Diese interessiert besonders Frau **Ilsegret Böhm** geborene Neumann, Hamburg, und ihren Bruder **Hansgeorg Neumann**, Vizepräsident des Verwaltungsgerichts a. D. in Lüneburg, denn beide haben sehr persönliche Beziehungen zu der Geschichte des durch das Kriegsgeschehen im Ersten Weltkrieg bekannt gewordenen Hotels. Ihr Großvater **Hermann Torner** – aus alter ostpreußischer Salzburger Familie – erbaute im Jahre 1911 das Hotel. „In ihm wohnten wir bis zum Verlust durch Zwangsversteigerung Anfang der 30er Jahre", schreibt Herr Neumann. Wie es zu dem Namen „Dessauer Hof" kam, erläutert seine Schwester: „Großvater war Viehhändler und Gastwirt in Gr. Bubainen, wo die Familie von Anhalt-Dessau ausgedehnte Ländereien besaß. Deshalb nannte mein Großvater das Hotel ‚Dessauer Hof'. Von 1912 an wohnte er dort mit seiner großen Familie – zwei Töchter, sechs Söhne –, aber 1914 wurde diese nach Berlin evakuiert, nur Großvater blieb und erwartete die Russen." Frau Böhm berichtet noch mehr über die Geschichte des Hotels und weist, wie auch ihr Bruder, auf zahlreiche Dokumentationen hin, in denen das Geschehen im „Dessauer Hof" eingehend behandelt und belegt wird. Die Schwester interessiert sich sehr für die Chronik, aus der uns Frau Pakleppa Kopien übersandte, und so werde ich ihren Brief nach Südafrika senden. Auch den ihres Bruders, denn dieser hat noch eine ganz besondere Erinnerung an die Familie Pakleppa, die 1930 nach der durch den „Schwarzen Freitag" ausgelösten Weltwirtschaftskrise das Hotel erwarb. Er schreibt: „Sollte eine Tochter der Familie Pakleppa noch leben, bestellen sie bitte meinen Gruß. Ich habe sie als hübschen Backfisch noch in guter Erinnerung, sie müßte jetzt etwa 92 Jahre alt sein." So alt ist auch die Tante von Frau Pakleppa, die diese in ihrem Schreiben erwähnte – vielleicht ist sie die richtige Adresse für diesen Gruß. Das wäre dann für beide wohl eine Überraschung, und sollte es so sein, werden wir natürlich darüber berichten. Abgeschlossen ist das Thema „Dessauer Hof" jedenfalls noch lange nicht, zumal es herrliche Anekdoten über den „alten Dessauer" gibt. Aber das wäre dann eine Sondergeschichte.

Manchmal ergibt eine kleine Frage einen Hinweis für einen größeren Kreis von interessierten Lesern. In der Folge 24 hatten wir den von Frau **Helga Gehrmann** vermittelten Suchwunsch nach dem ehemaligen Lehrer aus Launingken **Friedrich Nolte** beziehungsweise dessen Nachkommen gebracht. Zwar haben wir bisher darüber nichts erfahren, aber es hat sich etwas anderes ergeben. Das Ehepaar **Hannelore** und **Horst Dörn** aus Greifswald stieß auf seiner Suche nach Angaben für seine Chronik über Königsberg-Tannenwalde im Internet auf die Volksschullehrerkartei Preußens. In dieser fanden es unvermutet die Personal-Karte für den Lehrer Friedrich Nolte. Sie enthält die persönlichen Daten und Informationen über seine Tätigkeit in Ostpreußen. Bis dahin war nur bekannt, daß er in Laugeningken tätig war. Die Karte weist ihn nun als Lehrer in Alt-Eszergallen, Kreis Darkehmen (später Sanden) sowie an zwei Schulen im Kreis Angerburg aus. Da bisher nur Angaben über eine Lehrtätigkeit bis 1935/36 vorlagen, ergibt sich aus der Karte, daß Friedrich Nolte ab April 1936 an der Schule Haarßen (Haarschen) und ab Mai 1939 an der Schule Birkenhöhe tätig war, an letzterer vermutlich bis 1944 als allein Unterrichtender. Das erweitert den für die Suche in Frage kommenden ehemaligen Schülerkreis erheblich. Wer sich also an diesen Lehrer erinnert und etwas über ihn aussagen kann, wende sich bitte an Herrn **Richard Wagner**, Ansbachweg 9 in 37242 Bad Sooden-Allenbach, Telefon (0 56 52) 41 61, oder Helga Gehrmann, Krasseltweg 46 in 30657 Hannover, Telefon (05 11) 6 04 52 96. Darüber hinaus könnte aber für andere Leserinnen und Leser die Information über diese Auskunftsmöglichkeit wichtig sein, dafür sagen wir Herrn und Frau Dörn unsern herzlichen Dank Die Internet-Adresse der Volksschullehrerkartei Preußens lautet: www.bbf.dipf.de/nvlk/detail.php.

Reg.-Bez. Gumbinnen.

**Personal-Karte für Lehrer.**

Name und Vornamen: (Rufnamen unterstreichen) August, Christian, Friedrich Nolte.

Geboren am (Tag, Monat, Jahr) 14. 8. 02. Religionsbekenntnis ev. luth.

Gegenwärtige Dienststellung[1]) (Schulamtsbewerber.) Lehrer

Anstellungsverhältnis[2]) (auftragsweise voll beschäftigt.)

Im Volksschuldienst endgültig angestellt am — 1.5.38 (1938, S. 70).

Erste Lehrerprüfung abgelegt wann? April 1923 wo? Northeim i/Han

Zweite Lehrerprüfung abgelegt wann? 15. 11. 31. wo? [illegible]

Sonstige Lehramtsprüfungen abgelegt (welche? wann? wo?) —

An welcher Schule gegenwärtig angestellt oder beschäftigt?[3])

| Schulort und Kreis: Ort | Kreis | Genaue Bezeichnung der Schule[4]) | Seit wann an dieser Schule beschäftigt? |
|---|---|---|---|
| Alt-Eszergallen | Darkehmen | ev. Volksschule | 1. 4. 32. |
| Haarßen | Angerburg | (1936, S. 29) (2. L.) | 1. 4. 36 |
| Birkenhöhe | " | (1939, S. 44) (all. L.) | 1. 5. 39 |

Unterschrift des Ausfüllenden: Friedrich Nolte.

Schr.

Anmerkungen siehe Rückseite.

Personal-Karte von Friedrich Nolte: Wer sich an den Lehrer erinnert und etwas über ihn aussagen kann, wende sich an Richard Wagner, Ansbachweg 9 in 37242 Bad Sooden-Allenbach, Telefon (0 56 52) 41 61, oder Helga Gehrmann, Krasseltweg 46 in 30657 Hannover, Telefon (05 11) 6 04 52 96. . Foto: privat

Ja, so arbeitet eben unsere Ostpreußische Familie. Das bestätigt auch ein kurzer Anruf in unserer Redaktion von Frau **Regina Flatow** aus Ebhausen, die Informationen über den Major Dr. **Forstreuter** suchte, der auf einem 1939 in Königsberg gemachten Foto, das wir in Folge 19 brachten, inmitten seiner damalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Generalkommando abgebildet ist. Sie erhielt sofort zwei Anrufe und bedankt sich herzlich dafür. Inzwischen dürften es wohl noch mehr geworden sein, und wir werden Weiteres erfahren.

**Die ostpreußische Familie**

Ruth Geede Foto: Pawlik

Und hier noch ein Dankesbrief von Frau **Uta Müller**, die auf ihrer Suche nach ihrer leiblichen Mutter keinen endgültigen Erfolg zu verzeichnen hat, aber sich bei allen bedanken möchte, die sich nach zwei Veröffentlichungen in unserer Kolumne bei ihr (St.-Göres-Straße 36 in 40489 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 40 03 43) gemeldet haben: „Liebe Heimatfreunde, ich heiße Uta Ursula Waltraud Müller und wurde am 20. April 1943 in Insterburg geboren. Ich suche seit Oktober 2005 meine leibliche Mutter, eine geborene **Rehberg**. Leider habe ich sie noch nicht gefunden. Vielleicht kann sie sich nicht offiziell melden ... Ich würde mich aber freuen, wenn sie mir einen Brief schreibt und ein Bild beilegt, damit wäre ich schon zufrieden. Heute möchte ich mich bei allen bedanken, die sich auf meine Suchanzeigen gemeldet haben, brieflich und telefonisch, es hat gut getan. Nach über 62 Jahren ist es nicht leicht, zu erfahren, daß ich nicht das leibliche Kind der Familie Müller bin. Noch einmal: ganz herzlichen Dank. Uta Müller"

Manchmal hilft eben schon ein Mitfühlen, Mitdenken, Mithelfenwollen – das, was unsere Ostpreußische Familie auszeichnet.

Ein wenig hat die nächste Frage mit dem Militär zu tun, sie führt in die heutige Zeit und damit zur Bundeswehr. Dort vermutet nämlich Herr **Georg Landmann** aus Norderstedt seinen Schulfreund **Hans**, von dem er leider nicht mehr den Nachnamen weiß. Nun suche man mal einen Hans in der Bundeswehr, dagegen wäre die berühmte Nadel im Heuhaufen schon ein geradezu kinderleicht zu findendes Objekt. Aber es gibt doch einige Angaben, mit denen man die Suche etwas hoffnungsvoller angehen kann. Hans stammt aus Preußisch Holland und kam als Spätaussiedlerkind 1956/57 wahrscheinlich über Unna-Massen nach Schwerte / Ruhr. Dort besuchte er gemeinsam mit Georg Landmann die Wittekindschule bis zur 4. Klasse. Die Klassenlehrerin war Frau **Magdalena Müller**. Danach trennten sich die Wege der Freunde, aber sie haben sich später öfters wiedergesehen, das letzte Mal etwa 1970 in der Schwerter Bahnhofstraße bei einer zufälligen Begegnung. Hans hatte sich als Zeit- oder Berufssoldat zur Bundeswehr gemeldet. Danach verloren sich die Schulfreunde aus den Augen. Georg Landmann hat zwar bei Stadt und Schule versucht, etwas über den Verbleib seines Freundes Hans zu erfahren, aber alle Nachforschungen waren vergeblich. Nun übersandte Herrn Landmanns Mutter ihrem Sohn die Sonderseiten der *PAZ* zum Deutschlandtreffen, und so kam ihm der Gedanke, über die Ostpreußische Familie nach seinem Freund zu suchen. Es ist ja fraglich, ob dieser unsere Zeitung liest, aber vielleicht können Landsleute aus Preußisch Holland oder Leser aus Schwerte über die Familie von Hans etwas sagen oder stehen sogar mir ihr in Verbindung. Dies ist wohl der einzig mögliche Weg, Hans zu finden. Wollen mal sehen, ob diese Spur begehbar ist. (Georg Landmann, Berliner Allee 31, 22850 Norderstedt, E-Mail: g.landmann@gmx.de.)

„Wenn ich die Ostpreußische Familie lese, erstaunt mich immer wieder, wieviel Erfolg noch möglich ist auf der Suche nach Personen, Orten und Familienangehörigen", schreibt Frau **Inge Wolski** aus Grevenbroich. Und deshalb hofft sie auch, den Geburtsort ihrer Mutter **Grete Komnick** geborene Krause zu finden, den sie schon lange sucht: Allsitt im Landkreis Königsberg. „Moak wi!" sagte ich und glaubte, nur meine altgedienten, zuverlässigen Ortsnamensregister bemühen zu müssen, und schon hätte ich ihn gefunden. Denkste! Absolut Fehlanzeige! Frau Wolski meint zwar, daß es sich wohl um einen sehr kleinen Ort handeln müsse, denn sie habe ihn auch auf ihrer Ostpreußenreise vergeblich gesucht, allerdings an ganz verkehrter Stelle, wie sich nun herausstellt. Großvater Krause war Melker gewesen, die Familie wechselte öfters den Arbeitsplatz und hatte zuletzt in Uderwangen gewohnt. Also stöberte ich meinen treuen „Niekammer" durch, das für mich unerläßliche Güter-Adreßbuch, und – fand wieder kein Allsitt, dafür aber ein „Altsitt". Einen Hof in der Gemeinde Norgehnen, zum Kirchspiel Arnau gehörend, 17 Kilometer von Königsberg entfernt, nördlich des Pregels gelegen, Besitzer **Fritz Droeger**. So, liebe Frau Wolski, jetzt fehlt eigentlich nur noch als Sahnetüpfelchen – nein, lieber „Schmandklacks" –, daß sich ehemalige Bewohner von Allsitt oder Norgehnen finden, die Ihnen ein bißchen mehr über den Geburtsort Ihrer Mutter sagen und wie sie ihn vielleicht auf Ihrer nächste Reise finden können. Einen russischen Namen gibt es nicht, vielleicht existiert der Hof nicht mehr, dem Erdboden gleich gemacht wie so viele Höfe in unserer Heimat. (Inge Wolski, Moselstraße 6, 41517 Grevenbroich, Telefon 0 21 81 / 18 69.)

Auch Herr **Peter Jablonski** wollte auf einer Heimreise seinen Geburtsort aufsuchen, fand ihn auch, und war sehr ernüchtert ob des heutigen Zustandes. Auch darüber, daß er keinerlei Auskunft über die Familie erhielt, die seiner Mutter und ihren fünf Kindern in der schlimmen Zeit sehr geholfen hatte und nach der er schon lange sucht. Bei dem Ort handelt es sich um Kaimen, Kreis Labiau, wo Peter Alfred Jablonski am 27. Dezember 1943 geboren und am 10. April 1944 getauft wurde. Seine Patentante soll die Tochter der Gutsfamilie, **Anneliese Pudehl**, gewesen sein. Im August 1944 verließ die Mutter **Luise Jablonski** Kaimen und floh mit ihren fünf Kindern nach Westen, wurde nach Sachsen eingewiesen. Die Familie Pudehl hat ihr in vielfältiger Weise geholfen, wie der Sohn schreibt. Er hat sich immer bemüht, etwas über den Verbleib der Gutsbesitzerfamilie zu erfahren, bisher leider vergeblich. Aber nun ist unsere Ostpreußische Familie an der Reihe, und wie ich sie kenne, dürfte Herr Jablonski einige Zuschriften bekommen, die ihm endlich Gewißheit bringen. (Peter Alfred Jablonski, Am Zimmersberg 42, 07338 Kaulsdorf.)

**Eure**

Ruth Geede

**Ruth Geede**

**„Unsere Familie"** auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

# Wir gratulieren ...



ZUM 102. GEBURTSTAG

**Glatt**, Gertrud, geb. **Beck**, verw. **Kock**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Donaustraße 24, 78244 Gottmadingen, am 8. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

**Herfeldt**, Otto, aus Wilken, Kreis Ebenrode, jetzt Elver Kamp 6, 29223 Celle, am 9. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

**Bieber**, Betty, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Schillerstraße 23, 69214 Eppelheim, am 9. Juli

**Nipp**, Anni, geb. **Wrobel**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, jetzt August-Imhoff-Straße 39, 50259 Pulheim, am 9. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

**Warich**, Auguste, geb. **Engelberg**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Schöntal 3, 42655 Solingen, am 11. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

**Schemmerling**, Elisabeth, geb. **Bohlien**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Pfarrer-Reiff-Straße 23, 52441 Linnich / Welz, am 9. Juli

**Seidel**, Ottilie, aus Lötzen, jetzt Marklissaweg 3, 31224 Peine, am 9. Juli



ZUM 97. GEBURTSTAG

**Janz**, Herta, geb. **Böttcher**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, jetzt Königsberger Straße 15, 21683 Stade, am 10. Juli

**Meding**, Maria, geb. **Jeschkowski**, aus Königsberg-Juditten, jetzt c/o Jeggert, Am Küstenholz 8, 23611 Bad Schwartau, am 30. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

**Lison**, Helene, geb. **Schöntaub**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Einsteinstraße 3, 17036 Neubrandenburg, am 9. Juli

**Schopies**, Käthe, geb. **Sontowski**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedrich-Karl-Straße 27, 67655 Kaiserslautern, am 12. Juli

**Tetzlaff**, Werner, aus Königsberg, jetzt Seniorenanlage der AWO, Büchener Weg 8 A, 21481 Lauenburg, am 10. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

**Lengowski**, Josef, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Langenbeckstraße 16, 45130 Essen, am 5. Juli

**Neumann**, Rolf, aus Treuburg, jetzt Hindenburgstraße 7 / An der Ihle, 28717 Bremen, am 12. Juli

**Schorsch**, Marianne, geb. **Fengler**, aus Ogrodtken, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Lau-Straße 27, 40474 Düsseldorf, am 10. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

**Heyn**, Helmut, aus Legenquell, Kreis Treuburg, jetzt Tulpenstraße 5, 27374 Visselhövede, am 11. Juli

**Hollack**, Lieselotte, geb. **Preuß**, aus Lyck, jetzt Thüringer Straße 31, 27749 Delmenhorst, am 10. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

**Echtner**, Hedwig, geb. **Treziak**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schloßberger Straße 25, 40789 Monheim, am 11. Juli

**Gelberg**, Gisela, geb. **Meyhöfer**, aus Wehlau, jetzt Birkenstraße 40, 40233 Düsseldorf, am 10. Juli

**Hornke**, Ida, geb. **Schlicht**, verw. **Möhrke**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Meileriweg 131, OT Gr. Liedern, 29525 Uelzen, am 13. Juli

**Nendza**, Gertrud, geb. **Samsel**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Kohlenstraße 54, 45289 Essen, am 9. Juli

**Roweck**, Johanna, aus Aulacken, Kreis Lyck, jetzt Freiherr-vom-Stein-Straße 23, 58762 Altena, am 13. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

**Bartsch**, Ernst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Hauptstraße 5, A-5302 Henndorf / Salzburg, am 9. Juli

**Behrendt**, Hedwig, geb. **Zich**, aus Wehlau, jetzt Fichtenstraße 3, 58332 Schwelm, am 10. Juli

**Bellmann**, Hilda, geb. **Janz**, aus Anmut, Kreis Elchniederung, jetzt Bauernstraße 48, 71254 Ditzingen, am 7. Juli

**Lehmann**, Christel, geb. **Tschörner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Göttinger-Straße 19 A, 31162 Bad Salzdetfurth, am 8. Juli

**Nelz**, Waltraut, geb. **Wollnowski**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schwiringhaus Straße 16, 44359 Dortmund, am 13. Juli

**Wandt**, Gisela, aus Ortelsburg, jetzt Frankenstraße 25, 74199 Untergruppenbach, am 9. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

**Cudnochowski**, Anna, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, jetzt Schönblick 3, 35756 Mittenaar, am 3. Juli

**Eisen**, Margarete, geb. **Maleikat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Sportplatz 1, 74182 Obersulm, am 10. Juli

**Golembek**, Bernhard, aus Lauken, Kreis Lötzen, jetzt Kammerstraße 50, 47057 Duisburg, am 13. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

**Etzel**, Ursula, geb. **Schwarz**, aus Königsberg, jetzt Basedowstraße 41, 99610 Sömmerda, am 2. Juni

**Gardner**, Lydia, geb. **Thielert**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Depstraße 27, 33102 Paderborn, am 7. Juli

**Hinz**, Irene, geb. **Erzigkeit**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Buchwald 33, 63150 Heusenstamm, am 8. Juli

**Kelch**, Lotte, geb. **Mellenthin**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Regerstraße 93, 42657 Solingen, am 8. Juli

**Koth**, Margarete, geb. **Kilbinski**, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt Moislinger Allee 173, 23558 Lübeck, am 7. Juli

**Kromik**, Hildegard, geb. **Teschner**, aus Lyck, jetzt Landfurt 31, 34414 Warburg, am 11. Juli

**Kukowski**, Editha, geb. **Steinke**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Weltersbach 9, 42799 Leichlingen, am 12. Juli

**Lin**, Christel **van**, geb. **Spieß**, aus Gusken, Kreis Lyck, jetzt Arendseer Straße 16, 57271 Hilchenbach, am 13. Juli

**Lux**, Charlotte, geb. **Fischer**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Pfauenweg 14, 32130 Enger, am 11. Juli

**Markowski**, Werner, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Dieter-Bonhöffer-Straße 24, 42477 Radevormwald, am 10. Juli

**Meyrath**, Alfred, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Fünfhausen 39, 27726 Worpswede, am 7. Juli

**Möller**, Gerda, geb. **Ewert**, aus Neu Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hamburger-Straße 88, 21493 Schwarzenbeck, am 13. Juli

**Moser**, Gerda, geb. **Eder**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, jetzt Frankenstraße 37, 53859 Niederkassel, am 13. Juli

**Pifke**, Grete, geb. **Zelustek**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Bergmann Weg 20, 49090 Osnabrück, am 13. Juli

**Reichhardt**, Gertrud, geb. **Hermanski**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Reventlowstraße 16, 24539 Neumünster, am 9. Juli

**Richter**, Gertrud, geb. **Hölzel**, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Wigbertstraße 58, 32130 Enger, am 7. Juli

**Rohde**, Erna, geb. **Szomm**, aus Wehlau, jetzt Am Tierhof 30, 29664 Walsrode, am 13. Juli

**Ruskowski**, Heinz, aus Kreis Neidenburg, jetzt Hauptstraße 15, 06577 Hauteroda, am 13. Juli

**Scheffler**, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Ulrichstraße 14, 71672 Marbach, am 10. Juli

**Siebert**, Edeltraut, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt Rennstraße 5, 41751 Viersen, am 7. Juli

**Strömer**, Erna, geb. **Bauer**, aus Wehlau, jetzt Leonhard-Frank-Straße 10, 13156 Berlin, am 12. Juli

**Swiedelsky**, Dorothea, geb. **Swiedelsky**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Wandsbecker Chaussee 15, 22089 Hamburg, am 13. Juli

**Szyk**, Liselotte, geb. **Broese**, aus Arys, Kreis Lötzen, jetzt Seestraße 26, 23701 Eutin, am 11. Juli

**Trixa**, Dr. Paul, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Juri-Gagarin-Ring 136, 99084 Erfurt, am 11. Juli

**Twardy**, Annelie, geb. **Haensch**, aus Wehlau, jetzt Nonnenweg 73, 51503 Rösrath, am 4. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

**Baethke**, Gerda, geb. **Petereit**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Lederbach 31, 57258 Freudenberg, am 12. Juli

**Beyenbach**, Inge, geb. **Ohlemeyer**, aus Lyck, jetzt Immenstraße 7, 32427 Minden, am 11. Juli

**Creuzer**, Jutta, aus Königsberg, jetzt Heideweg 25, 34246 Vellmar, am 12. Juli

**Czernetzki**, Lieselotte, aus Lichtenfeld, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schlesier Straße 15, 27299 Langwedel, am 10. Juli

**Drott**, Maria, geb. **Goldmann**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Bergstraße 11, 37139 Adelebsen, am 10. Juli



**Götten**, Ingeborg, geb. **Toll**, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wehdener Straße 1, 27619 Schiffdorf, am 8. Juli

**Heinz**, Ernst, aus Kischken, Kreis Ebenrode, jetzt Rosenstraße 3, 31311 Uetze, am 11. Juli

**Herold**, Gotthold, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, jetzt Steinweg 2, 08371 Glauchau, am 11. Juli

**Hirte**, Elly, geb. **Kohn**, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Orchideenweg 63, 12357 Berlin, am 7. Juli

**Jackschies**, Hildegard, geb. **Kahnert**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Niemöller-Privatweg 12, 39112 Magdeburg, am 12. Juli

**Jung**, Margarete, geb. **Kitt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Struvesteig 5, 10589 Berlin, am 13. Juli

**Keller**, Benno, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Stuttgarter Straße 4, 33659 Bielefeld, am 12. Juli

**Klinger**, Hans, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, jetzt Peter-Genelich-Straße 18, 53474 Bad Neuenahr, am 13. Juli

**Klitzke**, Herta, geb. **Stennull**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, jetzt Uhlandstraße 33, 72461 Albstadt, am 10. Juli

**Knoche**, Irmgard, aus Tilsit-Ragnit, jetzt Wittenerstraße 19, 06766 Wolfen, am 27. Juni

**Krosta**, Heinz, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Otto-Grotewohl-Straße 2, 19370 Parchim, am 12. Juli

**Krüger**, Wanda, geb. **Zimmermann**, aus Seckenburg, Kreis Elchniedrung, jetzt Dorfstraße 13, 39356 Eschenrode, am 13. Juli

**Lankau**, Artur, aus Wiese, Kreis Mohrungen, jetzt Mittelweg 1, 19273 Wehningen, am 12. Juli

**Lütjens**, Ellisabeth, geb. **Deptolla**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Stegemannsweg 99, 45897 Gelsenkirchen, am 8. Juli

**Machel**, Margarete, aus Weidenkreutz, Kreis Ebenrode, jetzt Kreis Lüchow-Dannenberg, 29499 Riebrau, am 13. Juli

**Mikalauski**, Hans, aus Stragnaprökuls, Kreis Memel, jetzt Am Kaltbruche 1 D, 30455 Hannover, am 10. Juli

**Nickel**, Lothar, aus Lyck, jetzt Krautstraße 3, 42719 Solingen, am 9. Juli

**Onischke**, Herbert, aus Schallen, Trimmau, Kreis Wehlau, jetzt Mörikestraße 3, 74372 Sersheim, am 13. Juli

**Opatz**, Hildegard, aus Ebenrode, jetzt Goethestraße 21, 06844 Dessau, am 25. Juni

**Pätzke**, Grete, aus Bißnen, Kreis Ebenrode, jetzt Soester Straße 45, 44145 Dortmund, am 9. Juli

**Pawlow**, Edith, geb. **Anderleit**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Thedinghauser Straße 111, 28201 Bremen, am 10. Juli

**Pelzer**, Herta, geb. **Petrikowski**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Tevernstraße 2 A, 40472 Düsseldorf, am 8. Juli

**Rogge**, Jürgen, aus Tapiau, Markt, Kreis Wehlau, jetzt Jakob-Kneip-Straße 74, 40595 Düsseldorf, am 10. Juli

**Roß**, Elfriede, geb. **Sedello**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt An den Teichen 24, 38723 Seesen, am 11. Juli

**Scherließ**, Dr. Klaus, aus Heydekrug, Kreis Memelland, jetzt Puschkinstraße 28, 06385 Aken / Elbe, am 9. Juli

**Schirmacher**, Heinz, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heider Straße 33 A, 25779 Hennstedt, am 8. Juli

**Schmiegel**, Erich, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Fahlenkampsweg 28, 23562 Lübeck, am 11. Juli

**Schmitt**, Eva, geb. **Gratzik**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, jetzt Holzstraße 174, 44869 Bochum, am 7. Juli

**Stein**, Gerda, geb. **Mattschuck**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, jetzt Triftstraße 46, 57258 Freudenberg, am 13. Juli

**Sterly**, Ilse, geb. **Kahnert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Riesebusch 29 C, 23611 Bad Schwartau, am 11. Juli

**Tietz**, Willi, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, jetzt Flootlock 34, 29225 Celle, am 10. Juli

**Trutenat**, Walter, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, jetzt Wehldorf 33, 27404 Gyhum, am 8. Juli

**Weiskopf**, Waltraud, geb. **Glaß**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Bergstraße 12, 36132 Eiterfeld, am 12. Juli




**Zilian**, Fritz, und Frau Ruth, geb. **Hoffmann**, aus Kreuzburg, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Clemensstraße 5, 53332 Bornheim, am 30. Juni




**Faltin**, Siegfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, und Frau Inge, geb. **Luchow**, jetzt Auf dem Papenstein 18, 21385 Amelinghausen, am 11. Juli

## Hörfunk & Fernsehen

**Sonnabend**, 5. Juli, 17.50 Uhr, N24: Nürnberg – Görings letztes Gefecht.

**Sonnabend**, 5. Juli, 22.10 Uhr, n-tv: Spitfire – Luftkrieg über England.

**Sonntag**, 6. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

**Sonntag**, 6. Juli, 19.45 Uhr, BR: Alles auf Anfang – Währungsreform am 20. Juni 1948.

**Montag**, 7. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Der letzte Umzug – Mutter geht ins Heim.

**Donnerstag**, 10. Juli, 22.05 Uhr, N24: N24 History – Als der Krieg nach Deutschland kam.

**Freitag**, 11. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Nelson Mandela – Zwischen Vision und Wirklichkeit.

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

## Ostpreußischer Heimatgottesdienst

**Hamburg** – Sonntag, 13. Juli, 10 Uhr, Ostpreußischer Gottesdienst mit Pastorin Rosemarie Wagner-Gehlhaar in der St. Johanniskirche, Bremer Straße 9, 21073 Hamburg. Informationen erteilt Kurt Wendland, Telefon (0 40) 7 60 28 31.

## Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2008

2. August: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)

26. bis 28. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10. bis 12. Oktober: 6. Kommunalpolitischer Kongreß in Allenstein

13. bis 19. Oktober: 54. Werkwoche in Bad Pyrmont

24. bis 26. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont

8. / 9. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Jahr 2009

7. / 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

25. / 26. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen

1. August: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

**Nähere Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26. Auf die einzelnen Veranstaltungen wird in der *PAZ / Das Ostpreußenblatt* noch gesondert hingewiesen (Änderungen vorbehalten).**

## Busreise nach Hinterpommern

**Braunschweig** – Der „Glatzer Gebirgs-Verein (GGV)“ möchte als schlesischer Heimatverein auch die anderen deutschen Ostgebiete kennenlernen und unternimmt daher eine Urlaubsreise mit dem Bus nach Hinterpommern an die Bernsteinküste vom 14. bis 21. September mit einem umfangreichen Ausflugsprogramm. Die Übernachtungen mit Halbpension erfolgen in einem Drei-Sterne-Hotel in Kolberg. Die Ausflüge mit einem ortskundigen Reiseleiter sind im günstigen Reisepreis enthalten und führen in die Pommersche Schweiz, nach Danzig und Zoppot, nach Köslin mit einer Bähnlefahrt zu den Wanderdünen bei Leba und in das Freilichtmuseum Klucken sowie auf die Insel Wollin und nach Misdroy. Außerdem sind ein Seemannsabend, die Fahrt mit einem Piratenschiff und ein Folkloreabend im Programm. Für die ganze Reisegruppe wird auch ein Versicherungspaket gebucht. Nähere Informationen und baldige Anmeldungen bei: Christian Drescher, Telefon (0 53 03) 92 12 32.

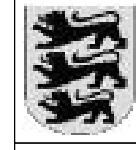
# LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
# LANDESGRUPPEN




Vors.: Stefan Hein, Geschäftsstelle: Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 4 14 00 80, E-Mail: schmelter@ostpreussen-info.de, Internet: www.ostpreussen-info.de

**BJO** – Vom 20. Juli bis 3. August findet die traditionelle Kinderfreizeit in Otterndorf, Kreis Cuxhaven (mit der Kreisgemeinschaft Schloßberg) für Kinder von zehn bis 14 Jahren statt. Es sind noch Plätze frei. Anmeldung und Informationen unter E-Mail: bjo@ostpreussen-info.de oder Norbert Schattauer, Telefon (0 47 57) 4 63.

**BJO-West** – Sonntag, 13. Juli, Teilnahme am „Kleinen Ostpreußentreffen" auf Schloß Burg bei Solingen unter anderem mit einem Werbestand. BJO-Mitglieder und Freunde sind herzlich zum Mitmachen eingeladen. Keine Anmeldung nötig. Mehr Informationen im Internet: www.kleines-ostpreussentreffen.de.vu.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

**Buchen** – Donnerstag, 3. Juli, 15 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe auf dem Reiterhof bei Hettingen. Es soll ein Treffen in sommerfroher Runde bei Spiel und Gesang werden. Mitfahrmöglichkeiten in Buchen / Musterplatz und Edeka um 14.30 Uhr.

**Heidelberg** – Sonntag, 13. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Leonardo. Thema der Zusammenkunft: „Louis Corinth". Gäste sind herzlich willkommen.

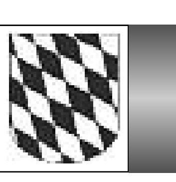
**Lahr** – Donnerstag, 3. Juli, 19 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in der „Krone", Dinglinger Hauptstraße 4.

**Schwäbisch Hall** – Auf Wunsch vieler Mitreisender, unternahm die Gruppe in diesem Jahr ihre 13. große Reise nach Schlesien und Prag. Schwerpunkt war in diesem Jahr das sagenumwobene Reich Rübezahl. Die ersten drei Tage verbrachte man im Riesengebirge in Krummhügel. Von dort unternahme die Gruppe Fahrten und Spaziergänge in die bekanntesten Orte. Ein etwas schwieriger Trampelpfad führte erst zur romantischen Stabskirche Wang aus dem 13. Jahrhundert, die Friedrich Wilhelm IV in Krummhügel bauen ließ. Weiter ging es nach Agnedendorf in das „Haus Wiesenstein". Hier lebte und wirkte Jahrzehnte lang der große deutsche Dichter Gerhard Hauptmann, der das Schicksal der Vertreibung in den Jahren 1945 und 1946 erleiden mußte. In den malerischen und verträumten Dörfern nutzten vor Jahrhunderten die schlesischen „Laboranten" den Kräuterreichtum der Gegend um Krummhügel zur Herstellung von Arzneimitteln. Sie verkauften ihre Produkte weit über Schlesien hinaus. Zum Abschluß des Tages besuchten wir Hirschberg. Der größte Ort dieser Region mit über 90000 Einwohnern. Die Entwicklung der Stadt ist eng verbunden mit den Tuch- und Leinenwebereien. Ein Spaziergang durch den hübschen Hirschberg Ring mit seinen Laubenhäusern lädt zu einem Bummel ein, sowie dazu, die berühmte Gnadenkirche zu betrachten. Diese weist Stilperioden vom 16. bis 19. Jahrhundert auf, wobei die Barock- und Rokokoformen überwiegen. Der dritte Tag war recht aufregend, schließlich wollte man die ganze Bergwelt mit ihrer Schönheit bewundern und von der Schneekoppe alles in Augenschein nehmen. Die Taxen warteten vor dem Hotel auf die Gäste, die nicht besonders gut zu Fuß waren, der Rest marschierte zur Teilmannbaude. Ein Sessellift brachte alle Teilnehmer bis zur „Kleinen Koppe" auf 1375 Meter Höhe. Von dort ging es über Schnee und Geröll zum „Schlesier-Haus". Die mutigen und recht jugendlichen und junggebliebenen Reiseteilnehmer ließen sich die einmalige Chance nicht nehmen, auf die Schneekoppe zu wandern und die Bergwelt von ganz oben zu betrachten. Am nächsten Tag ging es erst in die Zisterzienserabtei nach Grüssau, eine der bedeutenden Klosteranlagen Europas. Grüssau ist auch der älteste Wallfahrtort Schlesiens. In diesem Kloster erhalten die Armen ein kostenloses Mittagessen. Weiterfahrt in die Waldenburger Berge, ein Land der Schlösser und unterirdischen Labyrinthe. Einmalig schön liegt das in der malerischen Umgebung gelegene Schloß Fürstenstein, Jahrhunderte lang Stammsitz der Grafen von Hochberg. Nicht zu vergessen Schweidnitz, die Friedenskirche als einziges ev. Gotteshaus im weiten Umkreis, mußte möglichst vielen Kirchgängern Platz bieten (6000 fanden dort ihren Einlaß). Der bescheiden wirkende Fachwerkbau überrascht Kunstliebhaber mit seinem einmaligen prunkvollen Inneren. Am fünften Tag wollten etliche Teilnehmer ihre Heimat besuchen, sowie einige die Scholle der Eltern oder Großeltern wiedersehen. Bei der Stadtführung wurden viele Sehenswürdigkeiten Breslaus besichtigt, unter anderem die St. Johannes Kathedrale, die von höchstem kunsthistorischem Wert ist. Die imposante gotische Basilika beherbergt mit den Kapellen wahre Schätze. Ein einmaliges Gesamtkunstwerk aus Architektur, Skulptur und Freskomalereien ist der prächtige Saal der Breslauer Universität. Die Aula Leopoldina wurde nach ihrem Stifter benannt. Sehenswert ist auch der von wunderschönen Giebelhäusern umgebene Breslauer Ring, dessen Mittelpunkt das kunstvolle gotische Rathaus bildet. Seitdem Polen Anschluß an Westeuropa sucht, ist die niederschlesische Hauptstadt mächtig in „Bewegung" geraten. Breslau mausert sich zu einer pulsierenden Metropole. Für die Jugend keine Zeit für Nostalgie: deutsch oder polnisch? in Breslau tut sich was. Aus einer Aufzeichnung, kann entnommen werden, daß Breslaus lückenlos seit 1287 vorhandene Ratsline beweist, daß die Stadt bis 1945 nur von Deutschen regiert wurde. Der nächste Tag führte ins Glatzer Bergland. Glatz wurde 1223 als Hauptstadt des Glatzer Landes gegründet und hat heute rund 32000 Einwohner. Die Stadt liegt auf der Terrasse am Hang der Sudeten. Steile, kopfsteingepflasterte Gassen führen zu wertvollen Baudenkmälern. Den Mittelpunkt der auf einer Insel gelegenen Altstadt mit dem neogotischen Rathaus bilden der Löwenbrunnen aus dem Jahre 1700 und die Mariensäule von 1682. Natürlich besichtigte man die Festungsruine, die Friedrich der Große erbauen ließ. Diese dominiert die Altstadt. Anschließend unternahm man einen Abstecher nach Albendorf, dem schlesischen Jerusalem, ein prächtiger Wallfahrtsort Polens, auch bekannt durch die Schädelkapelle. Diese ist mit rund 4000 menschlichen Knochen und Schädeln ausstaffiert. Weiter ging es durch das Glatzer Bergland, durch die Badeorte Bad Reinerz und Bad Kudowa zur Grenze Tscheschien nach Prag. Der siebte Tag begann mit der Stadtführung durch die Goldene Stadt Prag mit ihren zahlreichen Sehenswürdigkeiten, zu denen die Prager Burg mit dem St. Veits-Dom, die Karlsbrücke und die prächtigen Bauten der Altstadt gehören. Auf der Heimreise machte man noch einen Abstecher in Pilsen und besuchten die Pilsener Urquell Brauerei. Natürlich waren alle schon etwas traurig und wehmütig, daß die schöne, abwechslungsreiche und gelungene Reise zu Ende ging. Aus mitfahrenden Gästen waren reizende und recht aufgeschlossene Freunde geworden. Ein Trost blieb: alle sehen sich am 22. November zum Film und Grützwurstessen im Lindach Schwäbisch-Hall wieder.

**Schwenningen** – Donnerstag, 3. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Senioren im Restaurant Thessaloniki. Es werden Geschichten aus der ostdeutschen Heimat vorgelesen.

**Stuttgart** – Dienstag, 15. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, kleiner Saal. Unter dem Motto: „Heimat deine Sterne" werden bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten vorgestellt. Wie immer: bitte Kuchen und ein freie Stimme mitbringen.

**Ulm / Neu-Ulm** – Sonntag, 13. Juli, 17.30 Uhr, Ost- Südostdeutscher Volkstumsabend im Saal des Bürgerzentrums Eselsberg.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

**Ansbach** – Sonntag, 13. Juli, 13 Uhr, Heimatfestumzug. Daran nimmt die Gruppe zusammen mit allen Ansbachern Landsmannschaften teil.

**Augsburg** – Sonnabend, 28. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Riedinger Park, Wolfgangstraße. W. Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ellingen, referiert zur Geschichte der Salzburger Exulanten.

**Fürstenfeldbruck** – Freitag, 4. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Auf der Lände.

**Landshut** – Dienstag, 1. Juli, Ausflug nach Kelheim und mit dem Schiff nach Berching. Zeitablauf und Programme für Spaziergänger und Wanderer werden nachgereicht. – Dienstag, 15. Juli, 14 Uhr, Treffen zum geselligen Beisammensein im Gasthaus Zur Insel.

**Nürnberg** – Freitag, 11. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus". Es wird der Videofilm „Mein geliebtes Memelland" gezeigt.

**Starnberg** – Donnerstag, 10. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bayerischen Hof".

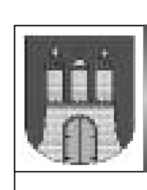
**Weißenburg-Gunzenhausen** – Sonntag, 6. Juli, 11 Uhr, Besuch der Ansbacher Rokoko-Festspiele: „Große Feldmusik mit Parade der markgräflichen Haustruppen aus Anlaß des Besuchs des preußischen Königs Friedrich des Großen" im Innenhof der Markgräflichen Residenz zu Ansbach. Gemeinsame Anfahrt mit dem Pkw, Sitzplatzreservierung bei dem Vorsitzenden.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

**Bremen** – Dienstag, 8. Juli, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe beim Roten Turm auf der Domsheide. Nähere Auskünfte erteilt Frau Kunz, Telefon 47 18 74. Die Geschäftsstelle erreicht man in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18.



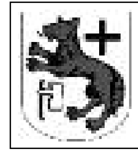
HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (0 40) 5 22 43 79

LANDESGRUPPE

**Sonnabend**, 9. August, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Sommerfest im Landhaus Walter, Hindenburgstraße 2, U-Bahn Borgweg. Der Eintritt ist frei. Anmeldungen bis zum 25. Juli beim Gruppenleiter. Gäste herzlich willkommen. Anmeldung bei Hartmut Klingbeutel, Telefon (0 40) 44 49 93.

HEIMATKREISGRUPPEN



**Heiligenbeil** – Sonntag, 20. Juli, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab U-Bahnhof Wandsbek Markt – Hammer Kirche und U-Bahnhof Billstedt, bis Haltestelle Bauerberg. Von hier sind es noch zwei Minuten Fußweg bis zum AWO-Seniorentreff. Es wird der Film gezeigt: „Mit der Samlandbahn von Königsberg in die Seebäder der Ostseeküste". Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvorführung: 5 Euro. Anmeldungen bis spätestens 19. Juli bei K. Wien, (0 41 08) 49 08 60 (bis 10. Juli) und ab dem 13. Juli, unter Telefon (0 40) 30 06 70 92.



**Sensburg** – Sonntag, 6. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grillfest im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei K. Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 7 27 67.

BEZIRKSGRUPPEN

**Hamburg / Billstedt** – Dienstag, 1. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Ärztehaus, Restaurant, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Gäste willkommen. Anmeldung bei Amelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

**Harburg / Wilhelmsburg** – Montag, 30. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Es gibt einen Liedernachmittag mit Gerta Heikeon. Sie ist Mitglied der „Dittchenbühne Hamburg" und singt mit der Gruppe Küchenlieder und Moritaten und begleitet sich selbst auf der Laute.

FRAUENGRUPPE

**Hamburg-Bergedorf** – Freitag, 27. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Sozialen Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Motto der Zusammenkunft: „Wir begrüßen den Sommer mit

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Geschichten und Märchen des Danziger Dichters Robert Reinick".



**HESSEN**

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

**Bergstraße** – Sonntag, 29. Juni, 11 Uhr, Sommerfest im Haus des Geflügelzuchtvereins Reichenbach. Zum Mittagessen gibt es Prager Schinken und verschiedene Salate, Kaffee und Kuchen. Um Kuchenspenden wird gebeten.

**Hanau** – Mittwoch, 9. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.



**NIEDERSACHSEN**

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68.

**Delmenhorst** – Dienstag, 1. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauen- und Männergruppe in der Delmeburg sowie in der ostdeutschen Heimatstube. – Mittwoch, 16. Juli, Tagesausflug mit der Bahn nach Cuxhaven zur „Alten Liebe", mit Hafenrundfahrt. Anmeldung bei Georg Jakubeit, Telefon 1 76 18. – Dienstag, 12. August, Tagesausflug nach Bremerhaven zum Auswanderermuseum. Anmeldung bei Irmgard Lange, Telefon 5 02 26.

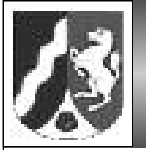
**Göttingen** – Sonnabend, 19. Juli, 14.30 Uhr, Sommerfest auf dem Grillplatz im Holtenser Forst. Ein Bus wird wie üblich eingesetzt. Anmeldungen bis zum 12. Juli an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (05 51) 6 36 75.



**Hildesheim** – Donnerstag, 10. Juli, 15 Uhr, Treffend der Gruppe in der Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße. Es werden ostpreußische Redewendungen und Sprichwörter vorgetragen.

**Osnabrück** – Als Ziel für die diesjährige Tagesfahrt hatte die Frauengruppe unter Leitung von Marianne Regier Bad Nenndorf gewählt. Das Bad wurde im Jahr 1787 gegründet, denn es verfügt über Moor, Schwefel und Sole, die bei vielen Krankheiten helfen. Zunächst wurde das Agnes-Miegel-Haus angesteuert, wo die Gruppe angemeldet war und von einer Betreuerin des Hauses herzlich empfangen wurde. Diese gab interessante Informationen über den Lebensweg von Agnes Miegel, die am 9. März 1879 in Königsberg geboren wurde. Bereits seit 1901 wurde sie durch ihre Gedichte bekannt. 1924 verlieh ihr die Universität von Königsberg die Ehrendoktorwürde. Im Februar 1945 flüchtete Agnes Miegel über die Ostsee nach Dänemark, wo sie bis 1946 im Lager Oxböl verblieb. Seit 1948 lebte sie bis zu ihrem Tod am 26. Oktober 1964 in Bad Nenndorf. heute ist das Haus, welches seinerzeit von der Agnes-Miegel-Gesellschaft erworben wurde, Gedenkstätte und Museum. Die Gruppe hatte Gelegenheit, die Räume zu besichtigen, die zum Teil so erhalten geblieben sind, wie Agnes Miegel sie verlassen hat. Anschließend war die Möglichkeit gegeben, Bücher von Agnes Miegel zu erwerben. Im Parkhotel kehrte die Gruppe zu Mittag ein. Anschließend blieb noch genügend freie Zeit, um sich in dem hübschen Kurort umzusehen. Alle waren sich einig, daß es ein erlebnisreicher Ausflug war.

**Rinteln** – Donnerstag, 10. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Kassel, großer Saal, Klosterstraße 42, Rinteln. Der Vorsitzende wird über „die deutsche Ostgrenze im Wandel der Zeiten" referieren. Mitglieder und Freunde sowie interessierte Gäste sind herzlich willkommen. – Beim letzten Treffen wurden die vorgesehenen Themen für weitere Veranstaltungen – jeden zweiten Donnerstag im Monat, jeweils 15 Uhr an gleicher Stelle – in diesem Jahr besprochen: Dampflokomotiven, die einzigen Maschinen, die wirklich leben; Von Westpreußen ins Schaumburger Land; Wappen, Flaggen und Nationalhymnen unter anderem. Außerdem ist nur für Mitglieder ein Ausflug geplant. Weitere Auskünfte und Informationen bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (0 57 51) 30 71, oder Joachim Rebuschat, Telefon (0 57 51) 53 86.



**NORDRHEIN-WESTFALEN**

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

**Landesgruppe** – Sonntag, 13. Juli, 11 Uhr, Kulturveranstaltung der Landesgruppe auf Schloß Burg, Solingen, auf der Freifläche vor der Gedenkstätte des Deutschen Ostens. Die Kundgebung beginnt um 14 Uhr.

**Bonn** – Dienstag, 1. Juli, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Sommerstammtisch – Gedankenaustausch" im Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74.

**Düren** – Sonntag, 13. Juli, 10.30 Uhr, Fahrt der Gruppe zur Kulturveranstaltung der Landesgruppe auf Schloß Burg. Die Abfahrt erfolgt von der Holzstraße 7 a, Fahrpreis: 20 Euro pro Person. Anmeldungen unter Telefon (0 24 21) 4 21 76.

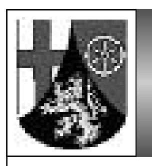
**Gütersloh** – Montag, 7 Juli, 15 Uhr, Treffen Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt: Ursula Witt, Telefon 3 73 43. – Dienstag, 8. Juli, 15 Uhr, Treffen der Ostpreußischen Mundharmonika-Gruppe in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt: Bruno Wendig, Telefon 5 69 33.

**Haltern** – Donnerstag, 3. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff.

**Köln** – Dienstag, 1. Juli, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghaus International, St. Apern / Helenenstraße 32. Es gibt Berichte: „Ostpreußen mit Schiff und Auto" und die Jahreshauptversammlung mit Wahl.

**Mönchengladbach** – Montag, 7. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Lokal Bürgerklause.

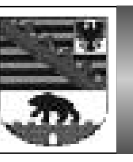
**Neuss** – Sonnabend, 12. Juli, 12 Uhr, großes ostpreußisches Grillfest der Gruppe in der St.-Cornelius-Pfarre, Euskirchener Straße, Neuss-Erfttal, zu erreichen mit der Buslinie 849. Der Eintritt ist frei. Eingeladen sind alle Ostpreußen, alle Mitglieder der anderen Landsmannschaften, aller Erfttaler und Neusser. Angeboten werden: ostpreußische Spezialitäten vom Grill, Kaffee und selbstgebackener Kuchen, alkoholfreie Getränke, Bier vom Faß und ostpreußische Spirituosen.



**RHEINLAND-PFALZ**

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

**Mainz** – Freitag, 11. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



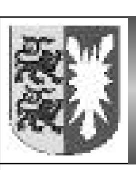
**SACHSEN-ANHALT**

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

**Aschersleben** – Mittwoch, 2. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus", Hechnerstraße 6, 06449, Aschersleben.

**Dessau** – Montag, 7. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

**Gardelegen** – Freitag, 27. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte VS Gardelegen. Gemütliches Beisammensein mit Auswertung der Fahrten steht auf dem Programm.



**SCHLESWIG-HOLSTEIN**

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

**Fehmarn** – Der letzte Ausflug der Gruppe führte die 40 Mit-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

## Programm des Ostpreußischen Landesmuseums

**Lüneburg** – Noch bis 7. September 2008 läuft die Kabinettausstellung „Heydekrug und Holstein – Landschaften von Horst Skodlerrak". „Museum erleben" lautet die Devise jeden Dienstag, jeweils 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr, Eintritt: 4 Euro (inklusive Kaffee, Tee und Gebäck). Am 21. Juli kann der geneigte Besucher einen kleinen Gang durch die Kulturgeschichte: „Die deutsch-baltische Schatzkammer" mit Führung und Gespräch unternehmen. Am 15. Juli gibt es Gesellschaftskritik um 1900: Herrmann Sudermanns „Heimat", deutscher Spielfilm von 1938 unter anderem mit Heinrich George und Zarah Leander.

Veranstaltung der Museumspädagogischen Abteilung: Sommer-Ferienprogramm vom 4. bis 8. August 2008: Der kleine Guckkasten: Sommerlandschaften gestaltet und gemalt – Ein Ferienprogramm für Kinder von 7 bis 12 Jahren im Rahmen der Sonderausstellung „Heydekrug und Holstein – Landschaften von Horst Skodlerrak". An insgesamt vier Werkstationen können die Kinder sich schöpferisch und handwerklich üben. Der Künstler Skodlerrak mit seinen kleinen Formaten wird die Teilnehmer anregen, selbst auf kleinen Hartfaserplatten mit Öl und Acrylfarbe zu malen, Rahmen für die Bilder zu bauen und verschiede Drucktechniken auf Postkarten auszuprobieren. Als besondere Herausforderung werden wir wie ein Architekt Modelle bauen und in selbst hergestellten Guckkästen durch optische Täuschungen die große Welt im Kleinen entdecken.

Am letzten Tag der Ferienwoche sollen Eltern und Freunde in die erfahrenen Geheimnisse eingeweiht werden. In einer Ausstellung soll das kreative Ergebnis einer spannenden Woche präsentieren werden. Wann: 4. bis 8. August 2008, täglich von 13.30 bis 16.30 Uhr, Wo: Museumspädagogische Abteilung des Ostpreußischen Landesmuseums, Kosten: 28 Euro (inklusive. Material) pro Kind für eine Woche, Anmeldung unter Telefon (0 41 31) 75 99 50.

**Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 75 99 50, Fax (0 41 31) 7 59 95 11**



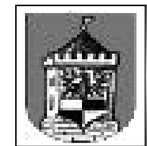


**L. Bingmann-Droese: Frauen waschen am Haff:**

Foto: Kalender

## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



### ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

**54. Angerburger Tage am 13. / 14. September 2008 in Rotenburg (Wümme)** – Die Angerburger Tage sind immer ein guter Anlaß, sich in der schönen Kreisstadt Rotenburg (Wümme) zu treffen und sich auszutauschen. Alle Angerburger sowie deren Nachkommen, Nachbarn und Heimatfreunde aus dem In- und Ausland sind wieder ganz herzlich zu den 54. Angerburger Tagen am 13. / 14. September 2008 nach Rotenburg (Wümme) eingeladen. Im Bürgersaal treffen sich alle Bewohner aus Stadt und Kreis Angerburg. Zu Beginn der 54. Angerburger Tage am 13. September, 9.30 Uhr, tagt der Kreistag (Delegiertenversammlung) der Kreisgemeinschaft im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses. Im Mittelpunkt der Sitzung stehen Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Zukunft der Sozialstation in Angerburg auf der Tagesordnung. Danach besteht Gelegenheit zu einer Busfahrt (Kaffeefahrt) nach Lauenbrück. Der Preis für die Busfahrt einschließlich Besichtigung einer Biogasanlage, Kaffee und Kuchen beträgt 10 Euro pro Person. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vom Hotel am Pferdemarkt ab. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung erforderlich unter Angabe der Personenzahl bis spätestens 28. August 2008 an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Die übrigen Besucher treffen sich ab 14.30 Uhr im Bürgersaal bei Kaffee und Kuchen oder besuchen das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Heimatmuseum. Das Angerburger Zimmer ist am Sonnabend und am Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet. Am Abend (20 Uhr) wird im Bürgersaal der Angerburger Kulturpreis 2008 durch den Landkreis Rotenburg (Wümme) vergeben. Alle drei Jahre wird dieser Preis ausgelobt, er ist mit 500 Euro dotiert. Danach steht eine Lesung mit Tatjana Gräfin Dönhoff auf dem Programm. Der 14. September beginnt um 9 Uhr mit einem Gottesdienst in der evangelischen Michaelskirche, Bischofstraße. Anschließend findet um 11 Uhr in der Aula des Ratsgymnasiums in der Gerberstraße eine Feierstunde statt. Landrat Hermann Luttmann vom Landkreis Rotenburg (Wümme) wird zu den Angerburgern sprechen. Gegenüber unserem Patenschaftsträger, der über 50 Jahre treu zu unserem Heimatkreis steht, können wir unseren Dank durch einen besonders guten Besuch der Feierstunde zum Ausdruck bringen. Bitte tragen auch Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten zum Erfolg der Angerburger Tage bei. Denken Sie auch daran, rechtzeitig ein Zimmer bei den bekannten Hotels in Rotenburg (Wümme) oder Umgebung zu buchen. Freuen Sie sich auf ein Wiedersehen und erfrischende Gespräche am 13. / 14. September 2008 in der Wümmestadt Rotenburg und bleiben Sie gesund.



### BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (0 93 49) 929252, Fax (0 93 49) 92 92 53, E-Mail: csgroeben@mx.de

**Vorstand der Kreisgemeinschaft in Bartenstein und Schippenbeil** – Auch in diesem Jahr reiste wieder der Vorstand der Kreisgemeinschaft – auf eigene Kosten – zu den „Internationalen Bartensteintagen 2008“. Ein umfangreiches Programm erwartete die Vorstandsmitglieder: Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Helmut Mischke am 30. Mai und anschließend ein festlicher Empfang mit Bankett im „Debowko“, dem früheren Gut Eichenbruch. Am 1. Juni dann Volksfest, mit Vorstellung der Landgemeinden der Gemeinde Bartenstein, und ein weiterer freundschaftlicher Kontakt mit der „Landbürgermeisterin“ Wójt Jadwiga Gut und ihren Mitarbeitern. Am 2. Juni dann gemeinsame Floßfahrt auf der Alle mit der Schippenbeiler Bürgermeisterin Dorota Gorecka bis zur russischen Grenze (14 Kilometer bis Friedland); vorher war uns auf dem ehemaligen Schippenbeiler Friedhof zugesagt worden, daß das alte (deutsche) Friedhofsgelände erhalten bleibt. Ein Besuch der Johanniter-Sozialstation gehört zum Programm, ebenso vorbereitende Gespräche für eine Gedenkstätte in Maxkeim (siehe Aufruf). Auch konnte unser Kreisvertreter Christian von der Groeben bei zwei Veranstaltungen die bisherigen Kontakte mit dem Rotary Club Bartoszyce weiter intensivieren. Natürlich kamen auch die Gespräche mit Mitgliedern der Deutschen Minderheit, die immer wieder als Dolmetscher helfen müssen, nicht zu kurz.





### GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (0 22 63) 90 24 40. Gst.: Brigitte Havertz-Krüger, Büchelstr. 22, 42855 Remscheid, Tel. (0 21 91) 5 92 34 87 (ab 19 Uhr), Fax (0 32 22) 1 02 42 77, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

**Hauptkreistreffen beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Berlin** – Der Kreistag unserer Heimatkreisgemeinschaft beschloß im vergangenen Jahr, das Hauptkreistreffen 2008 mit dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen zu Pfingsten zusammenzulegen. Diese Variante hatte sich bereits 2002 sehr gut bewährt. Durch den günstigen Standort in Berlin bekamen viele Landsleute, vor allem auch aus den mitteldeutschen Bundesländern, die Gelegenheit, zum Treffen zu kommen, ohne lange Anfahrtswege bewältigen zu müssen. Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen war mit einem eigenen Stand in der Messehalle 1.2. vertreten, in der sich alle ostpreußischen Kreise präsentierten. Es wurde eine kleine Auswahl unserer Verkaufsartikel angeboten, wobei vor allem die gegen eine Spende abgegebenen älteren Heimatbriefe reißenden Absatz fanden. Vielleicht weckt die Lektüre bei

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 21

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

glieder und Gäste nach Viöl und Umgebung. Nach der traditionellen Frühstückspause ging es zunächst nach Viöl, von dort nach Joldelund und auf einen Kinderfreizeithof, den die Ausflügler ausgiebig besichtigten und auf dem sie ihren Spaß hatten. Wer wünscht sich nicht, noch einmal Kind zu sein? Danach ging es weiter nach Ahrenshöft, wo im „Dörpskoog“ das Mittagessen eingenommen wurde. Als nächstes Ziel stand die Ortschaft Löwenstedt mit dem Wollstübchen auf dem Programm, wo den Besuchern der Werdegang der Schafwollverarbeitung gezeigt wurde und man diese wunderschönen Dinge auch käuflich erwerben konnte, wovon auch reger Gebrauch gemacht wurde. Zurück in Viöl wartete schon eine Kaffeetafel auf die Ausflügler. Die Besichtigung der Feldsteinkirche schloß sich an, wonach die Heimreise angetreten wurde.

**Neumünster** – Mittwoch, 9. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Mitarbeiterversammlung im Gartencafé Scheffler.

# Entern, rauben und brandschatzen!

## Schwesternkrieg und ein Seewolf – Die Störtebeker Festspiele in Ralswiek auf Rügen

Von GÜNTHER FALBE

Sie entern wieder, rauben und brandschatzen. Nicht am Horn von Afrika oder wo im Augenblick die Piraten unserer Zeit die Weltmeere unsicher machen – nein, direkt vor unserer Haustür an der deutschen Ostseeküste. Und das höchst legal und dazu noch honoriert, nicht nur was die Gage betrifft, sondern auch mit dem nicht enden wollenden Beifall der allabendlich bis zu 8000 Zuschauer in dem Freilichttheater am Großen Jasmunder Bodden, das zu den reizvollsten Naturbühnen Deutschlands gehört. Hier in Ralswiek auf der Insel Rügen stehen bis zum 6. September die diesjährigen Störtebeker Festspiele unter dem Titel „Der Seewolf“ auf dem Programm, und schon die ersten Vorstellungen versprechen, daß Deutschlands erfolgreichstes Freiluft-Theater wieder einen Rekord einfahren wird. Wenn das Wetter mitspielt, aber das war ja schon den Veranstaltern beim Vorverkauf gewogen, der mit über 150 000 verkauften und reservierten Karten eine Steigerung von fast 18 Prozent erbrachte. Daß durch die neue Rügen-Brücke über den Strelasund der gefürchtete Engpaß für die motorisierten Besucher behoben wurde, dürfte auch eine Rolle spielen. Rügen kann auf einen erfolgreichen Festpielsommer hoffen, der die Insel wieder in ein „Störtebeker Land“ verwandeln wird.

Es ist erstaunlich, wie Störtebeker immer wieder für einen neuen abendfüllenden Stoff gut ist. Schließlich hat der Freibeuter etwa 20 Jahre lang auf Ost- und Nordsee gekapert, was ihm vor den Bug lief. Aber – so meinen die Veranstalter –, das seien immerhin 175 200 Stunden, davon hätte man bisher gerade 28 auf die Ralswieker Bühne gebracht. Da gäbe es also noch jede Menge Stoff, auch wenn er historisch nicht immer genau aufbereitet wird, dafür aber umso effektvoller. Man läßt Festungsmauern in Bewegung geraten und Schiffe versinken. Es wird geballert, was das Zeug hält. Ginge der gesamte Sprengstoff–Lagerbestand der Festspiele auf einmal in die Luft, würde aus dem flachen Bodden ein tiefer Baggersee. Aber da sei Fred Bräeutigam vor, der für Spezialeffekte und Pyrotechnik verantwortlich ist.

So idyllisch die Insellandschaft heute erscheint, die Zeit, in der die Vitalienbrüder lebten, war es nicht. „Der Seewolf“ spielt im ausklingenden 14. Jahrhundert, als der Krieg zwischen Dänemark uns Mecklenburg seinen Höhepunkt erreichte. Kein Bruderkrieg, der in die Geschichte eingegangen ist, sondern ein nordischer „Schwesternkrieg“: Königin Margarete von Dänemark stritt mit ihrer Schwester Ingeborg von Mecklenburg, beide Töchter des Königs Atterdag von Dänemark, erbittert um die schwedische Krone. Der amtierende schwedische König, Ingeborgs Sohn Albrecht, saß als Gefangener in Schottland. Nur die Festung Stockholm mit überwiegend deutscher Bevölkerung konnte sich halten. Da das Mekklenburger Herrscherhaus kein Heer zur Befreiung bezahlen konnte, rief Ingeborg zum Freibeuterzentrum auf: Wer ihr half, die Feste Stockholm mit Lebensmitteln – Vitalien – zu versorgen, erhielt einen Kaperbrief und durfte das mit Mord und Totschlag gekaperte Gut behalten. So kamen die „Vitalienbrüder“, deren Anführer Klaus Störtebeker wurde, zu ihren Namen. Dank ihnen konnte die Feste Stockholm über sechs Jahre lang allen Angriffen Margaretes trotzen. Es wurde ein erbitterter Krieg, an dessen Ende etwa 4500 Seeräuber die Ostsee beherrschten. Jedes Schiff gekapert: ob Dänen, Hansen oder Englandfahrer – alles wurde „zum Schaden Dänemarks“ niedergemacht. Der Handel auf der Ostsee brach faktisch zusammen, bis auf Drängen der Hanse und des Deutschen Ritterordens Verhandlungen begannen, die dazu führten, daß die Mecklenburger ihre Häfen vor den Piraten schließen mußten und der Papst über die Seeräuber einen Bannfluch verhängte.

Aber das ist eine andere Geschichte und wird für weitere Festspiele Stoff genug bieten. Für den „Seewolf“ konzipierte das Autorenteam ein Spiel um Klaus Störtebeker, der natürlich als Befreier gefeiert wird. Intendant Peter Hick bekennt: „Wir stellen Klaus Störtebeker sicherlich sympathischer dar, als er in Wirklichkeit war. In unsern Geschichten siegt immer die Gerechtigkeit.“ Natürlich ist es auch ein Spiel um Intrige und Lügen. So gelangt Störtebeker als Begleiter und „Liebhaber“ der Königin Ingeborg in das dänische Lager, wird aber vor Margaretes Augen enttarnt und nun selber zum Gefangenen. Solch dramatische Effekte müssen schon sein, und sie werden hervorragend ausgespielt. Von namhaften und bewährten Akteuren wie Sascha Gluth als Störtebeker, dessen markantes „Seewolf“-Gesicht auch die Festspielplakate dominiert, von Dietmar Lahaine, Robert Glatzeder und Burkhard Kurth, einem „Urgestein“ der Festspiele, denn er ist seit 16 Jahren dabei! Die Frauenrollen sind diesmal besonders stark besetzt durch Martina Guse als Margarete, Patricia Schäfer als Ingeborg und Ingrid van Bergen, auch schon ein fester Bestandteil des Ensembles wie Wolfgang Lippert, der Baladensänger. Und wie immer rüttelt der – echte – Adler über den Köpfen der Besucher, wie immer entfaltet sich ein grandioses Feuerwerk über dem Bodden – eine friedliche Ballerei und ganz ohne Mord und Stechen!

*Störtebeker Festspiele, Am Bodden 100, 18528 Ralswiek, Telefon (0 38 38) 3 11 00, Fax (0 38 38) 31 31 92, Internet: www.stoertebeker.de, E-Mail: Info@stoertebeker.de.*



Ein Hauen und Stechen: Die Festspiele haben viele spannende Kampfszenen in der Aufführung. Foto: Renato Diekmann

## Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 20

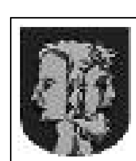
dem einen oder anderen das Interesse am Kreis Gerdauen und wir können schon bald neue Mitglieder und Heimatbrief-Bezieher begrüßen. Für Fragen, Hinweise und Anregungen stand den Landsleuten am Stand immer ein Ansprechpartner zur Verfügung. Besonders dicht umlagert war stets der Bildständer mit alten und neuen Aufnahmen aus allen Kirchspielen unseres Heimatkreises. Für das Zusammentreffen unserer Landsleute standen ausreichend Tische und Bänke zur Verfügung. Wie wir aus den verschiedensten Gesprächen erfahren konnten, hofften viele Besucher, gute Bekannte, Freunde oder sogar Verwandte auf dem Treffen nach langer Zeit wieder zu sehen. Bei einigen gab es ein freudiges Wiedersehen. Andere warteten leider vergeblich. Sie alle verbindet die Liebe zur ostpreußischen Heimat. Insgesamt fanden sich mehr als 100 Landsleute an den Plätzen der Heimatkreisgemeinschaft in Halle 1.2. ein. Am Pfingstsonnabend tagte der Kreistag unserer Heimatkreisgemeinschaft. Dabei stellte sich unter anderem auch das neue Redaktionsteam (Brigitte Havertz-Krüger, Hannelore Gruschwitz) vor. Alle Anwesenden waren sehr froh darüber, daß es auch künftig einen Heimatbrief geben wird. Während der Kreistagssitzung wurde unter anderem die Zukunft der Familienforschungsgruppe „GIRDAWE“ diskutiert. Da Dietmar Hoffmann aus persönlichen Gründen die Leitung der Familienforschung abgegeben hat, ist auch hier eine Lücke entstanden, die nur sehr schwer zu schließen ist. Viele Landsleute bedauern sicherlich seine Entscheidung, hatten sie doch in den vergangenen Jahren mit ihm sehr gut zusammengearbeitet. Eine Härte stellt der Rücktritt insbesondere für die Mitarbeiter von „GIRDAWE“ dar. An dieser Stelle möchten wir Dietmar Hoffmann für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit ganz herzlich danken und hoffen, daß er sich auch weiterhin in und für die Heimatkreisgemeinschaft und den Kreis Gerdauen engagieren wird. Einig waren sich die Kreistagsmitglieder bei den durchzuführenden Wahlen. So gab es eine Nachwahl in den Vorstand, in dem Dr. Jürgen Wokulat als viertes Mitglied die Arbeit mit seinem Engagement stärkt. Als Kirchspielvertreterin für Gerdauen wurde Brigitte Prang gewählt und zu ihrem Stellvertreter Lothar Schmadtke. Die wichtige Aufgabe der Kassenprüfung übernehmen ein weiteres Jahr Bernd Maske und Klaus-Peter Molkenbuhr. Bei der Eröffnung des Deutschlandtreffens wurde dem Autor unserer neuen Dokumentation „Kultur im ländlichen Ostpreußen. Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen“, Dr. Wulf Wagner, mit dem Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen für Wissenschaft ausgezeichnet. Seine neue Dokumentation über den Kreis Gerdauen, die noch in diesem Jahr erscheinen soll und schon jetzt weit über 1000 Seiten mit vielen Abbildungen umfaßt, wird ein einzigartiges Zeugnis der Geschichte unseres Heimatkreises und seiner Menschen über die Jahrhunderte. Wir freuen uns auf die Fertigstellung dieses Standardwerkes und gratulieren Dr. Wulf Wagner herzlich zu der erhaltenen Auszeichnung. Insgesamt kann das Hauptkreis- und Deutschlandtreffen in Berlin als gelungen bezeichnet werden. Wir danken allen Landsleuten für ihr Erscheinen und allen Helfern am Stand für ihre Unterstützung. Unser nächstes Hauptkreistreffen findet am 12./13. September 2009 im Hotel Conventgarten unserer Patenstadt Rendsburg statt. Schon jetzt möchten wir Sie recht herzlich dazu einladen und freuen uns auf ein Wiedersehen.



### HEILSBERG

Kreisvertreter: Aloys Steffen, Telefon und Fax (0 22 34) 7 19 06, Am Clarenhof 18, 50859 Köln

**Kreistreffen 2008** – 18. Oktober: 10 Uhr Hl. Messe in „St. Maria in der Kupfergasse“, Schwalbengasse 1, 50667 Köln. Der Gottesdienst wird von einem Geistlichen aus unserer Heimat gehalten. Da keine Möglichkeit für einen zeitgleich gesonderten evangelischen Gottesdienst besteht, sind auch alle evangelischen Christen im Sinne der Ökumene ebenfalls zur Messfeier eingeladen. 11 Uhr: Frohes Wiedersehen mit unterhaltenden Beiträgen und Gesang im großen Saal des „Kolpinghaus International“, St.-Apern-Straße 32, 50667 Köln. Aufnahmen aus der Heimat aus dem Bildarchiv der Kreisgemeinschaft, das Erwin Popien aus Kerwienen dankenswerter Weise für das Internet aufbaut und Dank Ihrer Mithilfe noch erweitert werden soll, werden gezeigt. Weiterhin sollen Aufnahmen der nun hoffentlich glükkenden Errichtung eines Gedenksteins auf dem Friedhof in Heilsberg und der Feier des 15jährigen Bestehens des deutschen Vereins in Heilsberg am 6. August 2008 sowie Aufnahmen von den Feierlichkeiten anläßlich des 700jährigen Bestehens der Stadt Heilsberg in der Zeit von Freitag, 8. bis Dienstag, 12. August zu sehen sein. Dieses Treffen ist auch als Wiedersehen für alle Teilnehmer an den diesjährigen Feierlichkeiten in Heilsberg gedacht und kann in soweit auch als Gelegenheit zum weiteren Gedanken- und Fotoaustausch dienen. Auch in dieses Jahr wird im „Kolpinghaus International“ ein Mittagessen angeboten und anschließend Kuchen und Kaffee. Teilnehmer an unserer Veranstaltung können bei entsprechendem Hinweis bei der Zimmerreservierung zu einem ermäßigten Preis im dortigen Hotel übernachten, Telefon (02 21) 2 09 30. 18 Uhr: Ausklang im Restaurant des „Kolpinghaus International“. 19. Oktober 2008: Kennen lernen des neuen Kolumba-Kunst-Museums des Erzbistums Köln, erbaut von dem Architekten Peter Zumthor. Treffpunkt 11.30 Uhr in der Kapelle St. Kolumba „Madonna in den Trümmern“, Tunisstraße 4.



### LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

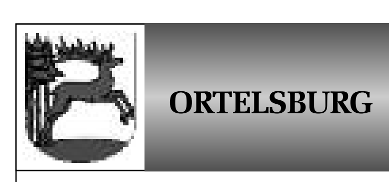
**Kreisgemeinschaft Lyck wieder in der Heimat** – Vom 7. bis 17. Juni war die Kreisgemeinschaft Lyck mit einer Reisegruppe wieder in Ostpreußen. Erstmals fand keine Grenzkontrolle an der Oder statt, was von den Reiseteilnehmern als sehr angenehm empfunden wurde. Schon am ersten Tag wurde die Reisegruppe im Landratsamt von Lyck vom Vize-Starosta Ryszard Skawinski empfangen. Am Nachmittag desselben Tages wurden von der Kulturstiftung Ostpreußen aus Ellingen 26 zweisprachige Bild- und Geschichtstafeln über Lyck im Wasserturm, dem Sitz der Deutschen Minderheit, der Öffentlichkeit übergeben. Der nächste Tag diente dem Kennenlernen des Kreises Lyck. Besucht wurde unter anderem der Soldatenfriedhof in Bartendorf und die historische Holzkirche in Scharfenrade. Nach einer Dampferfahrt von Lötzen nach Nikolaiken, dem Staken auf der Kruttinna und nach einem programmfreien Tag, ging es weiter über Kaunas nach Nidden auf der Kurischen Nehrung. Besucht wurde hier der Alte Friedhof, die Kirche, das Thomas-Mann-Haus und die „Hohe Düne“. Eines der Höhepunkte der Reise war die Dampferfahrt quer über das Kurische Haff nach Minge im Memel-Delta. Zurück ging es dann mit einem Fährschiff von Memel nach Kiel.



### MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Günter Dombrowski, Portweg 12, 31863 Coppenbrügge, Telefon und Fax (0 51 56) 16 33. Kulturreferentin: Gisela Harder, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon (0 40) 7 37 32 20

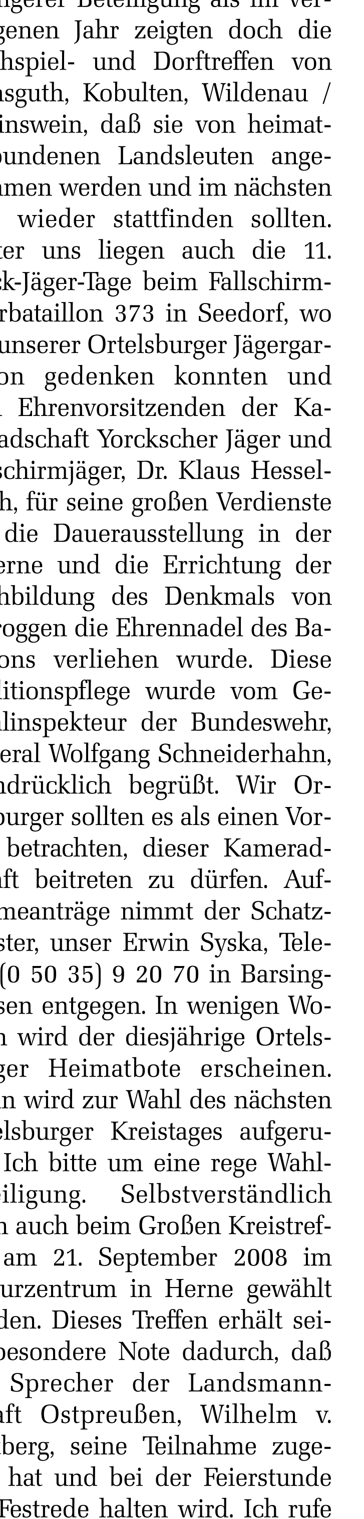
**Wahl des 7. Kreistages der Kreisgemeinschaft** – Mit der neuen Legislaturperiode wurden in der ersten Jahreshälfte die Mitglieder für den 7. Kreistag mit Abschluß des 1. Juni 2008 gewählt. Der Kreistag hatte vorher beschlossen, die Anzahl von 21 Mitgliedern auf 15 zu reduzieren. Unter Leitung des berufenen Wahlleiters L. Gräf und seiner Beisitzer H. Grahn und H. Teubner erfolgte die Auszählung der abgegebenen Stimmen am 9. Juni 2008, die folgendes Ergebnis ergab. Von den 547 gültigen Stimmen entfielen auf: Krahn, Elisabeth 417; Harder, Gisela 348; Krause, Hartmut 339; Jahr, Erika 315; Dombrowski, Günter 297; Tkacz, Ingrid 286; Halfern von, Wolf-Rüdiger 279; Dorsten van, Roswitha-Ellen 260; Fedderich, Holger 240; Wölk, Luise-Marlene 230; Sankowski, Fritz 228; Warnat, Wolfgang 223; Krause, Siegfried 215; Wiedwald, Erhard 203; Panke, Frank 200. Zehn weitere Kandidaten sind Nachrükker mit folgendem Stimmanteil: Haese, Martin 195; Neckritz, Thomas 191; Heling, Walther 189; Neckritz, Siegfried 170; Buddysch, Monika 166; Fleischer, Werner 163; Kroll, Wolfgang 140; Brost, Günter 136; Engelhaupt, Helga 116; Tilsner, Günter 112. Allen gewählten Kandidaten wünschen wir ein erfolgreiches Mitwirken, direkt und indirekt, als ehrenamtlichen Beitrag in der Pflege und Erhaltung unseres Heimatgutes. Im nächsten Heimatbrief wird ausführlich berichtet. Die Wahl der einzelnen Funktionsträger wird auf dem Kreistreffen – bei der ersten Sitzung des 7. Kreistages am 6. September 2008 in Bad Nenndorf stattfinden. Wir bitten um zahlreiche Teilnahme am Kreistreffen, der alljährlichen Versammlung unserer Heimatfreunde.



### ORTELSBURG

Kreisvertreter: Edelfried Baginski, Tel. (02 09) 7 20 07, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen. Geschäftsführer: Manfred Katzmarzik, Tel. (02 31) 37 37 77, Am Kirchenfeld 22, 44357 Dortmund

**Heimattreffen** – Liebe Landsleute, die sogenannten „kleinen“ Ortelsburger Heimattreffen liegen hinter uns. Wenn auch mit etwas



geringerer Beteiligung als im vergangenen Jahr zeigten doch die Kirchspiel- und Dorftreffen von Mensguth, Kobulten, Wildenau / Rheinswein, daß sie von heimatverbundenen Landsleuten angenommen werden und im nächsten Jahr wieder stattfinden sollten. Hinter uns liegen auch die 11. Yorck-Jäger-Tage beim Fallschirmjägerbataillon 373 in Seedorf, wo wir unserer Ortelsburger Jägergarnision gedenken konnten und dem Ehrenvorsitzenden der Kameradschaft Yorckscher Jäger und Fallschirmjäger, Dr. Klaus Hesselbarth, für seine großen Verdienste um die Dauerausstellung in der Kaserne und die Errichtung der Nachbildung des Denkmals von Tauroggen die Ehrennadel des Bataillons verliehen wurde. Diese Traditionspflege wurde vom Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhahn, nachdrücklich begrüßt. Wir Ortelsburger sollten es als einen Vorzug betrachten, dieser Kameradschaft beitreten zu dürfen. Aufnahmeanträge nimmt der Schatzmeister, unser Erwin Syska, Telefon (0 50 35) 9 20 70 in Barsinghausen entgegen. In wenigen Wochen wird der diesjährige Ortelsburger Heimatbote erscheinen. Darin wird zur Wahl des nächsten Ortelsburger Kreistages aufgerufen. Ich bitte um eine rege Wahlbeteiligung. Selbstverständlich kann auch beim Großen Kreistreffen am 21. September 2008 im Kulturzentrum in Herne gewählt werden. Dieses Treffen erhält seine besondere Note dadurch, daß der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, seine Teilnahme zugesagt hat und bei der Feierstunde die Festrede halten wird. Ich rufe alle Ortelsburger auf recht zahlreich zu erscheinen und zu beweisen, daß Ortelsburg lebt.

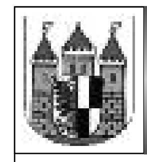


### TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Tel. (02 02) 4 60 02 34, Fax (02 02) 4 96 69 81. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Tel. / Fax (0 43 42) 53 35, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz

**Kreistagssitzung** – Die diesjährige Sitzung des Kreistages fand in Berlin statt. An ihr nahmen 17 Kreistagsmitglieder teil. Hartmut Preuß erstattete den Bericht über das Wirken der Kreisgemeinschaft im zurückliegenden Jahr. Nach zweijähriger Unterbrechung wurde mit der Stadtgemeinschaft Tilsit und der Kreisgemeinschaft Elchniederung das Nachbarschaftsgespräch wieder aufgenommen mit dem Ziel, langfristig einen Zusammenschluß vorzubereiten, und den Entwurf einer gemeinsamen Satzung zur Diskussion zu stellen. Im Jahr 2009 wird ein gemeinsames Regionaltreffen mit den beiden Nachbarkreisen in Magdeburg organisiert. Hartmut Preuß informierte ferner über die Ergebnisse der Landesvertretertagung vom November 2007 und der Kreisvertretertagung vom März 2008, jeweils in Bad Pyrmont. Den Geschäftsbericht gab Eva Lüders. Für den ausgeschiedenen Siegfried Paleit wird die Betreuung des Kirchspiels Altenkirch künftig vom Kirchspielvertreter Ragnit-Stadt, Manfred Okunek, vorgenommen. Den Kassenbericht erstattete Klaus-Dieter Metschulat. Dieser wurde von der Kassenprüferin Betty Römer-Götzelmann bestätigt. Die Revision hatte eine einwandfreie Kassenführung ohne Beanstandungen ergeben. Auf Antrag wurden dem Schatzmeister und dem Kreisausschuß einstimmig Entlastung erteilt. In der anschließenden Aussprache berichteten neun Kirchspielvertreter über die Arbeit mit ihren Mitgliedern. Ferner sprachen Manfred Malien über inhaltliche und organisatorische Belange des Heimatbriefs „Land an de Memel“, Hans Dzieran zu strategischen Überlegungen eines Zusammengehenes der drei Kreisgemeinschaft, welches auf lange Sicht vorzubereiten ist, Reinhard August über die hohe Zahl von 137 Rückläufern bei den letzten beiden Heimatbriefen und abschließend Ehrenmitglied Helmut Pohlmann zu Fragen der Mitgliederstatistik.



### TREUBURG

Kreisvertreter: Dr.-Ing. Heinrich Matthée, Wilkiensweg 5, 49525 Lengerich, Telefon (0 54 81) 8 14 74 (p). Geschäftsstelle: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (0 28 33) 39 84, Fax (0 28 33) 39 70. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (00 48) 8 75 20 – 31 80.

**Kreistagswahl 2008** – Gemäß der Satzung der „Kreisgemeinschaft Treuburg e.V.“ sind die Treuburgerinnen und Treuburger aus Stadt und Kreis alle vier Jahre aufgerufen, den Kreistag neu zu wählen. Die letzte Kreistagswahl fand 2004 statt. Einzelheiten dazu entnehmen Sie bitte der Satzung (Anhang zu Paragraph 8 Wahlen), die in der Ausgabe 55 des „Treuburger Heimatbriefes“ abgedruckt ist. Nach dem Wahlaufruf in der Ausgabe Nr. 54 des Heimatbriefes stellen sich folgende Kandidaten zur Wahl. Namen in alphabetischer Reihenfolge: Bahlmann, Ingrid geb Knopff, 51107 Köln, Marbergweg 17, aus Reuß, geboren am 8. April 1931; Bednarzik, Manfred, 33330 Gütersloh, Leipziger Straße 87, aus Bärengrund, geboren am 1. Dezember 1940; Brozio, Günter, 53179 Bonn, An der Nesselburg 37 a, aus Treuburg, geboren am 8. Februar 1936; Czygan, Sabine, 23562 Lübeck, Gustav-Falke-Straße 4, aus Treuburg, geboren am 15. Juli 1930; Klink, Irmgard geb. Meißner, 47647 Kerken, Schlehdornweg 30, aus Schwalg, geboren am 26. April 1944; Lüttgen, Helga geb. Seesko, 42859 Remscheid, Rosenhügeler Straße 46, Vorfahren aus Borken, geboren am 7. Juni 1953; Matthée Dr. Ing., Heinrich, 49525 Lengerich, Wilkiensweg 5, aus Ringen, geboren am 31. Juli 1935; Meyer, Ingrid geb. Huwe, 30173 Hannover, Heinrich Heine Straße 51, aus Treuburg, geboren am 29. September 1928; Niederhaus, Helmut, 50374 Erftstadt, Dahlienweg 5. aus Rehfeld, geboren am 12. Juni 1934; Offermann, Sigrid geb. Salitter, 68519 Viernheim, Rathausstraße 24, aus Treuburg, geboren am 26. April 1940; Rasch-Hoffmann, Jutta geb. Rasch, 47198 Duisburg, Haselweg 1 a, Vorfahren aus Bolken und Jürgen, geboren am 24. Mai 1956; Seesko, Karin, 42859 Remscheid, Rosenhügeler Straße 46, aus Borken, geboren am 2. November 1943; Vogel, Waltraud geb. Knopff, 51069 Köln, Gierather Straße 35, aus Reuß, geboren am 17.11.1941; Welsch, Astrid geb. Jeworrek, 44805 Bochum, Am Gysenberg 15, Vorfahren aus Treuburg, geboren am 13. März 1952; Die Abgabe der Wahlstimme erfolgt durch Postkarte (Stimmkarte), die dem Treuburger Heimatbrief Nr. 55 beiliegt. Sie ist bis spätestens 18. Juli 2008 zu senden an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Treuburg e.V., Schlehdornweg 30, 47647 Kerken. Jeder Kreisangehörige darf nur einen Kandidaten wählen. Der Wahlausschuß stellt fest, wer gewählt ist.

## Westpreußisches Landesmuseum

**Münster** – Folgende Ausstellung sind noch im Westpreußischen Landesmuseum, Am Steintor 5, 48167 Münster, Telefon (0 25 06) 81 01 20, Fax (0 25 06) 8 10 12 14, E-Mail: westpreussisches-museum@t-online.de, Internet: www.westpreussisches-landes-museum.de, zu sehen:

- **Dauerausstellung**; Westpreußen – Geschichte und Kultur des Landes am Unterlauf der Weichsel.
- **Sonderausstellung**; noch bis zum 6. September 2008: Bernsteininklusen aus der Sammlung Otto Helm (1826–1902) Danzig.
- **Sonderausstellung**; noch bis zum 31. August 2008: Die Geschichte der „Wilhelm Gustloff“. In Zusammenarbeit mit Herrn Heinz Schön (Zeitzeuge).
- **Sonderausstellung**; noch bis zum 20. Juli 2008: Burgen des Deutschen Ordens in Westpreußen Aquarelle von Zbigniew Szczepanek.

*Das Museum ist Dienstag bis Sonntag, von 10 bis 18 Uhr geöffnet.*

# Die fremde Schule

## Das Klassenzimmer war gefüllt mit vielen Flüchtlingskinder

Von MARGOT GEHRMANN

Es war einfach wunderbar. Der Unterricht in der fremden Schule fiel nie aus, war jetzt täglich. Morgen für morgen mußte sie pünktlich aufstehen, ihre Schultasche packen, was, wegen der kaum vorhandenen Schulsachen, mehr als schnell ging. Eine komische Schule war es schon – von der ersten bis zur letzten Klasse saßen alle Kinder in einem Raum, kaum „einheimische“ Kinder, viele Flüchtlinge. Und nur ein einziger Lehrer stand vorn vor einer richtigen Wandtafel und hinter einem seltsamen Tisch. Die Schulbänke paßten nicht gut zusammen, hatten Tintenfässer ohne Tinte, Bleistiftrillen ohne Bleistifte oder Federhalter, und auf den Tischen lagen selten Bücher, Hefte, nicht einmal einzelne Blätter Papier und wenn, dann konnte man daran sofort die „einheimischen“ Kinder erkennen. Auch waren die „Einheimischen“ anders, weil hübscher gekleidet. Die Mädchen hatten fast alle einen wunderschönen roten Trägerrock, eine weiße Bluse und manchmal auch ein kleines schwarzes Schürzchen. Margot beneidete sie glühend, aber „was nicht ist, ist nicht“, sagte die Mutter immer wieder.

**»Was nicht ist, ist nicht«**

Der Unterricht war zweigeteilt – Ober- und Unterstufe. Margot, als große Schwester war sofort in die vierte Klasse (Oberstufe!) gekommen – eben weil sie groß war, nicht, weil sie viel Gelegenheit gehabt hatte zu lernen in ihrem vergangenen Schulleben im leider jetzt so fernen Johannisburg.

Im Laufe der Wochen und Monate lichtete sich die Schülerschar – einige Kinder kamen auf andere Schulen und wieder andere gingen zu nebulösen Prüfungen für einen „Aufbauzug“ ins Nachbardorf, wo es in Kürze so etwas wie eine „Mittelschule“ geben sollte, die aber nicht so hieß, sondern eben Aufbauzug. Das wollte sie im „Auge behalten“, sie wollte mit der Mutter darüber sprechen, obwohl sie nicht wußte, wie sie es anstellen sollte. Jetzt konzentrierte sie sich erst einmal auf den Unterricht, der immer wieder von den Kleinen der Unterstufe gestört wurde, weil sie ständig schwätzten, obwohl sie Rechenaufgaben bewältigen oder auch von kleinen Zetteln etwas abschreiben sollten.

Eines Tages saß Margot auf der Schulbank nicht nur neben einem Einheimischen, sondern auch noch einem Jungen. Werner hatte einen Vater im Gegensatz zu ihr, einen Vater, der Verwalter war, Verwalter für einen großen Besitz eines echten Grafen, wo aber nicht das Interessante war, sondern der Karpfenteich, der zu diesem Besitz gehörte. In den Pausen kam Werner immer wieder auf sie zu, erzählte ihr aus seinem Leben und war überhaupt nicht eingebildet, was man von anderen Einheimischen nicht sagen konnte. Eines Tages fragte er sie sogar, ob sie nicht am Nachmittag mit ihm im Karpfenteich schwimmen wolle, sein Vater habe nichts dagegen. – Jetzt hatte er sie erwischt! Schwimmen konnte sie nicht. Und ins Wasser gehen wollte sie auch nicht, nie. Panische Angst erfaßte sie, nicht nur vor tiefem Wasser, sondern auch, daß er nicht mehr mit ihr sprechen würde.

**Ein »Kodder« zum Abwischen**

Völlig bedrückt ging sie aus der Schule. Die Mutter merkte es wie immer sofort, daß etwas passiert war und fragte. Unter Tränen erzählte sie ihr von ihrem Unglück. Mit Hilfe von tröstlichen Worten und einem „Kodder“ zum Abwischen der Tränen beruhigte die Mutter sie. „Wenn er dich nicht versteht, ist er es nicht Wert, dein Freund zu sein“, sagte sie, und Margot war sich gar nicht im klaren, ob Werner überhaupt wußte, daß er ihr Freund war. Getröstet war sie nicht, aber unternehmen mußte sie etwas. Und je schneller, desto besser. Nur wie?

Mit klopfendem Herzen und rotem Gesicht überstand sie am nächsten Tag die erste Unterrichtsstunde. Und sie ging in der ersten Pause auf Werner zu und erzählte ihm von ihrer Angst vor tiefem Wasser und nicht vorhandenen Schwimmkünsten. Er sah sie völlig fassungslos an und in ihren Ohren rauschte es. „Gibt es Kinder, die nicht schwimmen können? Muß wohl so sein. Dann üben wir eben, und du gehst von Tag zu Tag immer ein bißchen in tieferes Wasser.“ Mehr nicht, kein böses Wort, kein häßliches Lachen, keine Schadenfreude, nichts. Er entwickelte sofort eine Strategie, wie und wann. „Das schaffst du schon, hat doch bisher jeder.“ In den Pausen unterhielt er sich weiter mit ihr, außer er spielte mit anderen Jungen Fußball, denn einen Ball hatte er auch. Mit dem Schwimmen hat es dann doch nicht geklappt – bis heute geht sie nur so weit ins Wasser, daß man noch ein bißchen von ihren Schultern sieht.

Ein wunderschöner Schultag ging zu Ende, der Tag wurde sogar noch schöner, weil Margot auf dem Nachhauseweg den Postboten traf, der ihr einen schwarz geränderten Brief für Ihre Mutter mitgab, der zwar nichts Gutes bedeuten konnte, aber eindeutig in der Schrift ihrer Tante Anna geschrieben war, ganz eindeutig, obwohl sie einen anderen Nachnamen hatte.

„Tante Anna hat geschrieben, Tante Anna hat geschrieben“, schrie sie und nahm zwei Stufen auf einmal. „Sie ist wieder da! Sie ist wieder da, heißt aber nicht mehr Tante Anna.“ Die Mutter hatte die Tür schon geöffnet, bevor Margot sie aufreißen konnte. „Wo ist sie“, fragte sie, kalkweiß im Gesicht und mit Tränen in den Augen. Sie nahm den Brief, setzte sich auf den einzigen Stuhl, den sie inzwischen hatten, und weinte. Öffnen mochte sie ihn nicht wegen des schwarzen Randes. „Ach was, das ist Annas Handschrift, also lebt sie“, sagte sie, trocknete die Tränen und machte den Umschlag ganz vorsichtig auf. „Liebe Truda, liebe Kinder“, schrieb die Tante. „Mir geht es gut. Ich habe geheiratet. Ihr habt hoffentlich keinen Schreck bekommen. Leider hatte ich keinen Umschlag und diesen hat mir eine Nachbarin geschenkt.“ Die Mutter ließ den Brief sinken, guckte Margot an. „Ja, ja, Beziehungen sind eben alles“, sagte sie und las den Brief zu Ende.

**Die eigene Angst überwinden**

# Klunkermus

## Alte Bande reißen nicht

Von CHRISTEL BETHKE

Telefon. Ob ich die und die bin. Ja, bin ich. „Wir wohnten zwei Häuser von euch entfernt. Zwischen uns wohnten Preuß, weißt?“ Weiß ich? Gleicher Jahrgang, aber unterschiedliche Wahrnehmung vergangener Zeiten. Während ich nichts, fast gar nichts vorkramen kann, rollt am anderen Ende der Leitung unsere Kinderzeit wie von einer Spule. Ob wir uns mal treffen können. Aber natürlich können wir das. Doch bis auf spärliche Telefonate unterbleiben Besuche. Mit fast 80 hat man genug mit der Gegenwart zu tun, da ruschelt das Vergangene nur auf.

**Mit fast 80 steht die Gegenwart im Vordergrund**

Dann aber, mit einem Ruck, soll die Sache werden. Es ist nicht weit, nur eine dreiviertel Stunde mit dem Rad. Leider fängt es unterwegs an zu regnen und der aufkommende Wind gibt mir den Rest. Ziemlich zerpliesert läute ich an der Tür. Natürlich werde ich schon erwartet: Festlich gedeckter Tisch mit einer riesigen Erdbeertorte und ganz viel geschlagener Sahne. Rosen in der Vase. Sekt natürlich. Als ob die verlorene Tochter heimgekehrt ist, so werde ich empfangen. Gegenseitiges Abtasten mit Blicken, Suchen nach Bekanntem. Nichts davon. Irrtum aber ausgeschlossen, beim Erzählen wird das deutlich. Kennst du den, kennst du die? Erinnerst du dich an Preuß, die mit den vielen Kindern? Weißt? Vielleicht.

Jedenfalls gab es da immer Milchsuppe. Klunkermus. Alle vor ihren Emailletellern mit Blechlöffeln. Diese Suppe! Frau Preuß zum verwöhnten Einzelkind, dessen verlangende Augen sehend: „Willst auch?“ Und schon sitzt es mittenmang am Tisch und bekommt auch einen Teller eingeschöppt. Wie das schmeckte. Zu Hause zur Mutter: „Kannst nicht auch mal Klunkermus kochen?“ Natürlich kann das die Mutter, aber große Enttäuschung, sie ist längst nicht so gut wie die bei der Nachbarsfamilie.

Mir erging es ähnlich, auch mir schmeckte es anderswo viel besser, selbst wenn statt Butter nur Margarine auf dem Brot war. Wir fragen uns beim zweiten Stück Torte, woran das gelegen haben mag. „Sicherlich war da mehr Wasser in der Suppe“, lachen wir. Wir überlegen und kommen zu dem Schluß, es muß an der großen Familie gelegen haben: Oma, irgendeine Tante war auch immer da, und die vielen Kinder gaben Wärme und man fühlte sich behaglich.

Auch wir werden miteinander vertrauter und sprechen über Dinge, die wir längst vergessen wähnten. Und dann nochmal: die Flucht, die Rückkehr, Vertreibung, Verlust von Großmutter und Tante. Ähnliche Geschichten wie bei mir. Meine Tasse wird zum viertenmal gefüllt. Ich sitze wie angeschweißt, höre vertraute Laute, die kleine zerstörte Heimatstadt wird lebendig, füllt sich mit Emailletellern voller Klunkermus.

„Soll ich paar Schnittchen machen“, fragt mich die neue alte Vertraute. Ja, bin ich denn noch zu retten!? Der erste Besuch und ich sitze vier Stunden anstatt nach einer zu gehen, wie es der Anstand erfordert. Das gilt aber nicht, nicht wenn man zu Gast bei einer Ostpreußin ist. Da fühlt man sich wie als Kind bei Preuß, geborgen und sehr gut aufgehoben.

Veranstaltung, Ereignis (engl.) · in dieser Hinsicht; für den Fall, dass · übertrieben höfliche Verbeugung · alte Wurfwaffe · kalt, frisch · Handarbeitstechnik · Vernunft, Einsicht · engl. Adelstitel: Herzog · Teil der Woche · inkognito · vordringlich · harzreiches Kiefernholz · Filmreportage (Kurzwort) · ein Gewürz · geometrische Figur · Schlaferlebnis · Hauptstadt Kenias · Hochruf · kleinste russ. Münzeinheit · Gurkenkraut · südfranzösische Stadt · Staat in Ostafrika · dulden, gewähren lassen · Wölbung · somit, mithin · australischer Beutelbär · Musik: an keine Tonart gebunden · Zart-, Feingefühl · Chauffeur · griechische Göttin · freudiges Selbstbewusstsein · fertig gekocht · träge, arbeitsunlustig · Reittier · Fluss zur Seine · ein Bewohner Belgiens · Nachsicht, Langmut · Fünfeck · Summe der Lebensjahre · Hochgebirgshorntier · Feingebäck, Kuchensorte · Gottes Gunst · engl.-amerik. Längenmaß · Papstkrone · Kriegsschiff · Prunkwagen · banges Gefühl, Unruhe · persönliches Fürwort · Edelgas · Angehöriger eines arktischen Volkes · Wettkampfstätte; Manege · jap. Blumensteckkunst · Nahrungsbestandteil · Sportruderboot · Stadt u. Provinz in Norditalien · Werkzeugmaschine · gesprächig · Weissager; Mahner · großer Greifvogel · flaschenförmiges Gymnastikgerät · Niederschlag von Eiskörnern · Erquickung, Erfrischung · fesselnd, erregend · eine der Musen · Nähmaterial · Kosmetikartikel; Salbe · griechischer Buchstabe · Dienststelle; Behörde · Vorrichtung zum Kochen, Backen · röm. Dichter, Philosoph · Rundholz, Segelstange · verehrtes Vorbild · göttliches Gesetz · Kosten, Auslagen · Rest im Glas · ringförmige Koralleninsel · kaum hörbar, fast lautlos · Griff; Stängel · Stadt in Texas (USA) · abgegrenztes Gebiet · Unterrichtsübersicht · Abk. für Zentraler Omnibusbahnhof · selten, knapp · Tier oder Pflanze a. fernen Ländern · Burg in der Eifel · altnordischer Gott des Feuers · Geliebte des Zeus · religiöse Irrlehre, Häresie · Apfelsine · schwer auf jemandem liegen · französischer Komponist · Verbannung; Verbannungsort · Nachtvogel

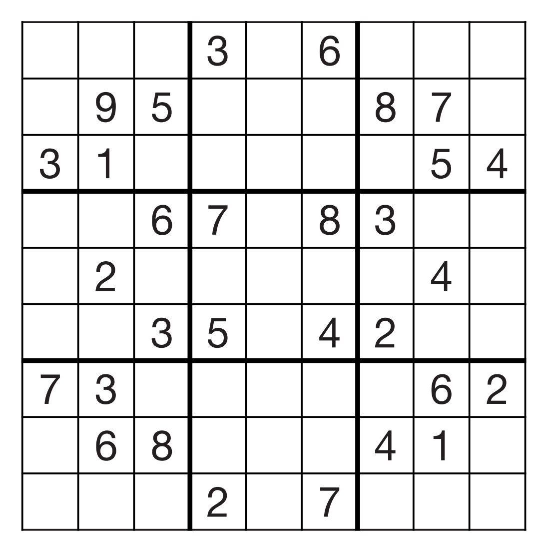
**So ist's richtig:**

**Diagonalrätsel:** 1. Ramsau, 2. Basalt, 3. regsam, 4. Butler, 5. Merlan, 6. Reifen – Raglan, Ulster

**Kreiskette:** 1. Grappa, 2. Pavane, 3. Ranzen, 4. Ballen, 5. Rivale – Appenzeller

**Sudoku:**

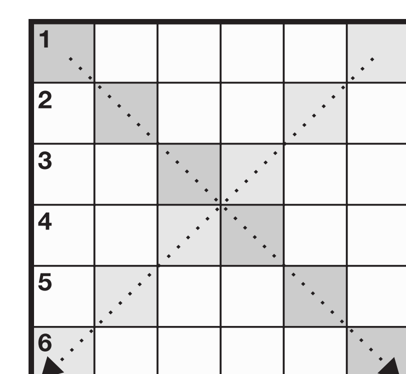
## Sudoku



| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 3 | | 6 | | | |
| | 9 | 5 | | | | 8 | 7 | |
| 3 | 1 | | | | | | 5 | 4 |
| | | 6 | 7 | | 8 | 3 | | |
| | 2 | | | | | | 4 | |
| | | 3 | 5 | | 4 | 2 | | |
| 7 | 3 | | | | | | 6 | 2 |
| | 6 | 8 | | | | 4 | 1 | |
| | | | 2 | | 7 | | | |

**Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!**

## Diagonalrätsel



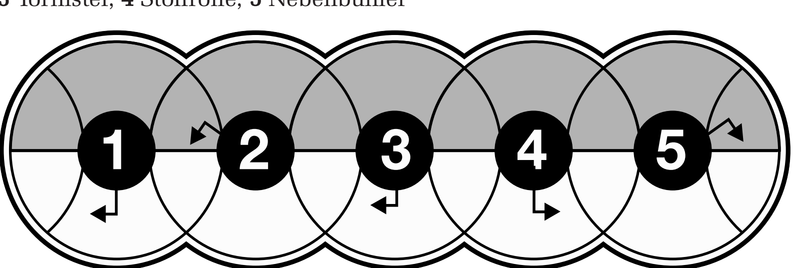
**Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Mantelformen.**

**1** bayrischer Kurort
**2** schwarzes Ergussgestein
**3** rührig, beweglich
**4** Diener in vornehmen englischen Häusern
**5** ein Fisch, Wittling
**6** Radzubehör

## Kreiskette

**Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen würzigen Hartkäse.**

**1** italienischer Tresterbranntwein, **2** langsamer höfischer Schreittanz, **3** Tornister, **4** Stoffrolle, **5** Nebenbuhler



# Das Ende des Kaffeesatzes

## Vor 100 Jahren erfand Melitta Bentz ihren Papierfilter

Von Anne Bruch

In den Zeiten der Kaffeevollautomaten, Kaffeepads und amerikanisch anmutenden Kaffeebar-Ketten, die ihre Produkte mit einer vermeintlich praktischen „to go“-Philosophie vermarkten, erscheint das Kaffeekochen mit Hilfe eines Papierfilters fast schon anachronistisch. Doch der klassische Filterkaffee behält – laut Mitteilung des Deutschen Kaffeeverbandes – seinen Marktanteil von fast 80 Prozent, und das traditionelle Aufbrühen mittels eines Kaffeefilters ist bis heute noch die am weitesten verbreitete Zubereitungsmethode.

Zu verdanken haben wir dieses Aufbrühverfahren der Erfindung der pfiffigen Dresdner Hausfrau Melitta Bentz (1873–1946). Diese störte sich am unbekömmlichen Kaffeesatz, der das so beliebte Heißgetränk bitter machte und nach dem Trinken zwischen den Zähnen knirschte. Anfang 1908 beschloß deshalb Melitta Bentz, diese unangenehmen Nebenwirkungen abzuwenden, und begann in ihrer Küche zu tüfteln. Ein Löschblatt aus dem Schulheft ihres Sohnes Willy brachte die junge Mutter auf die geniale Idee, den Kaffee zu filtern. Sie durchlöcherte den Boden einer Blechdose, setzte sie auf eine Kaffeekanne, legte das zurechtgeschnittene Löschpapier hinein, füllte das Kaffeepulver auf und goß heißes Wasser darüber. Tatsächlich funktionierte diese Methode, denn nur wenige Minuten später tröpfelte der erste gefilterte Kaffee in ihre Kaffeekanne.

Von diesem Erfolg ermutigt, experimentierte Melitta weiter und probierte unterschiedliche Papiersorten aus, um den optimalen Diffusionsgrad, die bestmögliche Durchlaufgeschwindigkeit für den Kaffeesud zu ermitteln. Außerdem ersetzten Melitta Bentz und ihr Mann Hugo, der sich mittlerweile ebenfalls an den Versuchen beteiligte, die Blechdose durch einen aus Messing zusammengeschweißten, 13 Zentimeter hohen zylindrischen Filterapparat. Am 20. Juni 1908 meldete Melitta Bentz ihren Filter beim Kaiserlichen Patentamt an und erhielt selbst Gebrauchsmusterschutz – statt wie sonst üblich einen Eintrag auf den Namen des Ehemanns – für einen mit „Filtrierpapier“ arbeitenden „Kaffeefilter mit auf der Unterseite gewölbtem Boden sowie mit schräg gerichteten Durchflußlöchern“.

Aus der Erfindung war bald eine Geschäftsidee geworden, und bereits im Dezember 1908 startete die Firma M. Bentz mit einem Kapital von 72 Reichspfennigen in der kleinen Wohnstube der damals vierköpfigen Familie Bentz. Die ersten Filterkörper ließ Melitta in einer Metallwarenfabrik in Westfalen fertigen, das erste Filterpapier lieferte eine Papierfabrik in Sachsen. Nicht nur beim Produkt, auch beim Vertrieb ihrer Innovation erwies sich das Familienunternehmen als erfinderisch. Melitta demonstrierte ihren Kaffeefilter beim Kaffeekränzchen, Ehemann Hugo, zuletzt Abteilungsleiter in einem Dresdner Kaufhaus, führte die Handhabung in Schaufenstern vor – eine damals neue Idee, die das Unternehmen später mit sogenannten „Vorführdamen“ ausweitete. Geschäftig zeigten sich von Anfang an auch die beiden Söhne Horst und Willy. Sie lieferten die erste Ware mit dem Bollerwagen an die Kunden aus.

Die Melitta-Filtertüte wird schnell zu einem Erfolgsprodukt. 1922 startete das Exportgeschäft mit Lieferungen in die Schweiz und die Tschechoslowakei. Bis Mitte der 1920er Jahre waren bereits über 100 000 Filter produziert, inzwischen auch aus Porzellan. Ab 1925 markierte „Melitta“ die Filterpapierpackungen in



den bis heute typischen rot-grünen Farbkombinationen zum Schutz vor Nachahmern, Produktfälschern. 1929 suchte das expandierende Unternehmen nach zwei Umzügen innerhalb Dresdens erneut nach einem größeren Gelände und zog mit 55 Mitarbeitern und den vorhandenen Maschinen um ins westfälische Minden in das Fabrikgebäude einer ehemaligen Schokoladenfabrik. 1932 entwarf Jupp Ernst den typischen Melitta-Schriftzug und 1937 erhielten die Filter und die Filtertüten von der Marke „Melitta“ ihre charakteristische Form. Auch nach der geschäftlichen Übernahme durch ihre Söhne Horst und Willy bleibt Melitta Bentz der Firma eng verbunden und kümmert sich um ihre Angestellten. 1950 stirbt die Firmengründerin im Alter von 77 Jahren.

Heute stehen dem Familienunternehmen ihre Enkel Thomas und Stephan Bentz vor. Zur Unternehmensgruppe „Melitta“ gehören weltweit knapp 50 Gesellschaften mit mehr als 3200 Mitarbeitern. Dabei beschränkt sich die Marke „Melitta“ nicht nur auf das Kaffeesortiment. Vielmehr findet sich unter diesem Markennamen mittlerweile eine breite Produktpalette, die auch andere Sparten abdeckt.

Kaffee ist in Deutschland nach wie vor das am meisten konsumierte Getränk mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Konsum von 146 Litern (2007). Und trotz aller Kaffeevariationen, die mittlerweile auf dem Markt zu bekommen sind, ist der klassische Filterkaffee weiterhin die beliebteste Option. Nur die Kaffeedomantie – die Kunst des Kaffeesatzlesens – hat seit der Erfindung der Papierfiltertüte durch Melitta Bentz erhebliche Einbußen erlitten.



**Ein erfolgreiches Gespann: Hugo und Melitta Bentz** Foto: Melitta

# Zehn Gebote der sozialistischen Moral

## Vor 50 Jahren erstellte die SED auf ihrem V. Parteitag ein atheistisches Pendant zu Moses Forderungskatalog

Von Manfred Müller

Mit sächselnder Fistelstimme verkündete SED-Generalsekretär Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag vom 10. bis 16. Juli 1958 die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“ und erhielt dafür stürmischen, lang anhaltenden Beifall der Delegierten. Dem Generalsekretär schwebte eine sozialistisch-atheistische Kultur als Ersatz der bürgerlich geprägten, weithin schon säkularisierten christlich-abendländischen Kultur vor Augen. Eines der Kernstücke dieser neuen Kultur sollte eine dem marxistisch-leninistischen Menschen- und Weltbild verpflichtete Moral sein. Nach marxistisch-leninistischer Auffassung ist Moral Ausdruck von Klasseninteressen. Demzufolge hatten die traditionellen sittlichen Auffassungen der deutschen Gesellschaft die Funktion, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung zu ermöglichen und zu erhalten. Der Klassenkämpfer Lenin hatte daraus die Folgerung gezogen: „Alles, was notwendig ist, um die alte Gesellschaftsordnung der Ausbeutung zu vernichten und die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen, ist moralisch.“ Ulbricht und die SED hatten dementsprechend eine auf den Klassenkampf bezogene Auffassung von Sittlichkeit: „Nur der handelt sittlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt.“

Karikaturisten des 19. Jahrhunderts stellten gelegentlich Karl Marx als einen neuen Moses (mit den Gesetzestafeln des Klassenkampfes) dar. In der Rolle eines neuen Moses sah sich wohl auch Walter Ulbricht, als er, deutlich auf die Zehn Gebote anspielend, die neue Moral in zehn Punkten darlegte. Zwar jubelten ihm die eingefleischten kommunistischen Delegierten zu. Aber wer draußen im Lande die Rundfunkübertragung hörte und nicht zu den 100prozentig überzeugten Genossen gehörte, konnte nur schwerlich von der Jubelstimmung erfaßt werden. Zum einen war da die negative Ausstrahlung Ulbrichts, der wegen seines Auftretens, seines Aussehens und seiner Stimme immer etwas von einer politischen Witzfigur an sich hatte, zu der die erhaben klingenden neuen Gebote nicht so recht passen wollten. Zum anderen war da die Diskrepanz zwischen den moralischen Postulaten und der oft erbärmlichen Wirklichkeit von Lebensführung und Politik der politischen Kaste der DDR.

Ulbrichts Zehn Gebote waren entsprechend der SED-Ideologie stark politisiert. Der echte Sozialist (Kommunist) soll aus proletarischer Vaterlandsliebe und gemäß der internationalen Solidarität (zu den sozialistischen Ländern und den nationalen, kommunistisch inspirierten Befreiungsbewegungen) handeln (Gebot 1, 2, 10). Er soll uneigennützig, diszipliniert, leistungsorientiert gute Taten für den Aufbau des Sozialismus erbringen (Gebot 2, 4, 5), wobei insbesondere das Volkseigentum zu schützen und zu mehren ist. War früher die Zerstörung der bürgerlichen Familie ein Kampfziel der Kommunisten, so ist die Familie im Aufbau des Sozialismus ein schützenswertes Gut: „Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.“ (Gebot 8). Und: „Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten.“

Diese „Normen der sozialistischen Moral und Ethik“ spiegeln, so deutete die SED-Exegese es aus, die „neuen Beziehungen zwischen den Menschen sowohl in der Produktion als auch im gesamten gesellschaftlichen Leben“. Die neuen Zehn Gebote seien dem, was die christlichen Kirchen verkündeten, klar überlegen. Die kirchlichen Zehn Gebote seien dazu geschaffen, Sklavenhalter und Feudalherren, Kapitalisten und Imperialisten zu unterstützen, und hätten zu erbarmungsloser Ausbeutung, Unterjochung, Ausplünderung geführt. Die Gebote der sozialistischen Moral aber würden die Menschen glücklich und frei machen.

Mit dieser Polemik verstieß die SED gegen die eigenen Grundsätze für die Kirchenpolitik, die das Politbüro im März 1954 formuliert hatte. Danach sollten die dem Christentum noch nicht entfremdeten Bürger nicht in ihren religiösen Gefühlen verletzt werden. Die entscheidende Passage lautete damals: „Unter den Anhängern aller Religionsgemeinschaften muß eine feste Massenbasis für den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens, gegen die amerikanische und Bonner Kriegspolitik, für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, für die aktive Teilnahme an der friedlichen Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik und für die Stärkung der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern, vor allem den Völkern der Sowjetunion, geschaffen werden. Dieser Kampf entspricht den Interessen der christlichen Menschen. Er muß so geführt werden, daß er in keiner Weise die religiösen Gefühle und Empfindungen dieser Menschen verletzt.“

Aus solchen taktischen Überlegungen hatte man in der DDR darauf verzichtet, die primitiv-aggressiven Formen kommunistischer Gottlosenpropaganda aus der Zeit der Weimarer Republik wieder aufleben zu lassen – Propaganda etwa folgender Machart: „Beten, Singen, Weihrauchdünste, / Frommer Zauber, heil'ge Lehren! / Alles eitel Priesterkünste, / Die Proleten zu betören! / Raus, Prolet, heraus / Aus dem Gotteshaus! / Schmeißt die Pfaffen raus! / Raus, Prolet, heraus! ...“

Aber die religiösen Gefühle von Christen wurden verletzt, wenn im Jahr der Verkündigung der neuen Moral (die keinerlei Rückbindung an Gott kannte) die SED-Broschüren in Massenauflage verbreiten ließ wie etwa „Der Sputnik und der liebe Gott“. Darin wurde dargelegt, bei den Flügen in den Weltraum seien keinerlei Anzeichen für die Existenz des lieben Gottes gefunden worden. Alle Bildungsinstitutionen und die SED-gesteuerten Massenmedien atmeten diesen Geist des Atheismus. Christen mußten sich da wie Deppen und Hinterwäldler vorkommen.

Anhänger der neuen Moral konnten nun bei Schandtaten des SED-Regimes ein gutes Gewissen haben, dienten sie doch dem Aufbau des Sozialismus. Christen hingegen sahen sich beispielsweise bei der Haßpropaganda gegen den Westen im Konflikt mit dem christlichen Gebot der Nächstenliebe.

Letztlich erreichte die SED nicht ihr Ziel, die DDR-Bevölkerung mit Hilfe der neuen Zehn Gebote zu einem Verhalten zu erziehen, das sich völlig am Kollektiv orientierte. Die Niedergangsphase und der Untergang des DDR-Systems machten dies überdeutlich.

### Die zehn Gebote

(1) Du sollst dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen. (2) Du sollst dein Vaterland lieben und stets bereit sein, deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht einzusetzen. (3) Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. (4) Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen. (5) Du sollst beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen. (6) Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren. (7) Du sollst stets nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen. (8) Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen. (9) Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten. (10) Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.

# Fernab der brodelnden Stadt

## Auf den Spuren von Einwanderern, Astronomen und Serienmördern: Mit dem Fahrrad durch den Londoner Osten

Von Robert B. Fishman

London mit dem Fahrrad? Kein Problem. Die City ist sonntags fast leer und für die anderen Tage gibt es Parks, Treidelpfade an alten Kanälen und sogar Radwege.

Mit einem leisen Klappern quittieren die lockeren Betonplatten jeden Meter, den die Räder zurücklegen. Der Weg am Regent's Canal ist gerade mal 1,50 Meter breit. Radfahren verboten steht immer mal wieder auf Schildern am Wegesrand.

Links wächst dichtes Gestrüpp, rechts tuckert ab und zu eines der bunt angestrichenen Hausboote durch das schwarzbraune Wasser des Regent's Canal, der sich in der Ferne vor den Wolkenkratzern der Docklands zwischen backsteinernen Reihenhäuschen und Fabrikgebäuden verliert.

Die vielen steinernen Brücken, die die Städtebauer vor 100 oder 200 Jahren über den Kanal geschlagen haben, sind nur in der Mitte hoch genug für die kleinen Fracht- und Hausboote, die im Einbahnverkehr Richtung Innenstadt oder hinaus in die Docklands jenseits des Londoner East Ends fahren. Am Ufer bleibt nur Platz für eine Person, die sich gebückt am Wasser entlang unter dem Brückenbogen hindurchzwängt. Wer entgegenkommt muß warten, Radfahrer sollten den Kopf einziehen und schieben.

„Nein, nein, die werfen wir wieder zurück", kommentierte der alte Mann seinen spärlichen Fang, ein handkleines Fischlein. Den ganzen Tag schon sitzt er hier wie viele ältere Herren auf einem Klapphocker und hält seine Angel ins Wasser. „Es ist Entspannung, ich bin an der frischen Luft und genieße die Sonne", freut sich der Rentner. Der laue Wind schiebt große Wolken über den blauen Himmel. Die Blätter der uralten Bäume am Kanal werfen ihre Schatten auf den Uferweg.

Das Londoner Zentrum mit seinen Staus und dem Gedränge in der U-Bahn ist Welten entfernt. Little Venice, Klein Venedig, nennt sich die Stelle, wo der Kanal so breit wird, daß mehrere der bunten Hausboote, meist umgebaute alte Frachtkähne, nebeneinander in der Sonne dümpeln können. Am Ufer haben Wirte ihre Stühle nach draußen gestellt und servieren im Schatten der Bäume Kaffee und kleine Speisen. Hier beginnt die Radreise entlang dem Kanal zum Camden Lock, der schwarz-weiß gestrichenen eisernen Schleuse, durch die heute vor allem Haus- und kleine Freizeitmotorboote fahren.

In den Galerien der alten Fabrikgebäude am Camden Lock haben moderne Cafés und Läden eröffnet, die Touristenandenken, Kifferutensilien und Kunsthandwerk aus Asien und der Karibik verkaufen. Eine junge Frau massiert Passanten mit einem festen metallenen Netz die Kopfhaut. Eine andere bietet auf einer mobilen Liege Fußreflexzonenmassagen an.

Die Leckereien der pakistanischen, indischen, chinesischen und nepalesischen Garküchen duften nach Curry, Kardamom und anderen exotischen Gewürzen. Auf der braunroten Backsteinbrücke, die den Markt mit der an Klamotten- und Designerläden reichen Camden Street verbindet, hält ein Punker ein Werbeplakat für Doc-Martens-Schuhe hoch. „Kostet ein Pfund", mault er Touristen an, die seinen knallroten Irokesenhaarschnitt fotografieren wollen. Seine grünhaarige Freundin ruft den Passanten Schmähungen nach.

Seltener verirren sich Touristen auf die Brick Lane tief im Londoner Einwandererviertel East End. Auf dem Straßenmarkt verkaufen Araber, Afrikaner, Immigranten aus der Karibik und aus Südasien Leckereien aus ihrer Heimat, Möbel, gebrauchten Hausrat, T-Shirts, Fußballfahnen und den neuesten Plastikramsch. Neben englischen Pubs finden sich moderne Designercafés, ein Biergarten vor einer zum Konzertsaal umgebauten Fabrik und eine marokkanische Teestube. Auf Kissen an den niedrigen Tischen trinken vor allem Männer in weißen Gewändern ihren Pfefferminztee.

Lange bevor die ersten Einwanderer aus Übersee nach London kamen und so wunderbare Restaurants wie das pakistanische Tayyabs (www.tayyabs.co.uk; Wer hier Alkohol trinken will, muß ihn selbst mitbringen) eröffneten, zog eine berühmte Gruselgestalt durch das Viertel: Jack the Ripper soll 1888 in den Seitenstraßen des East Ends fünf Frauen erstochen und mit seinem Messer verstümmelt haben.

Nüchtern und präzise wie in einem Obduktionsbericht beschreibt Fiona, eine freie Schauspielerin und Jonglierlehrerin, auf ihrer Führung den elenden Alltag am Ostrand der Londoner Innenstadt. Als Tagelöhner schufteten die meisten in den nahen Fabriken und Docks 17 Stunden am Tag. Der Lohn: zehn Pence. Ein Zimmer kostete 50 Pence die Woche.

So lebten viele auf der Straße oder übernachteten in Flop Houses.

Für zwei Pence die Nacht hatten sie dort ein Dach über dem Kopf und schliefen halb stehend an Seile gelehnt. Um zu überleben, mußten sich viele Frauen auf dem Straßenstrich verdingen.

Auf dem Weg durch Gassen im East End erfahren die Touristen, daß von den damals 800 000 Londonern 11 000 kein Obdach hatten. Jedes zweite Kind starb, bevor es fünf Jahre alt war.

Unvorstellbar angesichts des neuen East Ends: Immer weiter frißt sich die City mit ihren glitzernden Glas-Beton-Bürotürmen in das ehemalige Arbeiter- und heutige Einwandererviertel. Block um Block wurde abgerissen und durch moderne Bürohochhäuser ersetzt. Was vom alten East End geblieben ist, wird luxussaniert. Eine Million Pfund (rund 1,6 Millionen Euro) kostet eines der frisch sanierten „Hugenottenhäuser" mit vier Zimmern. Um 1750 bauten die protestantischen Flüchtlinge aus Frankreich die zweistöckigen Reihenhäuser mit den großen Fenstern. Für eine 2-Zimmer-Wohnung in der zu Lofts umgebauten ehemaligen Brauerei oder dem einstigen Obdachlosenasyl zahlt man eine Viertel Million Pfund.



Alt neben neu: Immer weiter fressen sich die modernen Bürogebäude in das Herz der Stadt an der Themse. Foto: Fishman

Von den verwinkelten Hinterhöfen, in denen Jack the Ripper seine Verbrechen beging, sind nur noch wenige übrig. Zwischen den dunklen Backsteinmauern verbinden 1,50 Meter schmale, finstere Gänge Häuser, in denen früher acht oder zehn Menschen in einem Zimmer ohne Strom und Wasser lebten. Fiona bleibt auf ihrem Rundgang immer wieder überraschend stehen und erzählt ganz trocken, wie der Mörder hier sein Opfer packte, erstach, ihm das Herz herausschnitt oder die Eingeweide herauswühlte. Detailliert berichtet sie von den zahlreichen vergeblichen Versuchen, die Morde aufzuklären, von Mythen, Legenden und Verschwörungstheorien, die in den vergangenen 100 Jahren auf die Spur des Killers führen sollten.

Keine zehn Fahrradminuten weiter erinnert nichts mehr an die Gruselgeschichten aus den Archiven von Scotland Yard. An der Themse reihen sich Londons neue und alte Prachtbauten wie die Tower Bridge, die an eine riesige, düstere Fabrik erinnernde Tate Modern Gallery, die blau glitzernde City Hall, das Riesenrad London Eye mit seinen silbrigweiß glänzenden Kabinen oder das Parlamentsgebäude.

Nach Osten ist es mit dem Rad über ruhige Seitenstraßen nicht weit in die futuristischen Docklands: Gewagte Hochhauskonstruktionen privater Investoren, die hier in den 80er Jahren angeblich 25 Milliarden Pfund verbauten.

Von den Docklands führt ein Tunnel unter der Themse in eines der letzten Londoner Dörfer, Greenwich Village. Im eingezäunten Hof des Königlichen Observatoriums markiert ein goldfarbenes Metallband das Herz eines untergegangenen Weltreichs: den Nullmeridian. Britische Forscher bestimmten die Linie im Hof der Akademie zum Ausgangspunkt der bis heute auf allen Landkarten verzeichneten Längengrade um die Erde. An einem ruhigen Werktag kann man vom Observatorium aus bequem den Hügel durch das kleinstädtische Greenwich hinunterrollen. Radfahren erlaubt.

# Bequemer fliegen

## Gegen einen Aufpreis gibt es bei einigen Fluglinien mehr Beinfreiheit

Der Rücken tut weh, die Knie schmerzen – nach einem langen Flug spüren die meisten jeden Knochen. In der Economy-Class ist es ziemlich eng, und ein Business-Ticket für den Flug in den Urlaub kann sich kaum jemand leisten. Doch immer mehr Linienfluggesellschaften bieten jetzt auch eine Zwischenklasse an, die Premium Economy Class.

„Die starren Buchungsklassen haben viele Airlines inzwischen aufgehoben", erklärt Ansgar Schubert, Sprecher der Barig, einer Vereinigung internationaler Fluggesellschaften. Der Name sei zwar von Linie zu Linie verschieden, in der Regel verspreche die neue Klasse aber vor allem eines: mehr Beinfreiheit zu einem mehr oder weniger hohen Aufpreis.

Es lohnt sich jedoch, genauer hinzuschauen, bevor man etwas tiefer in sein Portemonnaie greift. Denn es gibt Unterschiede: Der zusätzliche Sitzabstand kann zwischen zehn und 30 Zentimetern variieren.

> Auch das eine oder andere Extra ist mit dabei

Auch bei der Preisgestaltung unterscheiden sich die Airlines, sagt Schubert: „Mit etwas Glück kann man schon für einen Aufschlag von 180 Euro bequemer fliegen." Doch meistens liege er zwischen 300 und 500 Euro.

Dafür bekommt man dann oft nicht nur mehr Beinfreiheit, sondern auch das eine oder andere Extra. Dazu können zum Beispiel eine erhöhte Freigepäckgrenze oder der Check-in am Business-Schalter gehören. Champagner an Bord darf man jedoch nicht erwarten: „Die Verpflegung ist die gleiche wie in der normalen Economy-Class", schränkt der Flugexperte ein. Früh buchen lohnt sich: Nur ungefähr zehn Prozent der Sitzplätze befinden sich in der Premium Economy Class.

Auch Ferienflieger haben sich dem Trend angeschlossen. Je nach Strecke und Fluglinie kann es die Zwischenklasse schon für Mehrkosten ab 70 Euro geben. Und einige Airlines sind dazu übergegangen, eine Reservierungsmöglichkeit für die komfortableren Plätze am Notausgang gegen einen geringen Aufpreis anzubieten. Oder nur einzelne Sitze mit mehr Beinfreiheit auszustatten.

Mit etwas Glück wird man sogar in der Business-Class fündig. Denn auch hier gibt es ab und zu Sonderpreise mit bis zu 70 Prozent Aufschlag gegenüber dem Normalpreis.

Wer für den Flug ein etwas größeres Budget einplant, hat so verschiedene Möglichkeiten, recht erholt am Urlaubsort anzukommen.

Die notwendigen Informationen holt man am besten schon vor der Buchung im Reisebüro oder direkt bei der Fluggesellschaft ein. *ddp*

# Tetanus und Co.

## Kurzfristig Impfung auffrischen

Last-Minute-Reisen in exotische Länder werden immer beliebter. Doch bei kurzfristig gebuchten Urlauben bleibt oft wenig Zeit, um sich über gesundheitliche Risiken und Vorschriften zu informieren. Und: Nicht nur Malaria, Gelbfieber oder andere Tropenkrankheiten sind gefährlich. „Viele Deutsche haben sich schon jahrelang nicht mehr um ihren Standard-Impfschutz gekümmert. Genau das kann ihnen in Afrika, Asien oder Südamerika zum Verhängnis werden", sagt Dr. Marko Ostendorf, Arzt des Infocenters der R+V Versicherung.

Besonders die über 30jährigen vernachlässigen vielfach ihren Impfschutz. So ist beispielsweise nur noch durchschnittlich jeder Zweite ausreichend gegen Diphtherie oder Tetanus (Wundstarrkrampf) geschützt.

„Bei Kindern wird in der Regel eine Grundimmunisierung durchgeführt. Diese Impfungen müssen alle zehn Jahre aufgefrischt werden – aber viele Erwachsene können sich nicht einmal an ihre letzte Impfung erinnern", so R+V-Experte Ostendorf.

Das hängt auch damit zusammen, daß viele Menschen die Auffrischungen für überflüssig halten, weil die Krankheiten in Deutschland nur noch selten vorkommen.

Dabei reicht in der Regel eine Spritze, auch wenn die Grundimmunisierung schon deutlich länger als zehn Jahre her ist. Nur wenn diese fehlt, muß dreimal geimpft werden. *pm*

## Ich muß mich meiner Orden nicht schämen!

**Betr.: „Für Tapferkeit und Mut" (Nr. 25)**

Leider habe ich nur noch mein EK II mit Verleihungsurkunde, das ich in Ehren halte und nicht missen möchte.

Ich war Kriegsfreiwilliger, der mit 17 Jahren Soldat geworden ist, nicht, um Juden oder Zigeuner oder wen sonst auch immer umzubringen, sondern einzig und allein, um mein Vaterland zu verteidigen, das von Feinden umringt war, Feinden, die nicht KZ-Häftlinge und Juden befreien wollten, sondern die Deutschland vernichten wollten, weil es ihnen aus unterschiedlichen Gründen im Wege war.

Natürlich schreiben die Sieger die Geschichte. Ich aber weiß, warum ich Soldat geworden bin, weiß, daß ich niemals Gewalt gegen Wehrlose gebraucht habe und daß ich als Soldat mich immer so benommen habe, daß ich nie Kritik verdient oder zu fürchten hatte.

Ich muß mich meiner Orden nicht schämen und darf stolz auf sie sein. Ich finde es erbärmlich, daß ehemalige deutsche Soldaten ihre Orden nicht offen tragen dürfen.

**Hans-Joachim Bunzel, Stade**

## Vielseitiges Gefährdungspotential

**Betr.: „Wie der ‚Rote Adler' braun wurde" (Nr. 25)**

Endlich wird in Brandenburg (leider nur dort!) ein Problem angesprochen, das schon lange einer Lösung harrt. Das Lied von der Märkischen Heide ist nachweislich von der SA mißbraucht worden, freilich nicht ausschließlich. Auch Hitlerjugend und die faschistische Wehrmacht haben dies getan. Und immer noch dürfen dieses Lied und andere in der gleichen gefährlichen (deutschen) Sprache gesungen werden. Kein staatliches Verbot hat dieses Gefährdungspotential bislang beseitigt. Gut, daß das nun erkannt und nachgeholt wird.

Eine andere, nicht minder gefährliche Nachlässigkeit ist noch immer nicht erkannt worden. Bekanntlich war Adolf Hitler ein Liebhaber von Gemüse; insbesondere grüne Bohnen soll er über Jahrzehnte zu Nahrungszwecken mißbraucht haben. Dennoch ist die Produktion, die Verarbeitung, der Handel und der Verzehr dieses Vegetabiliums weiterhin keinerlei Einschränkungen unterworfen. Quo usque tandem abutere, Germania, patientia nostra? (Wie lange noch, Deutschland, wirst du unsere Geduld mißbrauchen?)

**Bruno Kühl, Köln**

## Disziplin muß sein

**Betr.: „Wenn Erziehung fehlt" (Nr. 25)**

Sicher fehlt es häufig auch an Erziehung, denn lernen kann nur der, der erzogen ist, der weiß, wie man sich in einer Gruppe verhalten muß, der zuhören kann, tolerant gegenüber anderen Meinungen ist und Arbeit nicht scheut. Unbestritten kommen heute zu viele Schüler in unsere Schulen, denen es an Erziehung fehlt, darunter besonders viele Ausländer. Sie in Gemeinschaftsklassen erziehen zu wollen ist ideologische Idiotie. Für die Benachteiligten unserer Gesellschaft brauchen wir relativ homogene Kleingruppen und Leistungs- und Verhaltensanforderungen, die durchzusetzen sind. Natürlich soll Schule auch Spaß machen, aber ohne Disziplin geht es auch nicht. Die richtige Mischung machts. Kleine Lerneinheiten kosten viel Geld, aber ohne die wird es nicht gehen, und auch sie werden nicht dazu führen, daß wir alle Schüler zu einem Abschluß führen können.

**Moritz Viebahn, Halle / Saale**




**Demonstrierende Lehrer: Mit der Bildung steht es in Deutschland nicht zum besten.** Foto: ddp

## Geschichte treu

**Betr.: „Wie der ‚Rote Adler' braun wurde" (Nr. 25)**

Da hinkt die *PAZ* aber ein ganzes Stück hinterher, denn diese Meldung hat schon einen Bart. Der „Rote Adler" ist ja nicht braun, er bleibt rot, und da können sich die Nachfahren der SED auf den Kopf stellen.

Jedenfalls noch, denn noch sind die Wowereits in der SPD nicht die Mehrheit, die sich zum Steigbügelhalter der SED-Erben auserkoren haben. Es gibt noch Sozialdemokraten, die ihrer Partei und ihrer Geschichte treu bleiben, und es gibt auch in den anderen Parteien Demokraten, die mit den Nachfahren der Mauermörder nichts zu tun haben wollen. Gysi und Genossen gehören auf den Müll, und mit ihnen ihre Steigbügelhalter.

Steige hoch, Du roter Adler, hoch über deutsches Land, in dem Kommunisten und anderes Gesocks nichts zu suchen haben.

**Helga Ratzlaff, Kiel**

## Rechtsstaat wird pervertiert

**Betr.: „Die Blamage" (Nr. 25)**

Sehr erfreut bin ich, daß die *PAZ* regelmäßig aktuelle Themen behandelt und dabei zielsicher die Meinung breiter Bevölkerungsteile trifft. So auch hier. Nicht nur ich allein bin immer wieder entsetzt, wie bei uns die angebliche Demokratie und der sogenannte Rechtsstaat pervertiert werden: „Paris und Berlin wollen Irland links liegen lassen!" meldete schon „Die Welt" am 16. Juni.

Bedeutende Staaten (hier Frankreich und Deutschland) kümmern sich einen Dreck um eine demokratische Entscheidung, die durch deren eigene frühere Mitwirkung verbindlich ermöglicht wurde. Die wundervolle Idee des geeinten Europas bekommt immer mehr die Rolle eines grotesken bürokratischen Monsters (die EU-Paläste in Brüssel sprechen ihre eigene Sprache), und demokratisch ist nur das, was zufällig gewissen Staaten in den Kram paßt. Ein anderer Fall ist nicht minder katastrophal (ebenfalls entnommen aus „Die Welt" vom 16. Juni, „Fluch der bösen Tat", Seite 27): Die vom höchsten deutschen Bundesgericht festgestellten „unstreitigen Ansprüche" des Eigentümers des Aufbau-Verlages werden von ebenfalls „höchster" Regierungsstelle ignoriert! Ein deutsches Ministerium weigert sich, Ansprüche zu honorieren, deren Rechtsgültigkeit außer Frage steht. 14 Jahre Rechtsstreit und Firmenkonkurs – und unser Staat pfeift auf seine Verpflichtungen. „Nur noch mit Kopfschütteln", wie der „Welt"-Berichterstatter meint, kann man darüber nicht hinweggehen. Vom Staatsverhalten solcher Ausprägung kann nichts Gutes erwartet werden: Dieser Staat bedroht seine eigene Existenz. Das Haltbarkeitsdatum (oder in EU-Deutsch „Best Before Date") solcher Institutionen ist damit abgelaufen, und das zuständige Personal muß sofort dauerhaft entsorgt werden. Zu ersetzen sind diese durch andere Leute, denen die Begriffe „Demokratie" und „Rechtsstaat" keine Worte ohne Inhalt sind.

**Hans-Jürgen Bothmann, Hamburg**

## Ex-DDR-Bürger sucht eine neue Heimat

**Betr.: „Milde Maßnahmen" (Nr. 19)**

Mit diesem Artikel haben Sie schlicht und einfach bewiesen, daß Sie, die *PAZ*, den Mut haben, auch die unangenehmen Wahrheiten sachlich und real darzustellen. Es ist schon ekelerregend und das für jeden normalen Deutschen, wenn man in anderen, sogenannten und immer gleich zitierten „ehrenvollen" Presseerzeugnissen die Vorverurteilungen von Deutschen liest, obwohl in deren Redaktionsstuben die Wahrheit genau bekannt ist.

Diese beschriebene Machart, sie ist mit den Ansätzen eines „Staatsrassismus" gleichzusetzen, ist der Nährboden für Rechtsradikalismus in allen seinen Schattierungen. Doch mit dem Rechtsradikalismus will man sich von Seiten dieser Presse und anderer journalistischer Organe nicht sachlich auseinandersetzen, vielleicht kann man das auch gar nicht. Vielleicht sind bestimmte Ansätze zum „Rechtsradikalismus" auch nur falsche Wege, die Jugendliche auf ihrer Suche nach einer nationalen Identität gehen. Daß diese nationale Identität, die der Staat nicht bieten will, gesucht wird, hat sich während der Fußballweltmeisterschaft 2006 gezeigt.

In beiden deutschen Staaten habe ich viel mit Ausländern zusammengearbeitet. Mit meinen ausländischen Arbeitskollegen kam ich immer bestens aus. Wir haben uns viel über unsere Heimatländer erzählt.

Zu Ihrer Information über mich: Ich bin weder ein Rechter noch ein Linker, sondern nur ein „gelernter" Ex-DDR-Bürger, der eine neue Heimat sucht. Das ist in diesem Staat sehr schwer.

**Karl A. Ehrhardt, Potsdam**

## Verdrehter Kopf eines älteren Richters oder wahres Recht?

**Betr.: „Milde Maßnahmen" (Nr. 19)**

In Ihrer Ausgabe vom 10. Mai 2008 berichtet Markus Schleusener von haßerfüllten Beleidigungen auf geradezu „tierischem" Niveau gegen Deutsche: „Ich f.... alle deutschen Frauen. Scheiß Deutsche. Wir werden euch alle vergasen. Deutsche Hure." Die Jugendrichterin Kirsten Heisig in Berlin habe deswegen Kaan U. zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt (ein „mildes" Urteil, wie sie selbst zugebe). Aber im umgekehrten Falle müßten eventuelle deutsche Täter (bei ihr) mit sehr viel härterer Bestrafung rechnen, und zwar nicht nur wegen Beleidigung, sondern außerdem – zusätzlich – wegen „Volksverhetzung".

Wie denn das? Sind die oben genannten Verächtlichmachungen und Beschimpfungen kein Angriff auf die Menschenwürde von Teilen der Bevölkerung (§ 130 Abs. 1 Nr. 2 StGB) – zumal ihres weitaus größten Teiles? Und sind sie nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören (nicht zuletzt auch dadurch, daß sie Haß gegen die Störer erzeugen können)? Ist jenes „tierische" Benehmen in einem Linienbus keine bereits vollendete Störung des öffentlichen Friedens?

Wer als Volksangehöriger einen Volksfremden beleidigt, soll zusätzlich und härter bestraft werden als ein Volksfremder, der einen Volksangehörigen beleidigt (und selbst eventuell nicht einmal die Absicht hat, jemals Volksangehöriger zu werden)?

Na, wenn das keine Rechtsverdrehung ist! Aber vielleicht ist es nur mein Kopf (aus der älteren Richtergeneration), in dem etwas nicht stimmt.

**Wolfgang Wirth, Hochheim / Main**

## An der Bildung wird ständig herumexperimentiert

**Betr.: „Professoren müssen vom Alten loslassen" (Nr. 24)**

Als Vorbemerkung: Meine pädagogische Erfahrungen sammelte ich als Schüler, Lehrer, Schulleiter und vierfacher Vater in DDR und BRD.

Das Experimentieren an unseren Schulen offenbart den derzeitigen desolaten Zustand unseres Bildungswesens. Aber so war es schon immer. Als Anfang der 50er Jahre in der DDR unter Kultusminister Wandel die Reform des Schulwesens durchgeführt wurde (Redensart „Der Wandel ist das einzig Beständige in der Pädagogik"), wurden auch zentrale Abschlußarbeiten wie Aufsätze im Deutschunterricht der 8. Klasse eingeführt.

Das Ergebnis erlebte ich so: Mein damaliger Schulleiter ließ in weiser Voraussicht das ganze Schuljahr hindurch Aufsätze mit politischen Themen schreiben. Das war eine gute Vorbereitung für Phrasen. Bei der gegenseitigen Kontrolle der Arbeiten, die von den jeweiligen Deutsch-Lehrern erfolgte, war es natürlich logisch, daß dem „Gegenspieler" vor allem „übersehene Fehler" angekreidet wurden. weil man den „besseren" Lehrern ja Prämien in Aussicht stellte.

Die revolutionären „68er" wollten alles besser machen und man sollte nur lernen, was Spaß macht. Prüfungen – auch schriftliche – sollten im Team erfolgen, damit die Leistungsstärkeren das Manko der Schwächeren ausgleichen konnten. Wenn ich heute lese, daß es in Köln fast 50000 Analphabeten gibt, dann frage ich mich satirisch, ob man die betroffenen 68er Akademiker auch mitgezählt hat.

Aber jetzt wird alles besser werden, denn wir leben ja global.

Außer unseren Heimatsprachen Deutsch und Türkisch werden die Kinder schon im Kindergarten die Möglichkeit haben, Englisch zu lernen.

Dann werden sie auch endlich verstehen, was alles großartig in dieser Sprache in Kaufhäusern, Banken, Geschäften, Unternehmen und nicht zuletzt in Post und Bundesbahn angeboten wird.

Aber werden unsere Kinder das auch alles nutzen können? Noch ist der angesparte Wohlstand groß genug, um vieles zu verdecken. Doch die „Unterschicht" wächst ständig, wie man der Presse entnehmen kann. Noch sind die Kinderzimmer überfüllt mit Spielzeug und Dingen, die meist unbeachtet umherliegen. Noch sucht die Jugend nach Berufen, die möglichst Spaß machen und viel Geld einbringen. Verständlich! Und manche können sich auch ein langjähriges Studium auf verschiedenen Fachgebieten leisten, möglichst garniert mit Abenteuerurlauben.

Aber diese schöne Zeit geht zu Ende. Denn es fehlen Fachleute in Berufen, die die Grundlagen für den Wohlstand eines Landes legen. Es fehlen Ingenieure, Chemiker, Physiker, denn deren Studium erfordert mehr geistigen Einsatz. Es hat lange gedauert, bis die Politik das entdeckt hat. Hoffentlich ist es nicht schon zu spät.

**Wilhelm Fuehrer, Köln**

## Einer Art von Gehirnwäsche unterzogen

**Betr.: „Erinnern ohne Aufrechnen" (Nr. 24)**

Ein erfreulicher Bericht, der belegt, daß in Polen Menschen leben, wie wir sie auch unter uns erleben, die fern nationalistischen Getues einfach Mitmenschen sind, die Leid und Unrecht überall zu erkennen vermögen, ganz egal, wo und von wem es geschehen ist.

Erinnern ist wichtig. Aufrechnen ist Werkzeug, Werkzeug der Fälschung und der Niedertracht, es dient nicht der Wahrheit, es will Lüge zementieren und verewigen. Jedes Unrecht und jedes Leid zählt für sich.

Das Grundsätzliche ist oft schwer zu erkennen, weil Deutsche wie Polen nach dem Krieg einer Art von Gehirnwäsche unterzogen worden sind, wo ihnen auf allen Informationskanälen Sachliches und Zutreffendes vorenthalten worden ist. Zeitgeschichte wurde zu einem Zerrspiegel der Geschichte, der nur das Gewollte zeigte. Die Folgen sind in Polen wie bei uns zu besichtigen. Wahrheit ist zu einem kümmerlichen Pflänzchen am Wegesrand verkommen. Doch es gibt Hoffnung, wie im schlesischen Petersdorf zu erfahren war.

**Wolf Grigoleit, Fellbach**

## Wir werden abgezockt, und die Politik schaut zu

**Betr.: „Außer Kontrolle“ (Nr. 24)**

Es ist schon traurig, wie manipuliert die Presse heute berichtet. Ihr Artikel enthält wenigstens ein wenig Hintergrundinformation! Stimmung machen darf die Presse nicht, aber sie muß Informationen liefern! Und wenn man weiß, wie wenig zum Beispiel Weißrußland für Erdgas bezahlt und was von den Europäern abgezockt wird, dann bedarf es keiner weiteren Erläuterung! Es ist traurig, wie wenig unsere Politik sich hinter das eigene Volk stellt und endlich sagt „njet!“. Wir haben das Geld und müssen damit die Unfähigkeit fremder Regierungen finanzieren. Das schlimme daran: Mittlerweile gehört auch unsere Regierung zu den Unfähigen! Wo sind die Politiker mit Format? Uns Bürgern gelüstet danach! **Tim Faust, Schongau**

## Die tiefrote Krähe versenken

**Betr.: „Linke gegen ‚Roter Adler‘“ (Nr. 22)**

Haben sich die werten Linken schon einmal darüber Gedanken gemacht, welches Toilettenpapier Hitler bevorzugte (das umgehend verboten werden sollte) oder darüber, was die Brandenburger zu Hitlers Zeiten gerne aßen oder anzogen. Es dürfte noch vieles geben, was Brandenburger mit und ohne Parteibuch dazumal schätzten, was der Brandenburger Linken noch ein weites Betätigungsfeld bieten dürfte.

Lassen wir uns den roten (roten) Adler nicht nehmen und lassen wir ihn steigen, die tiefrote Krähe hingegen sollten wir im nächsten Fluß versenken, dort, wo er am tiefsten ist.

**Peter Warzewsky, Leipzig**

## Öl-Spekulanten

**Betr.: „Spritpreise treiben die Inflation“ (Nr. 22)**

Nicht nur die Spritpreise! Auch Gas und Strom werden teurer und teurer. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Und natürlich schlagen die Energiepreise auf viele andere Lebensbereiche durch. Das hat seine negativen Auswirkungen auf uns alle.

Nur die Spekulanten freuen sich, denen wir nicht ihr übles Handwerk legen können. Das kleine Österreich entlastet seine Autofahrer, die große Bundesrepublik kann das nicht. Ihr Verteilungsbedarf ist unermeßlich.

Was wären denn ihre Politiker, wenn sie nicht über Geld verfügen könnten, das andere verdient haben? Aber das Kartellamt soll jetzt den Ölkonzernen auf die Schliche kommen. Schon zum Jahresende soll ein Zwischenbericht vorliegen. Der Bürger erlebt täglich, wie sich die Spritpreise gleichen. **Franz Isenberg, Berlin**



Eine Deutschlandfahne weht vor Cuxhaven an einem Ausflugsschiff vor der Bohr- und Förderinsel Mittelplate: Die Mittelplate im Wattenmeer vor der Küste Schleswig-Holsteins ist die einzige deutsche Öl-Bohr- und -Förderinsel. Foto: ddp

## Gewalt ist der Feind

**Betr.: „Katholiken: Nur gegen rechts ist zu einseitig“ (Nr. 24)**

Es ist nicht nur zu einseitig, es ist auch schlichtweg falsch und beruht auf der über Jahrzehnte reichenden Fehlinformation von Medien und Politik, die die Untaten der Kommunisten in vielen Ländern der Erde, der Mao, Stalin und so weiter nicht erwähnt oder nur im Nebenbei gebracht haben.

Ich frage mich, wie man beschaffen sein muß, um zwischen Ermordeten zu unterscheiden. Jedes Opfer von Gewalt verdient unsere Trauer und unser Nicht-Vergessen.

Noch immer sind die größten Menschenschlächter Stalin und Mao, auch wenn Hitler ihnen nicht viel nachsteht.

Rechts und Links gehören ins demokratische Spektrum. Gewalt hat in ihm nichts zu suchen. Und Gewalt ist allein der Feind, gegen den es mit allen Kräften zu gehen hat. **Anton Schäde, Leipzig**

## Schlicht erfunden!

**Betr.: „Ausser Kontrolle“ (Nr. 24)**

Ja, wehe wenn sie dahinterkommen, daß Al Gore, wie viele seiner Genossen, die von Menschen verursachte globale Erwärmung schlicht gesagt erfunden hat. Dieser Spaß hat nicht nur Energiepreise erhöht, sondern noch dazu Milliarden aus der Wirtschaftskasse aller Länder herausgesogen. Wer die US-Presse verfolgt, weiß, daß viele Wissenschaftler in den USA diese ganze unreife Festellung bloßstellen, und die Anzeichen in der Natur scheinen ihnen bereits recht zu geben!

**Peter P. Haase, Boca Raton, Florida, USA**

## Widerstand gegen Stalin weitgehend unbekannt

**Betr.: „Und nun spricht Stalin aus den Archiven“ (Nr. 21)**

Ja, aber nicht erst in Bogdan Musials neuem Buch „Kampfplatz Deutschland“. Victor Soworow hat in „Der Eisbrecher – Hitler in Stalins Kalkül“ bereits umfangreiches Material zu Stalins Kriegsvorbereitung, nicht nur gegen Deutschland, sondern gegen ganz Westeuropa gerichtet, veröffentlicht.

Daß nicht nur Hitler, sondern auch Stalin einen Angriffskrieg gegen Deutschland vorbereitete, gehört zur Allgemeinbildung. Musials Buch könnte als „Faktengesättigtes Buch“ gelten, wenn er nicht einen ganz gewichtigen Umstand, wie übrigens viele andere Historiker auch, ausgeklammert hätte – Stalins Massenmord 1937/38 an 35 000 Offizieren der Roten Armee, darunter drei von fünf Marschällen, 13 von 15 Armeebefehlshabern, 57 von 85 Korpsgenerälen, 110 von 195 Divisionsgenerälen und Tausenden anderen Stabsoffizieren. Nur ein einziges Buch, das von Michael Sayers und Albert Kahn, „Die große Verschwörung“, eine amerikanische Übersetzung im Verlag Volk und Welt aus dem Jahr 1949, bringt Licht in das Dunkel dieser Zeit.

Die Autoren weisen überzeugend nach, daß gegen Stalin ein Militärputsch in Vorbereitung war, in dessen Mittelpunkt Marschall Tuchatschewski stand. So ist unter anderem folgendes Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Nicola Titulescu in der Pariser sowjetischen Botschaft überliefert: „Monsieur le Ministre, es ist unrecht, daß Sie Ihre Laufbahn und das Schicksal Ihrer Nation an Länder ketten, die alt und ‚erledigt‘ sind wie Großbritannien und Frankreich. Wir sollten unsere Blicke auf das neue Deutschland richten. Für eine gewisse Zeit zumindest wird Deutschland die Führung des europäischen Kontinents übernehmen. Ich bin überzeugt, daß Hitler zu unser aller Rettung beitragen wird.“ (S. 286)

Die Mehrheit dieser Offiziere sympathisierte mit den alten Reichswehroffizieren aus gemeinsamen Tagen der Hilfe und Unterstützung bei der deutschen Wiederaufrüstung. Sie wollten Stalins Krieg gegen den Westen verhindern. Und so erklärte am 4. Juli 1937 der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Maxim Litwinow dem US-Botschafter in Moskau, J. E. Davies: Durch die Prozesse und Hinrichtungen habe sich die Sowjetregierung die Gewißheit verschaffen müssen, daß es bei Ausbruch des unvermeidlichen Krieges keinen Verräter mehr auf sowjetischem Boden geben wird, der mit Berlin oder Tokio zusammenarbeiten könnte.

Die Revisionisten schlugen alsbald zu. Das Buch wurde in der DDR auf den Index gesetzt. **Dieter Bock, Burgstall**

## Auch Schlösser

**Betr.: „Protest mit Folgen“ (Nr. 21)**

Nicht „nur“ intakte Kirchen wurden von den Kommunisten bewußt zerstört. Ich meine damit unzählige Schlösser und Herrenhäuser, die den Krieg unbeschadet überstanden hatten. Sie wurden gesprengt oder abgerissen beziehungsweise man überließ sie dem Verfall. Die Kommunisten haben somit unschätzbare kulturelle Werte auf dem Gewissen. Offiziell sollte das Material für die Errichtung sogenannter „Neubauernhäuser“ gewonnen werden, in Wirklichkeit ging es darum, den „Gutscharakter“ der Dörfer aus ideologischen Gründen zu zerstören. **Jürgen Gruhle, Nauendorf**


Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

**Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher:** Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

**Freie Mitarbeiter:** Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Wolf Oschlies

**Verantwortlich für den Anzeigenteil:** Knut Bantow.

**Anschrift für alle:** Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 Euro monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro monatlich, Luftpost 14,50 Euro monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

**Telefon (040) 41 40 08-0**
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5022**


## Bezeugt durch Transportzüge Richtung Westen

**Betr.: Leserbrief „Sowjets waren gar nicht fähig uns anzugreifen“ (Nr. 23)**

In Abständen kommen Leserzuschriften zu dem Thema: „War der Rußland-Krieg ein Überfall oder ein Präventivschlag?“ In der Ausgabe vom 7. Juni behauptet nun ein Leserbriefschreiber allen Ernstes: „Sowjets waren gar nicht fähig uns anzugreifen“. Der Mann lebt wohl auf einem anderen Stern, darum lohnt es nicht, im einzelnen darauf einzugehen. Die Mehrheit der Zuschriften geht davon aus, daß Stalin einen Angriff vorbereitete, Hitler das aber nicht wußte! Man dürfe deshalb nicht von einem Präventivschlag ausgehen, das stimmt so nicht. Nach dem Molotow-Besuch im Dezember 1940 wurden die Spannungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion deutlich. In seinem Buch „Überfall?“ berichtet der frühere Generalstabsoffizier Erich Helmdach über die Aufklärung des russischen Aufmarsches. Man war sich im klaren, daß auf der russischen Seite starke Kräfte in Grenznähe stationiert wurden. Georg Pemler beschreibt in seinem Buch „Der Flug zum Don“, 1981, Erkundungsflüge, sprich Spionageflüge, vor dem Kriegsbeginn. Darin beschreibt er die vielen gesichteten Transportzüge, alle in Richtung Westgrenze der Sowjetunion. Daß ein riesiger Aufmarsch stattfand, war der deutschen Führung klar. Helmdach schreibt: „Wir wußten nichts über den Kampfwert dieser Truppen und deren Bewaffnung.“ Daß die Sowjetunion Panzer hatte, die unseren von 1940 weit überlegen waren, war eine der großen Überraschungen. Guderian hatte wohl eine Ahnung davon. Er schreibt: „Ich hatte nach dem Polenfeldzug den Auftrag, einer russischen Militärmission unsere Panzerproduktion zu zeigen.“ Die Russen zweifelten, daß ich ihnen alles zeigte und sagten: „Wir würden Ihnen auch nicht alles zeigen.“ Damals hatte er den ersten Verdacht, daß die Russen mehr in der Hinterhand hatten. Die letzten Zweifel über Stalins Absichten werden durch die Bücher von Viktor Suworow beseitigt: „Der Eisbrecher Hitler in Stalins Kalkül“, „Der Tag M“ und „Stalins verhinderter Erstschlag“. Unsere angepaßten Historiker wollen Suworow nicht gelten lassen. Inzwischen gibt es weitere Einblicke in russische Archive.

**Alfred Fröhlich, Hamburg**

## Wie man sich gibt

**Betr.: „Ausländerhaß oder was?“ (Nr. 22)**

Auf Kriminalität und Kriminelle sollten wir alle gleich heftig reagieren, dann hätten wir sicher weniger und würden sicherer leben. Wenn eine bestimmte Menschengruppe unter den Ihren besonders viel Kriminelle hat, dann darf sie sich nicht wundern, daß sie in das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gerät, wobei es keine Rolle spielt, wie sie sich nennt. Zigeuner, Sinti oder Roma könnten positiv besetzte Namen sein, wenn das dafür notwendige Verhalten da bedingt. Ist dies nicht der Fall, dann ist es keine Fremdenfeindlichkeit oder Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe, wenn man sie ob der Fülle ihrer Straftaten nicht in der Nähe haben will. Ich meine, daß es Zigeuner / Sinti / Roma selber in der Hand haben, ob sie von anderen Menschen geschätzt oder zum Teufel gewünscht werden.

**Käthe Hippe, Siegen**

## Ohne das Volk

**Betr.: „Mit Würstchen“ (Nr. 25)**

Zunächst vielen Dank für die köstliche informelle Unterhaltung. Nun kommt der Europarat der 27 nach Brüssel, um etwas auszuhekken, etwa wie man ohne das Volk den „Vertrag über die Arbeitsweise der EU“ einführen kann. Ich hoffe noch auf Vaclav Klaus; könnte aber sein, daß er erpreßt werden wird.

**Jutta Starke, Hamburg**

## Marienburg war selbständig

**Betr.: „Unermüdlich im Dienste Preußens“ (Nr. 21)**

In der Laudatio für Herrn Klaus-Günther Parplies wird im zweiten Absatz seine Geburtsstadt Marienburg als die größte Stadt des Landkreises Marienburg vorgestellt. Das ist falsch! Marienburg war ein selbständiger Landkreis des Regierungsbezirks Westpreußen (Sitz Marienwerder). Weiter ist falsch, daß alleine der Landkreis Marienwerder als Regierungsbezirk Westpreußen der Provinz Ostpreußen angegliedert wurde. Richtig ist, daß die fünf Landkreise Elbing (nicht Marienburg, sondern Elbing war die größte Stadt!), Marienburg, Marienwerder, Rosenberg und Stuhm als Regierungsbezirk Westpreußens der Provinz Ostpreußen angegliedert wurden. Danke!

**Otto Jablonowski, Clenze**

Von den an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Alle gedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

MELDUNGEN

## Deutsche sind besonders pessimistisch

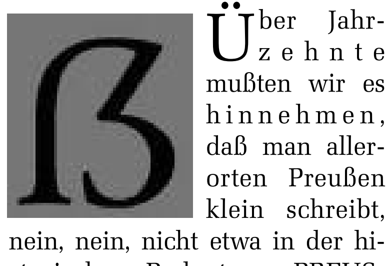
**Brüssel –** Unter allen EU-Nationen sehen die Deutschen ihre berufliche und soziale Zukunft am schwärzesten: 68 Prozent meinen hierzulande, daß das Leben in 20 Jahren schwerer sein wird als heute, der höchste Wert unter allen 27 Völkern der Union. Im EU-Schnitt glauben das nur 49 Prozent. Dies ergab eine Umfrage im Auftrag der Brüsseler EU-Kommission, bei der 25 000 Europäer im April befragt wurden.

## Haft für Meldung eines Illegalen?

**Besançon –** Wie die französische Zeitung „Le Figaro" berichtet, droht einer Sozialarbeiterin im französischen Besançon ein Jahr Haft und eine Geldstrafe von 15 000 Euro, weil sie einen illegalen Einwanderer der Polizei gemeldet hat. Der Senegalese lebt in Frankreich ohne Aufenthaltsgenehmigung von Sozialhilfe. Er wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

ZUR PERSON

## Preußen ganz GROß



Über Jahrzehnte mußten wir es hinnehmen, daß man allerorten Preußen klein schreibt, nein, nein, nicht etwa in der historischen Bedeutung. PREUSSEN in Großbuchstaben, da mußten wir stets auf das „doppelte S" zurückgreifen, ob wir wollten oder nicht. Schuld an der Misere war der kleine Buchstabe **ß**, auch scharfes s genannt.

Mit der Schlechtschreibreform wollten uns die selbsternannten Herren der Worte das ß weitgehend nehmen, nur vor langen Vokalen sollen wir es benutzen dürfen. Daß man dabei ein gutes Stück Schreibtradition verhackstückt, nahm man hin.

Nun widerfuhr dem stiefmütterlich behandelt Buchstaben ß eine unerwartete Aufwertung. Das Deutsche Institut für Normung (DIN) und die Internationale Organisation für Normung (ISO) haben bestätigt, daß das ß in den internationalen Zeichensätzen verankert wird. Dort heißt es ganz nüchtern 1E9E.

Der digitale Code macht das kleine Schriftzeichen, das erstmals im Jahre 1300 in gotischen Buch- und Bedarfsschriften auftauchte, international maschinell schreib- und lesbar.

Der Rat für deutsche Rechtschreibung hatte es in der Vergangenheit abgelehnt, eine versale, also große Variante des ß zu schaffen. „Der Grund liegt darin, daß es dem Rat für deutsche Rechtschreibung nicht zusteht, Schriftzeichen zu erfinden", hieß es. Doch man irrte, bereits 1929 schuf der Grafiker Fritz Helmuth Ehmcke die nach ihm benannte Schrift „Ehmcke-Antiqua".

Allerdings, in die buchstäblich erste Reihe unter die „Großbuchstaben" wollte man es nicht lassen, denn es war partout kein Wort mit dem Anfangsbuchstaben ß zu finden. Umso erfreulicher, daß man nun PREUßEN dennoch in Versalien schreiben kann – wem's denn gefällt. *M.A.*




**Mitnahmeeffekt** Zeichnung: Mohr

# Tragisch

Wie Mandela Freund Mugabe in Wohlwollen ersticken will, warum die anderen so hilflos sind, und wie die SPD ihre Reinheit wahrt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Tränen der Ergriffenheit kullerten über die Wangen der ganzen Menschheit. Nelson Mandelas 90. Geburtstag im Londoner Hyde-Park war ein wunderbares Fest, das dem „größten Mann unserer Generation", wie Britanniens Premier Gordon Brown den Jubilar betitelte, die gebührende Reverenz erwies. Vor allem für seinen bis heute unermüdlichen Einsatz für „Vergebung und Frieden".

Nelson Mandela zählt zu den wenigen politischen Sternen am Firmament, zu den Unantastbaren, die man verehren muß, wenn man zu den Guten auf dem Planeten zählen will. Zumindest öffentlich muß man ihn mögen. Was wohl die Hundertausenden simbabwischen „Gastarbeiter", die vor dem Mob in der von Mandelas ANC geschaffenen „Regenbogennation" fliehen mußten, von der Super-Party mitbekommen haben? Ob sie auch so heftig bewegt waren wie wir? Ganz sicher, nur anders vermutlich.

Auch die weißen Südafrikaner, die, aufgeschreckt von den jüngsten Gewalt-Exzessen, scharenweise das Land verlassen wollen, dürften nicht ganz so einhellig berührt gewesen sein wie die Menschen ein paar tausend Kilometer weiter im Norden.

Alle zusammen aber haben wir gespannt darauf gewartet, was Mandela zu seinem Nachbarn und alten Kampfkumpanen Robert Mugabe verlauten läßt, der seine schwarzen wie weißen Untertanen ins Verderben stürzt. Kurz vor dem Geburtstagskonzert dann die Erlösung, nachdem Mandela jahrzehntelang zur Raserei Mugabes geschwiegen hatte. Der „größte Mann unserer Generation" bedauerte ein „tragisches Versagen der Führung" im ehemaligen Rhodesien. „Tragisch", mit anderen Worten: Mugabe und seine Genossen (wie die 20jährigen Veteranen des 30 Jahre zurückliegenden Bürgerkriegs, die die Farmen verwüsten), meinen es eigentlich gut. Sie hauen nur ein bißchen oft daneben.

Donnerwetter, diese Kritik wird den Mugabe in die Glieder gefahren sein! Ja, so muß man mit blut- und machtgierigen Despoten reden: Öffentlich anschluchzen, bis sie im Schleim unseres gekränkten Wohlwollens ersticken! Der simbabwische Diktator wird sich auf der Schlagzeile mit Mandelas Zitat gleich am nächsten Tag ein Ei des Entsetzens gepellt haben. Wenn ihm das Ei nicht vor Lachen weggerutscht ist.

Die Staatschefs der „Afrikanischen Union" (AU) mochten in ihrer großen Mehrheit nicht einmal mit weichen Floskeln nach Mugabe werfen. Ihre Reaktion sei von „Sorge" und „Hilflosigkeit" gezeichnet gewesen, hat die verständnisvolle Kommentatorin einer großen deutschen Tageszeitung beobachtet.

Da hat sie wohl recht: Sorge davor, daß die „Weltgemeinschaft" eines Tages auch bei ihnen vorbeikommt, um nach der Demokratie zu schauen. Man denke nur an den Gastgeber des AU-Gipfels, Ägyptens Husni Mubarak. Der wird seit bald 30 Jahren mit regelmäßig über 90 Prozent wieder-„gewählt". Ein Neokolonialist, wer böses dabei denkt. Ein abscheulicher Reaktionär, wer meint, „bei denen ist das eben so", oder „immer noch besser als Libanon".

Nein, eine ernstgemeinte Demokratisierung kann nicht im Sinne der meisten afrikanischen Staatslenker sein. Wenn sie so einer Aktion zustimmen, dann nur, wenn alle klar sehen können, daß es sich um eine Zirkusvorstellung handelt wie neulich im Kongo. Die „Hilflosigkeit" jener afrikanischen Regierungen rührt daher, daß man das alles nicht so offen sagen darf, wie man es meint, und deshalb immer derart angestrengt nach seichten Worten würgen muß.

Es ist doch ein gutes Gefühl, Europäer zu sein. In der EU herrschen Demokratie, Freiheit und Solidarität. Freiheit und Solidarität werden 2009 sogar noch größer als je erträumt. Zunächst die Solidarität: Bislang wurden die Abgeordneten des EU-Parlaments von ihren Herkunftsländern in dort festgelegter Diätenhöhe bezahlt. Das wird nun anders, alle kriegen das Gleiche, etwa 7400 Euro monatlich, die künftig aus der gemeinsamen EU-Kasse genommen werden.

Dadurch kriegen nur die Italiener etwas weniger als bisher, die deutschen Parlamentarier in etwa das Gleiche und beispielsweise ein bulgarischer EU-Parlamentarier gut das Siebenfache. Vor allem aber ist die Verteilung der Lasten viel solidarischer, soll heißen: Deutschland zahlt spürbar mehr. Wir stellen nämlich nur ein Siebtel der Parlamentssitze, tragen aber gut ein Fünftel des EU-Haushalts. Hatten wir bislang nur unsere eigenen Mandatare besoldet, berappen wir ab 2009 für die anderen mit.

> Freie Wahl des Steuerrechts: Europa-Abgeordnete erfüllen sich einen Traum

Daß die deutschen Europa-Abgeordneten persönlich kaum mehr bekommen durch die Neuregelung, muß sie nicht traurig stimmen. Für sie bleibt als Trost ein anderes Bonbon, das mit der Neuregelung auf dem Tisch des europäischen Hauses landet: Den Parlamentariern wird freigestellt, ihre Bezüge wahlweise nach den Regeln des Heimatlandes oder nach denen für EU-Bedienstete zu versteuern. Die internen Einkommensteuersätze für den EU-Apparat sind – wer hätte daran zweifeln können – drastisch geringer als die für unsereins.

Die Vorsitzende der FDP-Europaabgeordneten, die nimmermüde Silvana Koch-Mehrin, hat ausgerechnet, daß sich ihre Parlamentskollegen mit den EU-Sätzen um rund 1000 Euro monatlich besser stehen als mit der deutschen Steuer, die ihre Parteien daheim fürs Wahlvolk beschlossen haben. Sie wollte das verhindern und erreichen, „daß wir steuerlich genauso behandelt werden wie unsere Wähler in Deutschland". Die Fraktionen von CDU, CSU und SPD haben dieses absurde Ansinnen im Bundestag natürlich niedergestimmt. Wer weiß, vielleicht wird man auf die alten Tage ja selber noch mal EU-Abgeordneter, und dann so ein Tausender mehr ...

So fix und geräuschlos die Politiker bei der Selbstzuteilung von Steuergeldern sind, so rasch geht auch ihr Ansehen in die Binsen. Dabei übersehen die Meckerer völlig, wie ernst und gewissenhaft die Parlamentarier um unser Bestes ringen. Nein, nicht nur um unser Geld, auch um unser Leben – zumindest, wenn die internen bundesdeutschen Vorschriften es erlauben.

Nach einem Frachter aus Lübeck, der Ende Mai im Golf von Aden von Piraten gekapert wurde, sitzt nun auch ein deutsches Segler-Ehepaar mit ihrem französischen Skipper in der somalischen Räuberfalle.

Golf von Aden? War da nicht was? Doch, ja, die deutsche Fregatte „Emden" kreuzt da noch bis nächsten Dienstag. Die könnte doch jetzt auf Piratenjagd gehen, oder?

Das dürfte sie, wenn die Kidnapper Al-Kaida-Terroristen wären. Das darf sie aber nicht, wenn es sich um ordinäre Kriminelle handelt. So die bisherige Antwort aus Berlin. Da die Bundeswehr nicht für Polizeieinsätze zuständig sei, müsse hier die Polizei ran.

Dummerweise gibt es in Somalia keine deutsche Polizei. Die SPD aber ist strickt dagegen, daß die Marine dort eingreift, und läßt sich weder durch die Union noch durch die Realität von der Reinheit ihrer Lehre abbringen: Kein Militär für Polizeieinsätze.

Die beiden Deutschen und der Franzose wollten von Ägypten nach Thailand segeln. Die Route klingt nach einem Erlebnistörn durch einige der gefährlichsten Piratengewässer der Welt, und das mutterseelenallein statt im Schutze eines Konvois. Die Drei haben offenbar vor langer Zeit alle Zeitungen abbestellt sowie ihre Fernsehapparate, Radiogeräte und internettauglichen Rechner durchs offene Fenster entsorgt.

Übrigens: Berlin hat internationale Konventionen unterzeichnet, wonach deutsche Schiffe, ob Marine oder nicht, sogar zum Beistand gegen Piraten verpflichtet sind. Nur leider wurden die internen deutschen Verordnungen hinsichtlich der Marine noch nicht an diese Verpflichtung „angepaßt".

Das braucht vermutlich Zeit, wofür Piratenopfer und ihre Angehörigen gewiß Verständnis haben.

ZITATE

*Der Kölner Erzbischof, **Kardinal Joachim Meisner**, sieht im Interview mit dem Magazin „Capital" tiefe **Risse** im Verhältnis von **Unionsparteien** und **Katholischer Kirche**:*

„Beim derzeitigen Zustand der Parteien gibt es keine, die uns besonders nahesteht, auch wenn sie ein C im Namen hat. Die Wahlentscheidung muß natürlich jeder mit seinem Gewissen vereinbaren. Allerdings muß ich leider sagen, daß die CDU sich bei christlich denkenden Menschen zunehmend selbst entwurzelt."

*Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen" (30. Juni) fürchtet, daß die Menschen in den **Industrienationen** die **Zeche zahlen** werden für die Machenschaften des simbabwischen Despoten Robert **Mugabe**:*

„Wenn Mugabe eines Tages nicht mehr Präsident ist, dann wird man wieder nach dem Westen rufen. Zum Aufsammeln der Scherben sind die angeblichen Ausbeuter aus Europa und Nordamerika allemal gut genug."

*Der bundesweit bekannte Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, **Heinz Buschkowsky** (SPD), beklagt im „Tagesspiegel" vom 1. Juli **rechtliche Hürden** zur besseren **Vernetzung** von **Schule, Polizei, Justiz und Jugendhilfe**:*

„Bei uns ist der Datenschutz Täterschutz. Die für Neukölln zuständige Jugendrichterin Kirsten Heisig kann einem jugendlichen Straftäter zwar eine Schulweisung auferlegen – aber sie kann sie nicht kontrollieren, Denn sie darf nicht wissen, auf welche Schule der Täter geht. Das ist doch pervers!"

*Der Präsident des **Fraunhofer-Instituts, Hans-Jörg Bullinger**, fordert deutlicher mehr Geld für die **Forschung**. Doch das allein reiche nicht, um **Deutschland voranzubringen**, sagte er der „Deutschen Presseagentur":*

„Eine Gesellschaft kann nicht nur aus Geld Wissen machen. Wir müssen aus dem Wissen auch wieder Geld machen."

*Was **bleibt von der EM?** Unter anderem Zitate, an die wir uns gern erinnern – wie diese:*

***Portugals** Nationaltrainer **Luiz Felipe Scolari** über die Chancen seiner Spieler gegen Deutschland:*

„Die (deutsche) Nr. 17 ist 1,98 Meter groß, die Nr. 13 1,89 Meter und die Nr. 21 1,93 Meter. Unsere Spieler sind 1,15 oder 1,20 Meter groß."

***Reiner Calmund**, Ex-Manager von Bayer Leverkusen, hatte Respekt vor den **Türken**:*

„Gegen die Türkei darfst Du erst aufhören zu spielen, wenn deren Mannschaft im Bus sitzt."

*Spaniens **König Juan Carlos** war beeindruckt vom Torschützen **Fernando Torres**, der seit einem Jahr beim FC Liverpool unter Vertrag steht.*

„Junge! Du bist so stark. Was geben sie Dir denn in England zu essen?"

***Günter Netzer** lästerte in der Halbzeit der Partie **Schweden-Griechenland**:*

„Ich muß so langsam sprechen wie die spielen."